

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Bewegung gegen Haß

Weit mehr als 40 000 Demonstranten waren am 3. Oktober nach Berlin gekommen, um gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in Deutschland zu protestieren und für das Ende der Kriege in der Ukraine und in Nahost einzutreten. Über deren Ursachen gab es sichtbare und hörbare Meinungsverschiedenheiten; an dem gemeinsamen Eintreten dafür, alles zu tun, um das massenhafte Sterben zu beenden, änderte das nichts.

Der Hintergrund dafür ist die reale Gefahr, daß beide Kriege sich ausweiten – bis hin zu globalen Atomkriegen. Das kommt im ersten Satz des dort verabschiedeten „Berliner Appells“ zum Ausdruck: „Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.“

Viele Demonstranten einte außerdem die Erkenntnis, daß die Vormacht des Westens, die USA, die NATO und mit an der Spitze Deutschland die Eskalation auf den beiden Kriegsschauplätzen fördern. Von Waffenstillstand wird nicht mehr gesprochen, geschweige von Frieden. Entsprechend sind die Signale. Da versucht die blutige Präsidentenfigur aus Kiew, die jede Rede mit dem ukrainischen „Sieg Heil!“ – dem faschistischen „Slawa Ukraini!“ – beendet, unentwegt mehr Geld und mehr Waffen aus den westlichen Paten zu pressen, nennt das „Siegesplan“ und schickt im ausgebluteten Land Greiftrupps zum „Heldenklau“. Am 17. Oktober faselte Selenski bei der NATO in Brüssel von Atomwaffen für sein Land. Der Ministerpräsident Israels, gegen den der Ankläger beim Internationalen Strafgerichtshof am 20. Mai einen Haftbefehl wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beantragt hat, dehnt den Krieg auf den Libanon, auf Syrien, den Jemen und den Iran aus. Waffenlieferungen aus Deutschland dafür sind genehmigt. Zweifel daran erregten den Kanzler derart, daß er seinen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag vom Mikrophon verjagte und sich der Beihilfe rühmte.

Selenski und Netanjahu sind unberechenbar, Biden, Scholz, Macron, Starmer, Meloni usw. nicht weniger. Sie stehen an der Spitze der reichsten Staaten – gemessen am Pro-Kopf-Einkommen – und verteidigen den Reichtum, der zu weit über 90 Prozent in ihren Ländern einer verschwindenden Minderheit ge-



Berlin, 3. Oktober: Weit über 40 000 Demonstranten für Frieden in der Ukraine und in Nahost am Großen Stern

hört, mit Waffen. Sie sorgen außerdem dafür, daß die materielle Hilfe von einer Haßwelle gegen Kriegsgegner begleitet wird. Wen das nicht einschüchtern, mit dem befassen sich die Repressionsorgane. Dafür wird der Staat reaktionär-militaristisch umgebaut. Das am 18. Oktober durch den Bundestag gejagte „Sicherheitspaket“ der „Ampel“ richtet sich nur nebenbei gegen Asylsuchende, es soll vor allem die staatliche Verfügung über biometrische Daten aller Bürger sichern – das ging zunächst selbst den CDU-geführten Landesregierungen zu weit. Am Tag zuvor hatte Italien für Westeuropa in Albanien das erste Konzentrationslager – nichts anderes ist es – seit 1945 eröffnet. Ein Gericht beorderte die ersten Insassen zurück, und dem deutschen Bundeskanzler schien es zu klein. Aber sind solche Lager da, werden sie genutzt – für Mißliebige jeder Art.

Vorbereitender Haß ging am 20. Oktober von Frankfurt am Main aus. Dort erhielt eine Frau den „Friedenspreis“ des deutschen Buchhandels, die in ihrer Dankesrede erklärte, „die eigentliche Lehre aus der deutschen Geschichte“ sei: „Nicht, daß Deutsche nie wieder Krieg führen dürfen, sondern daß sie eine besondere Verantwortung dafür

haben, sich für die Freiheit einzusetzen und dabei auch Risiken einzugehen.“ Laut dieser Dame, die auf einem Schloß in Polen residiert, macht der Satz „Nie wieder!“ blind. Denn die Aufgabe sei „keineswegs rein militärischer Natur“, weil „die schleichende Anziehungskraft der Autokratie“ bisweilen

„im Gewand einer verlogenen Sprache des ‚Friedens‘“ daherkomme. Neu ist so etwas nicht, nur einen Friedenspreis gab es dafür selten.

Die 40 000 Demonstranten in Berlin ließen sich von ähnlichem nicht beeindrucken. Die Polizei ließ sie in Ruhe, wahrscheinlich waren es für eine Prügelorgie schon zu viele. Die Haßprediger der Medien hielten sich zurück. Das deutet – nach den Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern – auf die bange Einsicht: Beim nächsten Mal können es noch wesentlich mehr werden. Arbeiten wir daran!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Lebendiger Marxismus (WWA)	2
Nach der Friedensdemo	6
75 Jahre DDR und der Frieden	7
Oktober 2024	8
Zensur in der BRD	10
Zur bürgerlichen Rechtstheorie	11
Der Westen und die Ukraine	12
Rußlands Strategien in den Ukraine- und Nahost-Konflikten	14
Putins Rede auf dem Östlichen Wirtschaftsforum	18
Militär – Klimakiller Nr. 1	23
Vertrauen in die UNO bröckelt	24
Venezuela im „Auge“ des politischen Hurrikans	26
Regierungswechsel in Indonesien	28
Zur Lage in Afghanistan	30
Schlachten im Großen Vaterländischen Krieg (III)	32
Wider den Russenhaß	34
Leserbriefe	37

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Lebendiger Marxismus, eine Einführung

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

*Wir schließen die Veröffentlichung dieser Referate mit einer Einführung von **Jürgen Kuczynski** (1904–1997) in den ersten Vortragszyklus („Lebendiger Marxismus“), mit dem wir auch die monatliche Publikation im „RotFuchs“ vor acht Jahren begonnen haben. **RF***

„Lebendiger Marxismus“ heißt der Vortragszyklus, zu dem ich mich hier einleitend äußern will.

Nun, Werke und ihre Verfasser können auf recht verschiedenen Ebenen lebendig sein. Was meinen wir, wenn wir von „lebendigem Marxismus“ sprechen?

Der große englische Dramatiker Ben Jonson nannte zum Beispiel Shakespeare „die Seele seiner Zeit“, und zugleich sagte er von ihm, er „gehörte keinem Zeitalter, sondern aller Zeit“. Verse der Liebe aus dem Munde der Sappho, die Höhlenmalereien Nordafrikas und Frankreichs, die Weisheitssprüche uralter Religionsstifter – sie alle waren Ausdruck ihrer Zeit und bewegen uns, leben in uns, auch noch heute, durch ihre Anmut, Schönheit oder Tiefe.

Wie aber steht es um die wissenschaftlichen Erkenntnisse ferner Vergangenheit? Gehören sie auch unserer Zeit, gehören sie aller Zeit an? Natürlich sind sie irgendwie in die Erkenntnis der Menschheit eingegangen, heute zumeist nicht mehr erkennbar, da sie nur noch ein winziges Partikelchen in völlig verändertem wissenschaftlichem Zusammenhang darstellen. Das Herz der Liebe schlägt noch in ganz ähnlichem Takt wie vor einigen tausend Jahren, die Gedankengänge unseres Hirns aber haben sich völlig verändert, und je näher wir der Gegenwart kommen, um so schneller und um so mehr. Konnte ein Werk des Aristoteles noch 1500 Jahre nach seinem Tode als Lehrbuch dienen, so ist ein Physiklehrbuch aus dem Jahre 1900 heute bereits völlig veraltet.

Bald wird die Menschheit den großen englischen Naturwissenschaftler Newton feiern, dessen grundlegendes mathematisch-physikalisches Werk im Jahre 1687 erschien. Voll Ehrfurcht werden wir seiner großen Leistung gedenken. Er war die Seele der Wissenschaft seiner Zeit und hat vielen Generationen als Leitstern wissenschaftlicher Erkenntnis gedient. Doch wird man sagen wollen, er gehöre unserem Zeitalter oder gar aller Zeit an? Wir feierten den 150. Geburtstag von Karl Marx und die 100jährige Wiederkehr des Erscheinens des „Kapitals“. Kann man von Marx, wie mit viel Recht von Shakespeare, sagen, daß er „die Seele seiner Zeit“ war? Sicherlich kann

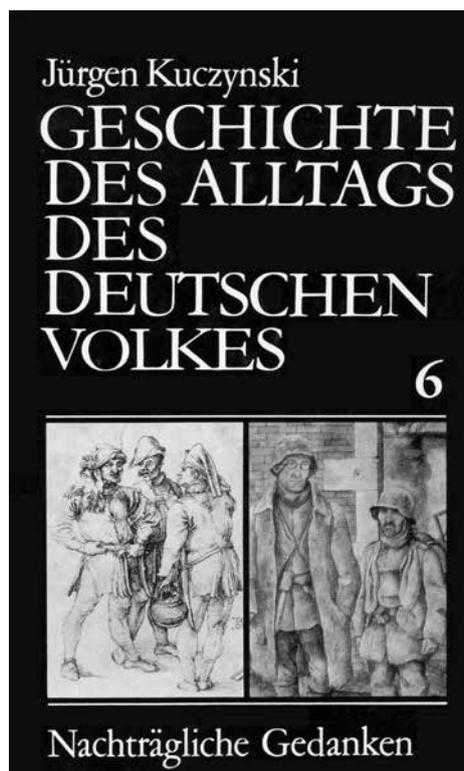
man das nicht! Denn in der Wirkensspanne seines Lebens befand sich der Kapitalismus im Aufstieg – und Marx war die Seele des Kampfes gegen den Kapitalismus. Karl Marx war etwas Größeres noch als die Seele seiner Zeit. Er war der Führer aus seiner Zeit

historischen Materialismus als Lehre von der Entwicklung der Gesellschaft, dann gehört er aller Zeit an. Die von Marx entwickelten allgemeinen Prinzipien und Grundsätze, wie etwa der, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt, werden für immer Gültigkeit haben.

Denken wir an seine Lehre vom Kapital, dem Kern des Kapitalismus, dann wird sie analytischen Grundwert haben, solange die Menschheit sich mit der Geschichte des Kapitalismus beschäftigt. Marx' Lehre vom Kapital wird zugleich eminente, ja entscheidend praktische Bedeutung haben, solange der Kapitalismus noch besteht, solange die Völker noch kämpfen müssen, um ihn zu beseitigen, um den Sozialismus an seine Stelle zu setzen. Was die Wirksamkeit des Hauptwerkes von Marx, das „Kapital“ betrifft, so können wir zwei Einflußströme beobachten: Einmal wurde es zum Lehrbuch der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Kapitalismus. Sodann aber, und das ist eine Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts, erkennen führende Theoretiker der Bourgeoisie mehr und mehr die Bedeutung der Reproduktionslehre des Kapitals an und versuchen, sie in ihre eigene Lehre zu übernehmen.

Ich möchte zunächst kurz über den zweiten Einflußstrom sprechen, um dann ausführlich auf den ersten einzugehen.

Jedes bedeutende und umfassende theoretische System enthält Elemente, die von anderen übernommen werden können, teils weil es sich um klassenneutrale Elemente handelt, teils weil sie methodologischen Charakter tragen, teils weil verschiedene und gesellschaftlich sich feindlich gegenüberstehende Klassen, jede für ihren entgegengesetzten Zweck, ein Interesse an der echten Lösung bestimmter Probleme haben. Das, was wir als etwas Besonderes am „Kapital“ werten sollten, ist doch dies: Ein Problem, das für jede Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist, der Reproduktionsprozeß der materiellen Basis der Gesellschaft, wurde von Marx untersucht und von uns Marxisten seit 100 Jahren als gelöst und als selbstverständlicher Bestandteil unserer Analyse des Kapitalismus betrachtet. Die bürgerlichen



heraus in eine schöne Zukunft. In eine schöne Zukunft, die 1917 in Rußland Wirklichkeit zu werden begann und die heute sich in vielen Ländern dieser Erde zu realisieren beginnt. Und wenn nach einiger Zeit die ganze Erde sozialistisch geworden ist? Wird Marx auch noch dem Zeitalter des vollendeten Sozialismus angehören, wird er, sagen wir in 100 Jahren, noch lebendig verehrt werden, oder mehr voll dankbarer Erinnerungen für eine große Leistung der Vergangenheit, auf die man als bedeutenden Schritt zurückblickt, wie auf das Werk von Newton? Denken wir an den

Theoretiker aber vergaßen einen glanzvollen, genialen Beginn ihres eigenen ökonomischen Denkens in dem vor rund 200 Jahren erschienenen Werk des Franzosen Quesnay, das Marx tief bewunderte, erinnerten sich seiner auch vor 100 Jahren, nach Erscheinen des „Kapitals“, kaum oder betrachteten es als Kuriosität, und erst zu Ende der dreißiger Jahre, zumeist erst nach dem zweiten Weltkrieg, stießen sie wirklich auf diese von Marx gelöste Problematik. Nicht wenige von ihnen beginnen erst heute zu begreifen, was Marx auf diesem Gebiet bereits vor 100 Jahren geleistet hat.

Andere Teile der Lehre von Marx, wie das Gesetz der Konzentration von Kapital und Arbeit, sind allmählich und oft, ohne daß sich die Ökonomen darüber klar wurden, daß Marx es entdeckt hat, wenn nicht Allgemeinut, so doch vielfach selbstverständlicher Bestandteil auch der bürgerlichen Ökonomie geworden.

In all diesen Fällen jedoch unterließen es die bürgerlichen Ökonomen, politische Konsequenzen aus solchen Erkenntnissen von Marx zu ziehen, sie betrachteten sie isoliert – oder wenn sie politische Konsequenzen zogen, dann waren sie denen von Marx entgegengesetzt, waren Pseudokonsequenzen, die der Verteidigung der kapitalistischen Wirklichkeit oder der Wirkungsgesetze des Kapitalismus, also dem, was wir Apologetik nennen, dienten. Denken wir an diese Art der Problematik, dann können wir in der Tat sagen: das Werk von Marx ist heute lebendiger und vielfältiger in seiner Lebensweise denn je. Viele Schüler des einflußreichsten bürgerlichen Ökonomen des 20. Jahrhunderts, viele Schüler von Keynes, betrachten das Werk von Marx heute nicht nur, gleich Tausenden bürgerlichen Ökonomen der Vergangenheit, als Ziel ihrer Pfeile im Klassenkampf, sondern voll Bewunderung, ja mehr: voller Verwunderung, daß solches schon vor 100 Jahren geleistet werden konnte.

Anders, in gewisser Beziehung kühler, historischer, in anderer Beziehung voller Wärme, unser ganzes Leben erfüllend, Leben spendend, betrachten wir Marxisten das Werk von Marx. Uns erscheint es als das Produkt aller vieltausendjähriger Entwicklung der Wissenschaft, als der entscheidende Durchbruch zum Verständnis des Weltgeschehens von allem Anfang bis in alle Zukunft. Und wenn ich sage, uns „erscheint“ das Werk von Marx, dann handelt es sich nicht um Glauben, sondern um Wissen. Wissen, das sich gründet auf doppeltem Beweis. Beweis sowohl auf Grund aller Vergangenheit; denn nur die Lehre vom historischen Materialismus erklärt uns die Geschichte der Menschheit, macht sie uns verständlich, erlaubt uns, sie als vernünftig, mit Grund und Folge, zu begreifen. Beweis aber auch auf Grund aller Zukunft, die wir bisher erlebt haben, das heißt auf Grund aller eingetroffenen Voraussage.

Das Kommen einer neuen Gesellschaftsordnung, der sozialistischen, haben so manche schon vor Marx erhofft. Den notwendigen Sieg des Proletariats im revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus haben erst Engels und Marx bewiesen. Aus dem Traum wurde durch ihr Werk Wissenschaft, und aus der

Wissenschaft wurde ein halbes Jahrhundert nach der Veröffentlichung des „Kapitals“ Wirklichkeit. Wirklichkeit, die die höchste Form des Lebens ist. „Lebendiger Marxismus“ heißt das Thema unseres Zyklus, und die Frage, die in dieser Thematik enthalten ist, ist doch: Lebt das Werk von Marx noch heute? Ich meine, man könnte auf diese Frage auch



antworten: Die höchste Form seines Lebens begann erst mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Begann – und seitdem ist das Leben dieses Werkes immer intensiver geworden. Auf immer breiterem Terrain wird der Sozialismus aufgebaut, immer neuer Boden wird aufbereitet, um neue Fundamente legen zu können. Mehr und mehr wird die Welt zum Bauplatz des Sozialismus, für den Marx und Engels die Projektion ausarbeiteten. In anderer Weise jedoch war der Marxismus gewissermaßen vom ersten Tage seiner Geburt an lebendig, voll heißem, intensivem Lebensbedürfnis. Die Lehre von Marx, sein Werk, die Grundidee ist doch von Anfang an eine unauflösbare Verbindung von Gedanke und Tat, von Erkenntnis und Wirken, von Interpretation und Trieb zur Veränderung des Interpretierten, von begriffener Gegenwart und Schöpfung der Zukunft. Als solche Verbindung kann der Marxismus nicht anders als lebendig sein. *Toter Marxismus* ist eine *contradictio in adjecto* [ein Widerspruch in sich], *lebendiger Marxismus* ist eigentlich eine Tautologie. In diesem Sinne, vielleicht in nur ein wenig nuanciertem Sinne, ist der Marxismus nicht nur lebendig, sondern lebenspendend, zum Leben erweckend, ein zauberhaftes Lebenselixier. Wie viele Menschen wurden durch den Marxismus erst aus reinem Vegetieren zum Leben erweckt oder aus dem Abgleiten in das Nichts der Verzweiflung wieder in das Leben zurückgerufen, einzelne

Menschen, Gruppen, Schichten, Klassen, ganze Völker, die keine Zukunft mehr vor sich sahen, teils weil sie falsch sahen oder gar nicht mehr sehen konnten. Ja, wird man nicht einmal sagen, daß das Charakteristikum dieses, unseres 20. Jahrhunderts die Wiedererweckung von Millionen, von Völkern, von ganzen Kontinenten zum Leben ist? Und bisweilen wird man das Wort Wiedererweckung überhaupt durch Erweckung ersetzen können. Wir Marxisten nennen unser Jahrhundert das des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Das ist richtig so. Und wer wirklich weiß, was Kapitalismus und was Sozialismus ist, für den ist das weit mehr als eine historische Analyse und ein grundlegender Lehrsatz. Für Millionen und aber Millionen in Afrika und Asien und Lateinamerika ist solche Formulierung heute aber noch trocken und fremd. Und auch in der BRD, in den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen sogenannten zivilisierten Staaten gibt es so viele, die von solcher Feststellung unberührt bleiben. Sie alle aber ahnen, ja fühlen oft ganz stark: Das ist im Grunde kein Leben, das wir führen. Und sie alle wollen leben, froh der Gegenwart und sicher einer Zukunft für sich und die, die nach ihnen kommen. Wie viele von ihnen aber begannen schon in den letzten Jahrzehnten insbesondere in Afrika und Asien zu erwachen, wie viele erwachen heute, in dieser Stunde, zum Leben, zum Verständnis unserer Welt, zur Bereitschaft, sich und die Welt zu verändern. Sie erwachen zum Leben, weil die Geschichte sie aufweckt, und die Geschichte heute: das ist das kräftige Wachstum des Sozialismus, das ist das Abwehrgerassel des Kapitalismus, das ist das Getümmel des großen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, das Marx vorausgesehen und dessen erste deutliche, in der Tonfolge sinnvolle Trompetenstöße das „Kommunistische Manifest“ von Engels und Marx ertönen ließ. Zumeist sehen sie es nicht so – der Arbeiter auf den Teeplantagen Asiens, der Arbeiter in der ersten Zementfabrik eines jungen Nationalstaates in Afrika, der Treiber einer der großen Viehherden Lateinamerikas. Für sie ist die Gegenwart nicht der Kampf zwischen Systemen mit präzisen wissenschaftlichen Bezeichnungen. Für sie ist die Gegenwart so oft erst noch eine Zeit unsicheren Herumtastens nach langem Vegetieren, nach langem Schlaf all dessen, was Gorki so stolz machte, wenn er an das Wort Mensch dachte, an das Wesen all dessen, was mit diesem Wort bezeichnet wird. Und ist das nicht vielleicht die schönste, die wunderbarste Form der Lebendigkeit eines Werkes, daß es, gleich einem Elixier, auch denen, die die Zusammensetzung dieses Wundermittels noch nicht verstehen, zu neuem oder gar überhaupt erst zum Leben verhilft, zu einem Leben, dessen wachsende Reife und Schönheit im Laufe der Zeit auch die Erkenntnis des Mittels und seiner Bestandteile miteinschließt? Denn auch das ist eines der Kennzeichen des Marxismus, daß er so oft, ja zumeist, zuerst das Herz, das Gefühl ergreift, aber nicht wie eine Religion sich damit begnügen kann, sondern dann das Hirn und den Verstand erfaßt.

Wahrlich, der Marxismus ist heute stärker denn je lebendig, und mehr: er ist

lebenspendend und lebenerneuernd und nimmt, hat er uns einmal mit Leben erfüllt, ganz von uns Besitz, von unserem Herzen und unserem Hirn, von unseren Gedanken und unseren Taten – so wie es Engels und Marx erhofften und voraussahen.

Doch auch wir haben noch lange nicht erschöpft, was Lebendigkeit des Marxismus uns bedeuten kann und muß.

Wenn ich heute beispielsweise die BRD betrachte, dann sehe ich die Menschen, deren Wirtschaft seit Jahren zwischen Boom und Krise schwankt, deren Leben wirtschaftlich unsicher geworden ist. Es sind Menschen, denen seit Jahren die Presse verkündet, daß die Wirtschaftslage sich auf dem Wege zur Stabilisierung befindet. Wer von uns Älteren erinnert sich aber nicht daran, wie vor 40 Jahren die führenden Staatsmänner der Weimarer Republik oder der USA, Frankreichs, Englands oder Italiens monatlich einmal oder noch häufiger verkündeten, daß jetzt der Tiefpunkt der Krise erreicht sei – genau wie heute vom Ende der Instabilität und Krisengefahr gefaselt wird. Aber, ob Krisentiefpunkt oder Ende der Instabilität – nicht nur der Marxismus ist lebendig geblieben, auch die Demagogie der Verantwortlichen hat sich am Leben erhalten.

Die BRD befindet sich stets in der Gefahr einer Wiederkehr oder mitten in einer Krise, einer zyklischen Überproduktionskrise, wie sie Marx, insbesondere auch im „Kapital“, als notwendig für den Kapitalismus nachgewiesen hat. Immer wieder wurden die Kapitalisten von Wirtschaftskrisen überrascht. Immer wieder hatten sie geglaubt, die Wirtschaft so in der Hand zu haben, daß es keine Krisen mehr geben würde, immer wieder hatten auch Pseudo-Marxisten nachweisen wollen, daß der Kapitalismus so modifiziert worden sei, daß es keine wirklichen Überproduktionskrisen mehr geben könne. Man sprach von Regulierungsinstrumentarien und allen möglichen anderen Einrichtungen, die Krisen unmöglich machen würden – vor 125 Jahren glaubte man, die Diskontpolitik sei ein solches Instrument, vor 75 Jahren glaubte man, die neuen Monopole würden die Überproduktionskrisen abschaffen, und vor kurzem noch sah man in der sogenannten neuen Rolle des Staates und einem „neuen Verhältnis von Politik und Ökonomie“ in den kapitalistischen Ländern das Mittel zur Abschaffung von zyklischen Überproduktionskrisen. Als ob sich der Kapitalismus nicht seit Beginn seiner Existenz modifiziert, ohne daß er sein Grundwesen, und zu dem gehören die Anarchie seiner Produktion und die ihr entspringenden Wirtschaftskrisen, verändert hat! Wahrlich auch in dieser Beziehung, in der Charakterisierung der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Produktion, ist der Marxismus lebendig geblieben.

Das Beispiel der zyklischen Überproduktionskrise zeigt jedoch nicht nur, wie lebendig der Marxismus auch in seiner Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems heute ist. Es zeigt noch ein anderes Charakteristikum. Wir Marxisten nennen den Marxismus eine Anleitung zum Handeln. Doch geht dem noch etwas anderes zuvor: Der Marxismus ist auch eine Anleitung zum Denken. Er ist nicht eine

Sammlung von Sprichwörtern, die jederzeit passen.

Wenn ich im Juli 1967 sagte, daß sich die BRD mitten in einer Wirtschaftskrise befindet, so setzte sich diese Feststellung aus einem Doppelten zusammen: aus einer Analyse der gegebenen Tatsachen, über die es nicht einmal zwischen Kapital und Arbeit eine Meinungsverschiedenheit gab, nämlich, daß eine Wirtschaftskrise herrschte. Zugleich aber enthielt diese Feststellung auch eine Prognose, daß nämlich die Krise noch andauern würde, daß die zyklische Produktionskrise noch nicht zu Ende sei. Um zu diesem Schluß zu kommen, kann man sich freilich nicht auf irgendwelche Feststellungen von Marx im „Kapital“ oder in anderen seiner Werke stützen. Die Erscheinung der zyklischen Überproduktionskrise ist, wie Marx gezeigt hat, ein unabdingbarer Bestandteil des kapitalistischen Systems, solange dieses herrscht. Wann die Krise ausbricht, wie lange sie dauert, wie schwer sie ist, das ist eine Frage der jeweiligen ganz konkreten historischen Umstände, die mit Sicherheit vorauszu sehen schwierig ist. Wenn ich an meine eigene Beschäftigung mit dieser Frage denke, dann stelle ich fest, daß ich die Krise in den USA 1928 für 1929 vorausgesagt habe, daß ich 1931 schrieb, daß die große Wirtschaftskrise 1932 ihren Tiefpunkt erreichen würde – in beiden Fällen hatte ich recht. Unrecht aber hatte ich, 1954 oder 1955 den bevorstehenden Ausbruch einer Wirtschaftskrise in der BRD vorauszusagen. Ich hatte die Anleitung zum Denken, die der Marxismus ist, ungenügend beachtet, hatte nicht alle Elemente der Situation in Betracht gezogen bzw. ihre Bedeutung, ihr Gewicht, nicht richtig eingeschätzt.

Das heißt, wenn wir von der Lebendigkeit des Marxismus sprechen und an das Beispiel der Marx'schen Lehre von der zyklischen Überproduktionskrise denken, dann erkennen wir eine neue Art von Doppelbedeutung des Wortes Lebendigkeit. Der Marxismus ist lebendig wie eh und je insofern, als die Lehre von der zyklischen Überproduktionskrise heute genauso gilt wie vor 50 oder vor 100 Jahren. Er ist aber auch lebendig insofern, als er von unserer eigenen Lebendigkeit lebt. Nur wenn wir ihn als Anweisung zum Denken, also zur lebendigen Betätigung unseres Verstandes, unserer analytischen Fähigkeiten betrachten, kann er in uns leben und voll wirksam werden. Und das gilt natürlich nicht nur für die Lehre von der zyklischen Überproduktionskrise. Das gilt für die Lehren von Marx überhaupt, sei es, daß sie die kapitalistische, sei es, daß sie die sozialistische Gesellschaft betreffen. Nichts von Automatik finden wir in den Lehren von Marx. Denn bei aller Betonung der Notwendigkeit eines Ablaufs bestimmter objektiver Prozesse bleibt das System doch tot, wenn wir nicht begreifen, daß es den lebendigen, den handelnden Menschen miteinschließt. Nicht objektive Bedingungen machen Geschichte, sondern der Mensch im Rahmen dieser objektiven Bedingungen. Ich sagte, der Marxismus ist auch lebendig insofern, als er von unserer Lebendigkeit lebt. Natürlich steht sein Gerüst für ewig – unabhängig von unserer Lebendigkeit.

Daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt gilt, auch wenn ein Volk in Lethargie verkommt, wie so manche Völker in ferner Vergangenheit.

Doch der Marxismus ist nicht nur ein Gerüst. Er ist ein lebendiges System des Denkens, Verhaltens und Handelns. Als solches bedarf es ständigen Umbaus, den nur aufgrund der sich ständig verändernden Wirklichkeit lebendig denkende Menschen durchführen können. Der größte lebendig denkende Mensch nach Engels und Marx war Lenin, der dem Marxismus eine ganz neue Intensität des Lebens gab – nicht zum wenigsten durch seine Lehre vom Monopolkapitalismus, die auch die Erkenntnis einschließt, daß Monopolherrschaft die Tendenz zum Krieg in sich birgt.

Und damit komme ich zu einer letzten Deutung der Lebendigkeit des Marxismus. Denn Weltkriege unter den heutigen Bedingungen der Waffentechnik bedeuten den Tod von vielen Millionen, bedeuten im Grunde den Verfall in fernste Barbarei.

Nur wenn die marxistisch-leninistische Erkenntnis sich durchsetzt, daß das Monopolkapital gleich Moloch die Menschheit zu verschlingen droht, daß allein die Bändigung und Vernichtung des Monopolkapitals die Menschheit endgültig vor dem Tode retten kann, nur wenn wir aus dieser Erkenntnis heraus, mag sie im Anfang bei vielen auch noch so vage, vielleicht nur geahnt sein, die Macht der Monopole brechen und so den Frieden sichern, werden wir eine lebendige Zukunft haben.

Nur wenn wir erkennen, daß Monopolherrschaft häufig genug der Menschheit Tod und Verderben bringt, daß der Marxismus alles und jeden, der ihn berührt, mit Leben erfüllt, werden wir die ungeheure Aktualität der Lebendigkeit des Marxismus in ihrer ganzen Bedeutung begreifen. Nicht allein um die Lebendigkeit irgendeines Denksystems oder irgendeines Instrumentariums zur Betätigung des Menschen handelt es sich, wenn wir von der Lebendigkeit des Marxismus sprechen. Es handelt sich um das Leben der Menschen auf unserer Erde. Lebender Marxismus heißt heute lebende Menschheit. Heute und in alle Zukunft. So tief, so bedeutungsvoll, so entscheidend für alle Zukunft ist das Wort vom „lebendigen Marxismus“. So fassen wir Marxisten heute den lebendigen Marxismus.

Jürgen Kuczynski (1972)

Kleine Auswahl von Büchern Jürgen Kuczynskis

- *Das Land der frohen Zuversicht (UdSSR). Verlag Kultur und Fortschritt 1949*
- *Das große Geschäft. Das Verbrechen des deutschen Imperialismus. Verlag Neues Leben 1967*
- *Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler. Aufbau-Verlag 1973*
- *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 1-5. Akademie-Verlag 1981*
- *Dialog mit meinem Urenkel. 19 Briefe und ein Tagebuch. Aufbau-Verlag 1983*
- *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Nachträgliche Gedanken. Akademie-Verlag 1985*
- *Jahre mit Büchern. Aufbau-Verlag 1986*

Die Kuczynskis – Antifaschisten und Mitgestalter einer neuen Zeit

Es kommt nicht so oft vor, daß in einer Familie mehrere Persönlichkeiten heranwachsen, wo jeder auf seine Weise an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung mitwirkt.

Jürgen Kuczynski, der vor 120 Jahren im September 1904 geboren wurde, war ein Universalgenie. Er studierte Philosophie, Statistik und politische Ökonomie und trat bereits 1930 der KPD bei. Sechs Jahre später mußte er Nazideutschland verlassen und ging nach England ins Exil. Auch dort wirkte er bis 1944 in der KPD-Emigrantenorganisation mit. Im gleichen Jahr wurde sein Sohn Thomas in London geboren. Zeit seines Lebens beschäftigte sich Jürgen mit Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung, später vor

Besondere Aufmerksamkeit erlangte in der DDR sein 1983 erstmals erschienenes Buch „Dialog mit meinem Urenkel“, das sich kritisch mit einigen Fragen bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft auseinandersetzte. Wenn man ihn besuchte, beeindruckten neben seiner Persönlichkeit vor allem die etwa 70 000 Bände seiner privaten Bibliothek, die über nahezu fast alle Räume des von ihm in Berlin-Weißensee bewohnten Hauses verteilt waren. Ich stand mit ihm seit 1978 in Verbindung. Während meiner Jahre an der Humboldt-Universität besuchte ich ihn auch einmal völlig unangekündigt, weil ich in der Nähe zu tun hatte. Trotzdem empfing er mich freundlich und nahm sich Zeit für ein etwa einstündiges Gespräch. Als er mich dann wieder zur Tür be-

seine Studie über „Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im ‚Dritten Reich‘ auf der Basis der damals erzielten zusätzlichen Einnahmen und Gewinne“. Danach würde die Bundesrepublik den in Nazideutschland tätig gewesenen Zwangsarbeitern 116 Milliarden Euro schulden. Die Zahl macht deutlich, wie erheblich die Ausbeutung und der erzielte Profit durch ihren Einsatz gewesen ist.

Die Verbundenheit zu Thomas Kuczynski war mir immer wichtig, auch wenn wir uns nicht so oft sehen konnten. Wenn dies aber der Fall war, ist es immer belebend und bereichernd für beide Seiten gewesen.

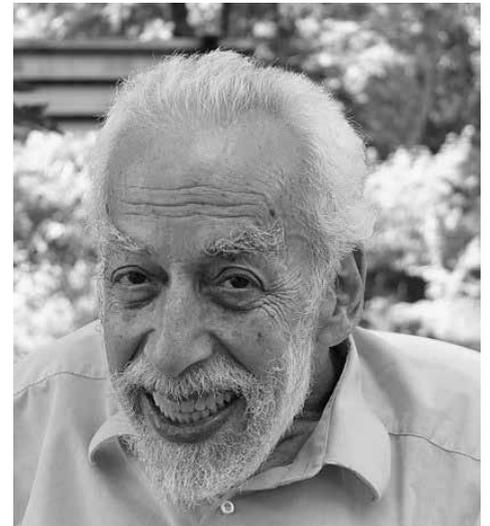
Dritte im Bunde ist die spätere Schriftstellerin Ruth Werner, die als Schwester von Jürgen Kuczynski und Tante seines Sohnes



Jürgen Kuczynski (1904-1997)



Ursula Kuczynski - Ruth Werner (1907-2000)



Thomas Kuczynski (1944-2023)

allein mit Blick auf die westlichen Industriestaaten. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus kehrte er nach Deutschland zurück und übernahm bereits ein Jahr später den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der späteren Humboldt-Universität. Seine wissenschaftliche Produktivität war bis ins hohe Alter ungebrochen. Man wird kaum einen deutschsprachigen Wissenschaftler finden, der auf so viele Veröffentlichungen verweisen kann. Herausragend sind die 40 Bände seiner „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“, 10 Bände der „Studien zur Geschichte der Gesellschaftswissenschaften“ und weitere fünf Bände der „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes“. Auch seine Erinnerungen und Erlebnisse eines langen Lebens hat er immer wieder fortgeschrieben. 1973 erschien ein erster Band mit Memoiren „Die Erziehung des J.K. zum Kommunisten und Wissenschaftler“, die später ergänzt um die Jahre bis 1989 unter dem Titel „Ein linientreuer Dissident“ herausgebracht wurden. Ihm folgte die Fortschreibung für die Zeit bis 1994 („Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus“) und „Ein treuer Rebell“, der die letzten Jahre bis zu seinem Tod 1997 beinhaltete.

gleitete, gab er mir mit auf den Weg: „Mach das nie wieder! Rufe vorher an! Es war nur senile Gutmütigkeit, daß ich dich heute empfangen habe!“ Daran habe ich mich künftig stets gehalten. 1986 schickte ich ihm eine biografische Studie über meinen Mentor Friedrich Karl Kaul, weil mir an seiner Meinung gelegen war. Für mich galt dabei: Erst wenn er mit mir zufrieden war, war ich es mit mir auch.

Trotz der Veränderungen, sich nach 1990 in Europa vollzogen, galt für ihn wie einst auch für Rosa Luxemburg „Sozialismus oder Barbarei“. Ein dünnes Heft „Was wird aus unserer Welt?“, welches kurz vor seinem Tod erschien, befaßt sich mit dieser Entwicklung.

Im Jahr 2015 wurde eine Grünfläche in der Nähe seiner früheren Wohnung, wo er auch 1997 verstarb, nach ihm benannt.

Sein Sohn Thomas wäre am 12. November diesen Jahres 80 Jahre alt geworden. Leider verstarb er im Sommer 2023. Auch ihn interessierte die Wirtschaftsgeschichte in besonderer Weise. Lange Jahre war er an dem dafür zuständigen Institut an der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig und leitete es später bis 1991, als es „abgewickelt“ wurde. Besondere Aufmerksamkeit erhielt

Thomas unter ihrem bürgerlichen Namen Ursula Kuczynski aufwuchs. Auch sie trat bereits 1926 der KPD bei. Gemeinsam mit ihrem ersten Ehemann übersiedelte sie 1930 nach Shanghai und lernte dort den Kundschafter Richard Sorge kennen. Drei Jahre später ging sie nach Moskau, dann nach Polen und 1938 in die Schweiz. Dort traf sie auf ihren späteren zweiten Ehemann Len Beurton, den sie 1940 heiratete. Auch er war Kommunist und Spanienkämpfer. Zusammen lebten beide bis 1949 in Großbritannien. Ihre Verdienste als Kundschafterin bleiben unvergessen. Dafür wurde ihr unter anderem zweimal der Rotbannerorden der Sowjetunion verliehen. Nach ihrer Übersiedlung in die DDR entschied sie sich bald, als Schriftstellerin tätig zu werden. Besonders ihr Buch „Sonjas Rapport“ fand große Beachtung. Wer ihr begegnete, war von ihrer Aura beeindruckt. Ich erlebte sie einmal Ende der 70er Jahre, wo sie zu einem Kuraufenthalt zusammen mit ihrem Ehemann in Bad Dübren gewesen ist, und lernte von ihr, daß man Kommunist nicht nur im aktiven Dienst ist, sondern immer.

Sie starb im Jahr 2000 in Berlin.

RA Dr. Ralph Dobrawa

Nach der Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin

Presseerklärung der Initiatoren

Friedensbewegung meldet sich bei der Demonstration von „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ eindrucksvoll zu Wort

Mehr als 42 000 Friedensbewegte demonstrierten am 3.10. in drei Sternmärschen durch Berlin für den Frieden und gegen weitere Aufrüstung. Bei aller Vielfalt waren sich die aus der ganzen Bundesrepublik Angereisten einig, vor welchen zentralen friedenspolitischen Herausforderungen wir stehen:

- Die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu verhindern. Von der Stationierung dieser Erstschlagwaffen, der allein die Regierung Deutschlands zugestimmt hat, gehen dramatische Gefahren für den Frieden in Europa aus. Raketen, konventionell oder atomar bestückt, sind Magneteten und zerstören das, was zu verteidigen sie vorgeben.
- Nein zu allen Kriegen und deshalb sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine und in Gaza/Libanon. Die Demonstrantinnen und Demonstranten forderten: Diplomatie und Verhandlungen zur Lösung der Kriege in der Ukraine und gegen Gaza/Libanon. Sie fordern eigenständige Initiativen der Bundesregierung für einen Friedensprozeß in der Ukraine und einen Stopp der Waffenlieferungen.
- Nötig ist Abrüstung statt Hochrüstung, um mit den freiwerdenden finanziellen Ressourcen die sozialen, ökologischen und globalen Herausforderungen zu bestehen.

Prägend für die bundesweite Demonstration waren der Sternmarsch aus drei Demonstrationssägen – bunt, vielfältig und aktiv – sowie die Auftaktkundgebungen mit einem breiten Bühnenprogramm aus Rednerinnen und Kultur. Nicht nur die Vielfalt und Breite des Protestes drückten die berechtigte Besorgnis in der Bevölkerung aus. Auch eine neue Konstellation von Rednerinnen und Rednern verdeutlichte dies. Es sprachen u.a. Gesine Löttsch, MdB von der Partei DIE LINKE, Ralf Stegner, MdB für die SPD, Peter Gauweiler von der CSU und Sahra Wagenknecht, MdB vom BSW. Außerdem gab es ein Grußwort des palästinensischen Botschafters in Österreich, Salah Abdel-Shafi, eine Rede von Iris Hefets, Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost und Nadija Samour, deutsch-palästinensische Rechtsanwältin sowie einen Beitrag von Joshua Müller (IG Metall Jugend). Die Demonstration war ein Auftakt für eine breite gesellschaftliche Bewegung gegen die US-Mittelstreckenwaffen. Für den auf der Demonstration vorgestellten Berliner Appell gegen ihre Stationierung und für eine friedliche Welt werden ab sofort online (www.nie-wieder-Krieg.org) und offline Unterschriften gesammelt.



Beide Fotos aus: <https://nie-wieder-krieg.org>

Einigkeit bestand, daß die Aktionen gegen die Militarisierung der Gesellschaft fortgesetzt werden müssen, vor Ort, in den Regionen, besonders dort, wo die Mittelstreckenwaffen stationiert werden sollen, aber auch in Berlin. Die große Beteiligung, die Atmosphäre der Gemeinsamkeit und der Solidarität bei den Sternmärschen verdeutlicht: Widerstand ist möglich.

Berliner Appell Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt

der gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

75 Jahre DDR und der Frieden

*Auszug aus dem Referat, das der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins e. V., **Arnold Schölzel**, auf der Mitgliederversammlung des Vereins am 19. Oktober in Berlin hielt:*

Am 3. Oktober 1990, dem Tag des DDR-Anschlusses, endete die Nachkriegszeit und es begann eine neue Vorkriegszeit. Seitdem geht unter Bruch des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990 von deutschem Boden wieder Krieg aus. Den völkerrechtswidrigen Überfall der USA auf den Irak im Winter 1991, den der Dichter Volker Braun „Begrüßungskrieg“ für DDR-Bürger nannte, wurde von der neuen erweiterten BRD mitfinanziert. Vielleicht erinnern sich einige noch an die triumphale Geste, mit der Finanzminister Theo Waigel damals in Washington einen Scheck in Höhe von 16 Milliarden DM überreichte. In Bonn war man stolz, die Fesseln losgeworden zu sein, die der Sozialismus dem in Westdeutschland wiederauferstandenen deutschen Imperialismus angelegt hatte.

Der 3. Oktober 1990 und das Ende der Sowjetunion 1991 – das war die wirkliche „Zeitenwende“. Damals wurde der Weg eingeschlagen, der zu der heutigen akuten Kriegsgefahr geführt hat.

Bereits die Gründung der DDR war eine Frage von Krieg und Frieden gewesen. Stalin war, wie wir heute wissen, nicht begeistert über das Drängen der deutschen Genossen, die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands in einem eigenen Staat fortzuführen, der dann auch noch zum Sozialismus gelangen sollte. Er handelte aus der Perspektive eines Staatsführers, für den schon nach dem Ende der Interventionskriege der Westalliierten in Sowjetrußland 1921 feststand: Versuche des Imperialismus, die Sowjetmacht zu beseitigen und ihr Territorium zu zerstückeln, werden nicht aufhören. Seine Überzeugung und die der kommunistischen Weltbewegung war, das werde in größerer Dimension geschehen. 1927 schrieb Erich Weinert das Gedicht „Der heimliche Aufmarsch“, das Hanns Eisler später vertonte und das Ernst Busch auf KPD-Versammlungen sang: „Es geht durch die Welt ein Geflüster,/Arbeiter, hörst du es nicht?/Das sind die Stimmen der Kriegsminister,/Arbeiter, hörst du sie nicht?/Es flüstern die Kohle- und Stahlproduzenten./Es flüstert die chemische Kriegsproduktion./Es flüstert von allen Kontinenten/Mobilmachung gegen die Sowjetunion!“

Stalin war über die Rede, die Hitler am 4. Februar 1933 vor der Führung der Reichswehr über seine Ziele in Osteuropa gehalten hatte, sofort informiert worden. Er wußte, was die Stunde geschlagen hatte: Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges im Westen, vor allem aber endgültige Zerstörung der Staaten und jeder Spur von Staatlichkeit in Osteuropa – Kolonisierung, Ausrottung und Versklavung. Es begann der Wettlauf, um die Existenz der Sowjetunion zu sichern.

Und das wiederholte sich nach 1945. Die USA wähten sich noch für lange Zeit im Alleinbesitz der Atomwaffe und hatten in Hiroshima und Nagasaki unter Beweis gestellt, daß sie bereit waren, sie einzusetzen. Es ging erneut um die Existenz eines Landes, das 27 Millionen Menschen im Großen Vaterländischen Krieg verloren hatte, dessen europäischer Teil zum größten Teil durch die faschistische Politik der „verbrannten Erde“ zerstört war. Die Konsequenz für die sowjetische Deutschlandpolitik lautete daher: Deutschland darf kein Unruheherd sein, sondern muß von möglichst allen Alliierten kontrolliert und eingebunden werden, um einen zweiten 22. Juni 1941 zu verhindern. Bei allen Gegensätzen zu den Westalliierten muß es zumindest darüber Einvernehmen geben, daß Deutschland nie wieder in die Lage kommen darf, nach Weltmacht zu streben.

Erwägungen dieser Art waren selbst in den zugespitzten Krisen des Kalten Krieges da – auf beiden Seiten. Sie kamen in der zunächst ablehnenden Haltung Großbritanniens und Frankreichs, also Margaret Thatchers und Francois Mitterands, zum Anschluß der DDR an die BRD 1990 zum Ausdruck. Beide ließen sich ihre Zustimmung zur sogenannten deutschen Einheit aber abkaufen. Michail Gorbatschow folgte in seinem Wahnbild, das er vom Westen als einem Hort der Zivilisation hatte, dem Aberglauben, die Einbindung Deutschlands in die NATO biete jene Kontrolle. Die wahren Absichten des Westens kamen aber schon 1994 zutage, als die NATO die Ostausdehnung bis an die Grenzen Rußlands und unter Ausschluß Rußlands beschloß. Der US-amerikanische Rußlandkenner George F. Kennan (1904–2005) nannte das 1997 die größte militärpolitische Fehlentscheidung der USA seit 1945. Spätestens ab da war klar, was Rußland vom Westen zu erwarten hatte: Nichts – außer Aggression. Eine Berücksichtigung seiner Sicherheitsinteressen war und ist ausgeschlossen.

Die Gründung der DDR fand statt, weil die BRD gegründet worden war. Der Zweck war mit den Worten des „Spiegel“-Gründers Rudolf Augstein von 1960: „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue deutsche Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen.“ Es dauerte nicht 25 Jahre, wie Stalin einmal vermutet hatte, bis zur Wiederbewaffnung eines imperialistischen Deutschlands, sondern keine zehn Jahre. Die Vorbereitungen liefen seit 1945.

Bis 1990 waren die alliierten Vorbehalte für Deutschland nicht völlig beseitigt worden. Durch Kohl und Gorbatschow wurden sie zu den Akten gelegt, die BRD ist seitdem endgültig ein Schläfer-Imperialismus. Das klingt bei Scholz oder Klingbeil an, wenn sie von der Führungsrolle der Bundesrepublik sprechen. Die lange geplante, als „Zeitenwende“ deklarierte Hochrüstung und Beteiligung am Krieg in der Ukraine und in Nahost besagen, wohin die Reise geht. Der

Imperialismus braucht wie in der Vergangenheit eine Kriegsordnung in Europa, keine Friedensordnung.

An der Spitze der DDR standen durchweg Frauen und Männer, die aus der Arbeiterbewegung des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und aus dem antifaschistischen Widerstand in mehreren Ländern kamen. Sie kannten die Hauptbruchlinien der Epoche: die zwischen Imperialismus und Sowjetunion. Sie hielten lange an einer gesamtdeutschen, auf Entmilitarisierung, aber auch – als die BRD sich als Kriegsstaat konstituierte – auf Sozialismus gerichteten Orientierung fest. Das war schwer angesichts der wirtschaftlichen Lage und einer stark kleinbürgerlichen Bevölkerung.

In der „junge Welt“-Beilage zum 75. Jahrestag der DDR schrieb der Historiker Siegfried Prokop: „Die Außenpolitik der DDR wurde in allen Etappen dem proklamierten Hauptziel, Frieden zu stiften, gerecht. Kein Minister der DDR forderte die Bürger auf, ‚kriegstüchtig‘ zu werden. Solange es die DDR gab, ging von deutschem Boden kein Krieg aus.“ Der Grund war: Die Klasse der Finanz- und Industriekapitalisten war entmachtet. Frieden war zudem eine Überlebensfrage für den ärmeren der beiden deutschen Staaten, in dem allerdings wirklich ein Wirtschaftswunder, nicht von außen subventioniertes, stattfand. Wir, die wir in der DDR gelebt haben, wissen: Es ist ein anderes Leben in einer Gesellschaft, in der es zwar Militär gibt, aber niemanden, der von Rüstung profitiert. Die Losung „Der Frieden muß bewaffnet sein“ oder die Einführung von Wehrkunde in den Schulunterricht 1979 änderte nichts an der im Innern grundsätzlich auf Frieden ausgerichteten Gesellschaft der DDR. Diese Losung gilt im übrigen, seitdem es in der Geschichte der Menschheit soziale Klassen und Krieg als Auseinandersetzung zwischen Staaten gibt: Ohne Waffen gibt es in der Klassengesellschaft keinen Frieden. Das ist ihr Wesen und deswegen ist sie wert, daß sie zugrunde geht.

Das Totrüsten der Sowjetunion in den 80er Jahren, das ideologisch durch das Untergraben der DDR-Friedenserziehung unter Jugendlichen mit der Lüge begleitet wurde, Ost und West seien gleichermaßen schuld an der damaligen Kriegsgefahr, das Infragestellen des Zusammenhangs von Sozialismus und Frieden, traf die DDR ins Mark. Es war nicht die Hauptursache für ihr Ende. Das war wie ihre Gründung auch eine Sache der sowjetischen Führung, aber die DDR-Friedenspolitik – das ist Dialektik – bereitete den Boden für Illusionen über den Imperialismus in der Bevölkerung.

Die Ablehnung von Hochrüstung und Krieg ist heute unter Ostdeutschen stärker als in Westdeutschland. Die DDR wirkt, auch 34 Jahre nach ihrem Ende. Alle Versuche, den einzigen deutschen Friedensstaat aus den Köpfen zu bekommen, sind gescheitert. Daran hat der „RotFuchs“ seinen Anteil und das sollte uns stolz machen.

Oktober 2024 – ein Brief, eine Demo und ein Geburtstag

Der vergangene goldene Oktober ist den Bellizisten mächtig in die Glieder gefahren. Es waren drei Ereignisse, die zu Risiken in ihren gußeisernen Denkschablonen geführt haben. Diese Ereignisse standen und stehen obendrein auch noch in einem ursächlichen Zusammenhang: Da liegt zum einen der offene Brief, den die Ministerpräsidenten aus Sachsen und Brandenburg mit dem designierten Ministerpräsidenten aus Thüringen verfaßt haben. Des weiteren fand am 3. Oktober die große bundesweite Friedensdemonstration und -kundgebung in Berlin statt. Und last but not least wurde der 75. Jahrestag der Gründung der DDR gewürdigt. Womit beginnen? Ehre, wem Ehre gebührt: Die Wahl fällt deshalb auf die beiden Ministerpräsidenten aus Sachsen und Brandenburg, Michael Kretschmer und Dietmar Woidke, sowie ihren vermutlichen Partner aus Thüringen, Mario Voigt, und den von ihnen gemeinsam verfaßten Brief, in dem sie ihre Haltung und ihre Forderung zum Krieg in der Ukraine darlegen.

Der Brief

Das Kernanliegen des Briefs besteht darin, für einen Waffenstillstand zu werben und Verhandlungen auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen zu beginnen und diese „im Geist des Budapester Memorandums zwischen der Ukraine und Rußland“ zu führen. Viele wissen vielleicht nicht mehr, was es mit dem Budapester Memorandum auf sich hat. Das Memorandum umfaßt Vereinbarungen, die am 5. Dezember 1994 in Budapest im Rahmen der dort stattfindenden KSZE-Konferenz unterzeichnet wurden. In den Vereinbarungen gaben Rußland, Großbritannien und die USA gemeinsam mit Kasachstan, Belarus und der Ukraine (!) Sicherheitsgarantien in Verbindung mit deren Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag. Dies als Gegenleistung für die Beseitigung aller Nuklearwaffen auf ihrem Territorium. Obwohl der Brief der Autoren in seiner Mehrdeutigkeit auch kritisch zu werten ist – allein der kluge Hinweis auf das Memorandum beinhaltet einen Sprengsatz, der die Kriegstüchtigen und -süchtigen auf die Palme getrieben hat. Ob sie sich jemals von dort aus freien Stücken wieder herabseilen lassen werden? Derzeit sieht es nicht danach aus. Als der „Spiegel“ noch nicht ein transatlantisches Propaganda-Magazin war, verfaßte sein Gründer und Herausgeber Rudolf Augstein, oft unter dem Pseudonym Jens Daniel, im Wochenrhythmus scharfzüngige Kolumnen. Ein Satz von ihm aus dem Jahr 1961 wurde im aufsteigenden Wirtschaftswunderland nicht sonderlich ernst genommen. Heute ist er von brennender Aktualität: „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen. Der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjetunion ins Feld zu stellen.“ Am 25. November

1949 gab es in aufgeheizter Stimmung während einer Plenardebatte im Bundestag einen legendären Zwischenruf: Kurt Schumacher als erster SPD-Vorsitzender rief, an die Adresse Konrad Adenauers gerichtet: „Der Bundeskanzler der Alliierten.“ Parlamentspräsident Erich Köhler rief Schumacher zur Ordnung und verbannte ihn später für 20 Sitzungstage aus dem Parlament. Damals galt der Vorwurf noch als „gemeinwohlgefährdend“, um eine neue Wortschöpfung aus dem Bundesjustizministerium ins Spiel zu bringen. Heute darf sich nur eine Caren Miosga in einer Sendung, die ihren Namen trägt, mit gespielter Empörung echauffieren, wenn Olaf Scholz als „Vasallenkanzler“ bezeichnet wird. Das tut sie aber nur deshalb, weil es Sahra Wagenknecht war, die ihn so genannt hat. Schon zuvor wurden „dienend führende“ (Habeck) Akteure der „Ampel“ bei Besuchen in Washington wegen devoter Gesten und Worte mit Ovationen empfangen und geehrt. Und dies auch noch unter wohlwühlend medialer Begleitmusik. Immerhin weiß man, daß kein Weg ohne Hilfe der USA möglich ist, wenn man Rußland ruinieren (Baerbock) bzw. den Krieg dorthin tragen will (Kiesewetter). Das wußte übrigens schon der eben zitierte Kurt Schumacher, als er seine antifaschistische Gesinnung abgelegt hatte und von einem Sieg im Dritten Weltkrieg an der Seite der Amerikaner phantasierte. Nun haben drei „Ossi“-Politiker den Kriegssüchtigen auf dem Weg zur Kriegstüchtigkeit einige Steine in den Weg geworfen. Augenblicklich ging das Zeter-und-Mordio-Geschrei los. Die Autoren hätten mit ihrem Beitrag blankes Entsetzen ausgelöst, urteilte der „Münchner Merkur“. Die „Süddeutsche Zeitung“ erkannte ein „Unterwerfungssignal in Sachen Krieg und Frieden“, die „Rheinische Post“ bezeichnete den Brief einen „Liebesbrief an Sahra W.“ Die unvermeidliche Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann diagnostizierte einen rückgratlosen Kotau der Ministerpräsidenten, und für den noch amtierenden Vorsitzenden der Grünen Omid Nouripour ist Sahra Wagenknecht Putins Pressesprecherin in Deutschland.

Die Demo

Da bekanntlich ein Unglück selten allein kommt, fand am 3. Oktober, dem Anschlußtag, eine große bundesweite Friedensdemonstration und -kundgebung in Berlin statt. Die ehemals linksliberale TAZ hat am Tag danach ihr Urteil gefällt: „Die Friedensbewegung ist tot.“ Haben nicht ca. 40 000 „Scheintote“ bei recht unschönem Wetter das Gegenteil bewiesen? Allerdings zeigten sie in ihrer großen Mehrheit, daß sie keine Sympathie mit dem vom Westen gepöppelten Bandera-Staat verspüren. Das Motto „Die Waffen nieder!“ ist für eine Regierung, die mit ihrem Verteidigungsminister eine militärische „Aufwuchsfähigkeit“ beschwört und „Fähigkeitslücken“ schließen will, nicht bekömmlich.

Der Geburtstag

Und da nun mal aller guten Dinge drei sind, war der 7. Oktober der Tag, als vor 75 Jahren die DDR als Staat gegründet wurde. Die Erinnerungen an diesen Tag fanden, wie sollte es anders sein, ein je nach politischem Standort geteiltes Echo. „Was waren die Gründe dafür, daß die Deutsche Demokratische Republik vor genau 75 Jahren in die Weltgeschichte eintrat?“ Diese Frage stellt Daniel Bratanovic in seinem Kommentar in der „jungen Welt“ am 7. Oktober. Und weiter: „Was waren die Leistungen und auch Verfehlungen des anfangs antifaschistisch-demokratischen, später sozialistischen Staates? Aus den Erinnerungen hunderttausender Bürger östlich der Elbe ließe sich etliches benennen, was aber noch immer nicht Teil des öffentlichen Gedächtnisses sein darf. Der einstweilen gescheiterte Versuch, eine andere Eigentumsordnung zu etablieren, eine andere Produktionsweise jenseits von Profit und Ausbeutung soll in der kapitalistischen Bundesrepublik der Verdammnis anheimfallen.“ Doch das Knallen der Sektkorken, mit dem die auf der noch stehenden Mauer Sitzenden am 9. November 1989 gefeiert haben, verhalte im Laufe der nunmehr 35 Jahre und wich zunehmend einer Erkenntnis, die zum „Vorwärts, doch nicht vergessen“ geführt hat. Unter diesem Titel hat die „Berliner Zeitung“ am 7. Oktober einen Artikel von Maritta Thalich gebracht. Im Untertitel heißt es „75 Jahre DDR – es war nicht alles schlecht. Aber auch nicht alles gut. Die verzerrten Darstellungen nach der Wende verhindern bislang eine faire Bewertung der Verhältnisse im Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden.“ Da kürzlich Ilko-Sascha Kowalczuk, auf den wir noch zurückkommen werden, meint diagnostiziert zu haben, daß „die DDR auf vielen Ebenen und von vielen Akteuren verharmlost wird“ und dabei ausdrücklich Journalisten der „Berliner Zeitung“ erwähnte, wollen wir eine etwas längere Passage aus dem Beitrag von Maritta Thalich zitieren: „Die Hauptakteure von damals, die Kohls, Waigels, Kinkels und Schäubles ... hatten den Sieg des marktwirtschaftlich-demokratischen Westmodells unumkehrbar zu machen. Aus ihrer Sicht mußte alles ganz schnell gehen, war in möglichst kurzer Zeit möglichst viel von dem zu zerschlagen, was eine positive DDR-Erinnerung hätte werden können – Betriebe, Schulen, Kindergärten, soziale Balance, Frauenrechte, Gemeinschaftsgefühl und vieles mehr. Alles, alles, was nach DDR aussah, mußte weg, selbst Vernünftiges, Modernes, Menschliches. Alles sollte ‚auf Westniveau‘ gebracht werden, auch dann, wenn das unter Ost-Level lag.“ Nun darf der bereits erwähnte „Historiker“ Kowalczuk zu Wort kommen. In einem Interview mit t-online erklärte er: „Die DDR war eine Diktatur. Punkt. Und zwar die Diktatur einer Partei, die den Kommunismus durchsetzen wollte

– mit allen Mitteln, zu jedem Preis. Nun wird der eine oder andere sicher einwenden, daß die SED mit ihrer DDR weit vom Kommunismus entfernt gewesen sei. Doch diese Aussage ist purer Blödsinn. Wenn das von 1917 bis 1989/91 kein richtiger Kommunismus mit Millionen Toten gewesen ist, dann will ich lieber nicht wissen, was ein ‚richtiger‘ Kommunismus zu leisten imstande ist. Persönlich erleben möchte ich das nicht.“ Es ist erstaunlich, daß ein Mann seine Reputation als Historiker aufs Spiel setzt, nur um seinen antikommunistischen Haß auf alles, was nach Sozialismus riecht, in Interviews und Talkshows darlegen zu dürfen. Aber dem Manne kann geholfen werden. Kein Mensch steigt zweimal in denselben Fluß. Er nicht, und auch Millionen andere Menschen wollen die DDR nicht „zurück“, wie er seinem Interviewpartner meinte versprechen zu müssen. Was er aber mit dem „Zurück“ meint, ist nicht seine Angst vor einer DDR-Wiedergängerin, sondern die vor einem politisch-gesellschaftlichen Prozeß, der Geleistetes, Erfahrungen und Errungenschaften einer 40jährigen Geschichte der DDR analysiert, aufbereitet und auf ein im dialektischen Sinn neues Niveau hebt. Kein Zurück also, sondern ein Vorwärts – in Richtung eines Staates, der sich, ganz wie sein Vorgänger, den Antifaschismus verordnen wird. Und dessen Doktrin lauten wird, daß von seinem Boden niemals ein Krieg ausgehen darf. Für Kowalczuk ein „Gott bewahre!“ Für ihn wurde im Jahr der echten Zeitenwende 1917 der Kommunismus an einem Tag geschaffen. Im Vollzug dieses Wendemanövers werden von ihm die Millionen Toten des Faschismus an der Macht (1939 bis 1945) und der imperialistischen Kriege nach 1945 dem Kommunismus vor die Tür gelegt. Es verbietet sich, diesen „puren Blödsinn“ (seine Worte) zu kommentieren. Er darf ihn aber gut dotiert in Interviews und in Talkshows verkaufen.

Der Autor dieses Beitrags bittet um Verständnis, wenn er einige Sätze seines Beitrags aus dem letzten „RotFuchs“ (S. 4) wiederholt. Ein Sprichwort sagt ja, daß die Wiederholung die Mutter der Weisheit ist: „Im Jahr des Überfalls auf die Sowjetunion und noch während der Präsidentschaft F. D. Roosevelts formulierte sein Freund Henry R. Luce den Weltführungsanspruch der USA mit den Worten, es sei an der Zeit, ernsthaft unsere Aufgabe und unsere Chance als mächtigste und vitalste Nation in der Welt wahrzunehmen und daher in dieser Welt unseren uneingeschränkten Einfluß geltend zu machen, und zwar für Zwecke, die wir für richtig halten, und durch Mittel, die wir für richtig halten“. Für Roosevelts Nachfolger H. S. Truman war dieser Satz ein seine Präsidentschaft prägendes Leitmotiv. Kaum im Amt erklärte er, ‚daß die Russen in ihre Schranken verwiesen werden müssen, daß die Vereinigten Staaten dann die Führung übernehmen und die Welt so regieren werden, wie sie regiert werden sollte‘. John K. Galbraith, ein führender US-Außenpolitiker, schrieb rückblickend: ‚Nachdem der Krieg nun beendet war, konnte der Kommunismus wieder zum Feind werden. ... Die amerikanische Außenpolitik wurde von einer einzigen, alles dominierenden Leidenschaft dominiert: der Niederwerfung des Kommunismus.‘ Im

Jahr 1945 genoß die Sowjetunion als Siegermacht über den Faschismus weltweites Ansehen. Sie war das größte Hindernis für das anvisierte amerikanische Jahrhundert. Aber schon am Rande der Potsdamer Konferenz glaubte Truman nach erfolgreicher Erprobung der ersten Atombombe mit dem Satz



2008: Der Palast der Republik wird abgerissen

triumphieren zu können, daß Macht ‚das einzige ist, was die Russen verstehen‘. Ein Satz, den wir heute von den Habecks, Kiesewetters, Hofreiters u. a. täglich hören.“

Es gibt einen schönen Satz von John F. Kennedy aus dem Jahr 1962: „Wir haben keine Angst, dem amerikanischen Volk unangenehme Fakten, fremde Ideen, fremde Philosophien und konkurrierende Werte anzuvertrauen. Denn eine Nation, die Angst hat, ihr Volk in einem offenen Markt über Wahrheit und Lüge urteilen zu lassen, ist eine Nation, die Angst vor ihrem Volk hat.“ Und der russische Revolutionär und Wirtschaftstheoretiker Nikolai Bucharin sagte: „Die Demokratie ist die Staatsform des Bürgertums, wenn es keine Angst hat, Faschismus, wenn es Angst hat.“ Noch gibt es weder in den USA noch in Europa oder sonstwo einen Faschismus an der Macht. Es ist wichtig, dies zu betonen, weil eben dieses „Bürgertum“ das Wort Faschismus seinem Grundwortschatz einverleibt hat. Das wurde in der Absicht untergenommen, um (nur) die AfD-Anhänger und -Mitglieder als Nazis und Faschisten zu bezeichnen. Mit dieser Stigmatisierung war das Bürgertum bisher einigermaßen erfolgreich – und dies gleich in doppelter Hinsicht. Denn hinter dem Versuch, die Bevölkerung stramm auszurichten, wird nahezu geräuschlos ein autoritärer Umbau des Staats vorangetrieben.

Die Innenministerin fährt in der Spur des Gesetzes von 1933 zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Dem Gesetz folgend, konnten Beamte, die in oppositionellen Parteien tätig waren oder mit ihnen sympathisiert hatten, entlassen werden. Frau Faesers Treiben steht außerdem sowohl in einem nationalen wie auch im transatlantischen Kontext. Es geht nicht nur um die Befriedigung ukrainischen Verlangens nach Waffenhilfe,

es geht auch nicht nur um die „Kriegsertüchtigung“ einer noch zu wenig wehrbereiten Bevölkerung. Die ausufernden Restriktionen gegen oppositionelle Medien werden, so Themba Godi, ehemaliges Mitglied der südafrikanischen Nationalversammlung, „von der Angst vor einem Wettbewerb in der

multipolaren Welt angetrieben“. Um diese zu überwinden, werden andere Sichtweisen mit dem als Joker benutzten Schlagwort „Desinformation“ erschlagen. Oder treffender, mit der Garotte, dem aus Spanien stammenden Würgeeißen, erstickt. Dennoch, der Nachhall der Oktobertage mit seinen Erinnerungen ist alles in allem zukunftsweisend.

Hans Schoenefeldt

Scheindemokratisch ausgedacht

Wo Unrecht per Gesetz Recht ist
Und heuchelnd sich Moral dran mißt,
Nicht ärgern, nicht mal wundern,
Denn Klassenfeind bleibt Klassenfeind,
Der niemals sagt das, was er meint.
Solch Wahrheit kann ermuntern.

Das, was er wirklich meint, uns trennt.
Dazu braucht's gar ein Parlament,
Scheindemokratisch ausgedacht,
Wofür man auch die Wahl gemacht
Mit allerlei Versprechen
Fürs Recht zu mehr Verbrechen.

Der Klassenfeind im Rathaus will,
Daß es, so wie bisher, bleibt still,
Selbst Wahnsinnskosten, Energie
Symbolisier'n Demokratie.
Stets Ausbeutung er Freiheit nennt,
Die zynisch sich zum Krieg bekennt.

E.Rasmus

Die eindimensionale Republik

Über Einschränkungen und Zensur in der BRD

Nun sind auch die Brandenburger durch mit der Wahl und auch hier wählte fast ein Drittel der zur Wahl Gegangenen die blau-braunen Rattenfänger und Profotaschisten. Daß die SPD noch ein paar Stimmchen mehr bekommen hat, ändert nichts an diesem Ergebnis. Es zeigt einfach nur, daß 34 Jahre Bundesrepublik Verheerendes in den Köpfen der Menschen angerichtet haben. Hinzu kommt, daß sich eine den Nöten der Menschen weitgehend entfremdete Linkspartei den vorläufigen Todesstoß selbst verpaßt hat. Wie konnte es nur soweit kommen? Eine ausführliche Analyse wird sicher noch zu leisten sein. Mir geht es hier vor allem um Fragen der zunehmenden Einschränkungen der Meinungsfreiheit und Zensur in der Bundesrepublik und was das bei den Menschen auslöst. Gehen wir zunächst noch einmal in die Geschichte zurück, in das Jahr 1988.

Im November jenenn Jahres wurde die Auslieferung der beliebten Zeitschrift „Sputnik“, ein Digest aus sowjetischen Zeitschriften, auf Weisung des Politbüros der SED untersagt. Die kleine Mitteilung im Wochenend-ND als Verlautbarung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der DDR schlug hohe Wellen. Es gab jede Menge Protestaktionen der einen oder anderen Art, die Bürger fühlten sich eingeengt und in ihren verfassungsmäßigen Rechten beschnitten, denn dort hieß es: „Art. 27 (1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt. Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“ (Quelle: <https://www.verfassungen.de/ddr/verf68.htm>)

Sicher kann man sagen, daß das „Sputnik-Verbot“ einen Riß im Fundament der DDR hinterlassen hat, denn die meisten Menschen fühlten sich als Teil jenes Staates, der ihnen nun vorschreiben wollte, wie sie sich zu informieren hatten. Heute, in der größer gewordenen Bundesrepublik, haben wir zwar keine vom Volk abgestimmte Verfassung, aber doch wenigstens ein Grundgesetz, welches der Bundestag für uns beschlossen hat. Hier gibt es einen Artikel, der sich mit Rede- und Informationsfreiheit befaßt: „Art. 5 (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ (Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BjNR00010949.html>)

Nun, das hört sich wirklich prima an – aber entspricht es der Realität? Unabhängig davon, daß die Meinungsbildung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung durch Schulen, öffentliche Einrichtungen, (un)soziale Medien und bürgerliche Leitmedien von ungeschriebenen, aber von den Vorständen der Medienbesitzenden durchgesetzten Vorgaben bestimmt sind,

z. B. Verteufelung der DDR, Antikommunismus, Entsolidarisierung usw., kommen seit dem Ukrainekrieg noch ein paar zusätzliche Eingriffe, die nicht mit Art. 5 GG kompatibel sind, hinzu. Und mit Beginn des Krieges meine ich nicht 2014, da wurde ja nur gegen das eigene Volk gebombt, sondern 2022, als Rußland mit Streitkräften in die Ukraine einrückte, um einen Teil der russischsprachigen Bevölkerung des Nachbarlandes zu unterstützen und gleichzeitig klarzumachen, daß es einen NATO-Stellvertreter Ukraine an der eigenen Landesgrenze als Bedrohung empfindet. Ganz egal, wie man zu diesem Krieg steht – die Bundesrepublik be-



Seit 2013 trägt „Stolichnaja“ im Westen nicht mehr die Bezeichnung „Russischer Wodka“ auf dem Etikett

gann sofort, ihre Bürger vor allem Russischen in „Schutz“ zu nehmen. Natürlich ist man damit nicht allein auf weiter Flur. Die ganze EU hat, neben sogenannten Wirtschaftssanktionen gegen Rußland, die man auch Wirtschaftskrieg nennen könnte, sowie umfangreichem militärischem Nachschub für die Ukraine, erst einmal aus unseren Steuergeldern finanziert, auch sofort versucht, jede russische Informationsquelle in Deutschland und in der ganzen EU zu verbieten. Der deutsche Bürger solle in seiner geistigen Gesundheit vor allem Russischen, also dem Bösem, bewahrt bleiben. Russia Today, Sputnik und anderen Medien wird gezielte Kriegspropaganda für Rußland vorgeworfen. Im Verbund mit den US-amerikanischen „Freunden“ gilt das auch für die Verbreitung über das Internet, denn die dafür zuständigen Server stehen ja in den USA. Und man macht nicht Halt vor geistigen Inhalten. Da offensichtlich russisches, also schlechtes Denken, mit geistigen Getränken gesteigert wird, haben die (vier) Besitzer aller deutschen Supermärkte beschlossen, keinen russischen Wodka mehr ins Angebot zu nehmen.

Alternativ werden dafür mehr polnische und ukrainische Wodkas angeboten. Halleluja! Unser Staat kümmert sich um seine Menschen! Natürlich gehört auch dazu, noch vorhandenes falsches Restdenken zu sanktionieren. So muß die Verbreitung der von den offiziellen Positionen abweichenden Meinungen soweit wie möglich eingedämmt werden. Die Bundesregierung betrachtet alle Haltungen, die nicht den offiziellen Verlautbarungen entsprechen, und die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen mit unseren Steuergeldern für die Ukraine, als Teil einer hybriden Bedrohung der westlichen Werte und Freiheiten. Das geht so weit, daß ein deutscher Friedensaktivist wegen einer Rede am 22. Juni 2022 am sowjetischen Ehrenmal von einem Berliner Gericht verurteilt wurde, weil er in der Rede zum Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion die Kollaboration von Ukrainern mit der deutschen Wehrmacht angesprochen hatte.

Der Staat Bundesrepublik scheut sich nicht, alternative Geschichtsbilder durchzusetzen, um gegenwärtiges staatliches Handeln zu begründen. Denn daß gerade der Anteil ukrainischer Bürger in SS-Einheiten hoch war – man geht von mehr als 300 000 aus – und ukrainische Hilfspolizisten in deutschen Diensten im Zweiten Weltkrieg willige Helfer gegen Juden und Partisanen waren, ist eine historische Tatsache. (siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Ukrainische_Befreiungsarmee)

So wird das staatliche Vorgehen gegen Andersdenkende (Polizei, Verfassungsschutz, Gerichte) seit Jahren immer schärfer. Und die vielgelobte vierte Gewalt im Staat, die Medien, trönten so laut und einseitig ins Horn, daß es schon in der ARD als auch beim ZDF Protestbriefe der eigenen redaktionellen Mitarbeiter gab. Aber die Verbreitung der einseitigen Sichtweise findet ja nicht erst seit 2022 statt. Was die antirussische Propaganda, zu der auch die Forderungen nach Friedensbemühungen des Westens gegenüber der Ukraine und Rußland zählen, betrifft, zeigt sie auch zunehmend Wirkung. Jüngstes und skurriles Beispiel dafür ist die Einschätzung der Grünen, die nicht nur von einer pazifistischen zur Kriegspartei mutiert sind, sondern auch aus dem Brandenburger Landtag flogen, für ihr desaströses Wahlergebnis das „Wirken russischer Propaganda und russischer Einflußagenten“ verantwortlich zu machen. Haarscharf an der Realität vorbeianalysiert. Ich habe einmal vor mehr als 45 Jahren in einer Druckschrift Auszüge aus Aufsätzen bayerischer Siebtklässler gelesen. Aufgabe war aufzuschreiben, was man über Russen wüsste. Da hieß es u.a. „der Russe ist böse, er tanzt, singt und schießt und wohnt in Holzhäusern oder Iglus ...“ Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis deutsche Schüler wieder solche Sätze verzapfen werden, dem fürsorglichen Staat sei Dank. Was in der DDR noch zu einigem Aufruhr geführt hat, erzeugt heute nur noch dumpfes Schweigen ... Na dann: Gute Nacht!

Uli Jeschke

Schein von Rechtsstaat

Vor 100 Jahren erschien die „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus“ von Eugen Paschukanis.

„Warum bleibt die Klassenherrschaft nicht das, was sie ist, d. h. faktische Unterwerfung eines Teiles der Bevölkerung unter die andere? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlichen Herrschaft an, oder – was dasselbe ist –, warum wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an“? Der russische Rechtstheoretiker Eugen Paschukanis (1891–1937) warf diese Kernfrage in seiner noch heute als Standardwerk geltenden Monographie „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus“ auf. Er verfaßte sie 1923 in Berlin, veröffentlichte sie 1924 in der Sowjetunion, 1929 wurde sie vom damaligen Justitiar der KPD, Felix Halle, auf Deutsch herausgegeben. Sie blieb ein Kristallisationspunkt der bis heute nicht abgeschlossenen Diskussion unter Marxisten über die Entstehungsgründe von Recht und Staat. Diese Debatte verschafft nicht nur Erkenntnisgewinn, sondern auch eine bessere Einsicht in die Bewegungsgesetze des aktuellen Abbaus demokratischer Rechte und der durch entsprechende Gesetze forcierten Ausrichtung der Gesellschaft auf Kriegsertüchtigung. Karl Marx, der zunächst Jura studierte, griff das Thema „Recht“ zwar in verschiedensten Passagen seines Gesamtwerks auf, führte es aber nicht systematisch aus. Das ist darauf zurückzuführen, daß aus der Sicht des historischen Materialismus sowohl der bürgerliche Staat als auch das Recht Ausdruck der Klassenverhältnisse sind („Überbau“). Anlässlich der „Debatten über das Holzdiebstahlsgesetz“ griff Marx 1842 als Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ in den Streit zwischen Armen und Waldbesitzern ein. Er erkannte, daß das Gewohnheitsrecht der Armen von der bürgerlichen Rechtsordnung ignoriert und verdrängt wird, die Interessen der Waldbesitzer indes zum allseits gültigen Gesetz erhoben werden: Recht ist Ausdruck von Interessen, Gesetze verleihen Interessen Macht. In der „Deutschen Ideologie“ gelangte Marx 1845 zu der Grundüberlegung, das „Privatrecht“, also das Recht das Seiende zu gebrauchen und zu verbrauchen (auch: mißbrauchen) sei ein Resultat der jeweils bestehenden Eigentumsverhältnisse, die sich im Verkehr der Individuen unter-, mit- und gegeneinander manifestieren. Aber im Recht steckt nach Marx auch der Schein, „die Illusion, als ob das Privateigentum selbst auf dem bloßen Privatwillen, der willkürlichen Disposition über die Sache beruhe“ (MEW 3, 64). Seine bloße Verfügung über eine Sache läßt den Verfügenden glauben, er bestimme über das Eigentumsverhältnis als solches. Warum es Eigentum gibt,

erkennt er nicht. Im Austausch der Dinge besonders sich auch der rechtliche Zusammenhang. Beispiel: Die Bank kann über eine Hypothek eine Immobilie rechtlich eignen, ohne zur gleichen Zeit über das Grundstück verfügen zu können. Völlig abgelöst vom Eigentum, das zugleich Ware ist, kann das Recht nicht sein, es verlöre seinen realen Bezugspunkt. Marx beschreibt das vom Individuum abstrahierte, dem Staat übertragene und von ihm geschöpfte Recht, als „die Form (...), in welcher die Individuen einer herrschenden Klasse ihre gemeinsamen Interessen geltend machen und die ganze bürgerliche Gesellschaft einer Epoche sich zusammenfaßt“ (MEW 3, 62). Der Kapitalismus ist bei der Verteilung der Güter dadurch gekennzeichnet, daß nicht die Bedürfnisse der Individuen den Ausschlag geben, sondern der Profit. Die Organisation dieses Prozesses macht die Qualität des Rechts aus (Kaufverträge, Dienst- und Werkverträge, Arbeitsverträge, Mietverträge etc.). Die Zirkulation der Waren ist das Grundgesetz der rechtlichen Verhältnisse. Marx erläutert er in seinem Artikel „Zur Judenfrage“ 1843, daß das Recht auch Ausdruck des Spannungsverhältnisses zwischen Bourgeois (Individuen, die ihre genuin wirtschaftlichen Interessen mit- oder gegeneinander ausspielen) und Citoyen (Bürger, die ihre politischen Rechte gegenüber dem Staat geltend machen) ist. Während der bürgerliche Staat vorgibt, seine Citoyen gleich zu behandeln, verdeckt er damit gleichzeitig den Umstand, daß ökonomisch die Gesellschaft in Besitzende und Nichtbesitzende der Produktionsmittel geschieden ist. Die politische Sphäre des Überbaus erscheint als (quasi-)neutrale Instanz, aus der der Klassengegensatz per Konstruktion ausgesondert ist. Die bürgerliche Rechtsidee bedient sich, da sie sich durch diese Konstruktion ihres Inhalts entledigt hat, zur Legitimation letztlich immer nur der Behauptung ihres Gesetzseins, ihrer Form also (Gleichheit *vor dem Gesetz*). Eine tatsächliche Emanzipation, nämlich daß die Menschen ihre Interessen „als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert“ (MEW 1, 370) haben, ist nur durch Aufhebung der Spaltung zwischen der Sphäre gesellschaftlichen/ökonomischen Seins und dem Bereich staatlicher Organisation denkbar. Von der Pariser Commune 1871 erwartete sich Marx den Beginn einer solchen Emanzipation („Hebel ..., um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen“). 1875 schreibt Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“: Erst dann, wenn der Warenaustausch nicht mehr nach kapitalistischer Art organisiert ist, „kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“. (MEW 19, 21) Ein Zustand, der das Absterben des Staates (und damit auch des Rechts) impliziert. Einstweilen erscheint

der bürgerliche Klassenstaat als „Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeois-Klasse verwaltet“. (MEW 4, 464) Staat und Recht sind Instrumente der herrschenden Klasse, ein Verständnis, das insbesondere Friedrich Engels zum Ausdruck bringt, wenn er schreibt: „Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtmacht der besitzenden Klassen ... Was die einzelnen Kapitalisten ... nicht wollen, das will auch ihr Staat nicht“ (MEW 18, 257, 258). Lenin hat in „Staat und Revolution“ diese These aufgenommen und betont: Der bürgerliche Staat sei seinem „Wesen“ nach, „ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, (er) ist die Errichtung derjenigen ‚Ordnung‘, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft“. Die Formen dieser Herrschaft seien „außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine Diktatur der Bourgeoisie“ (Lenin Werke 25, 425).

Für Paschukanis sind die interpersonalen Rechtsverhältnisse der juristisch gewendete Ausdruck der die gesamte Gesellschaft bestimmenden Verhältnisse zwischen Warenbesitzern. Daraus resultiere das Streben der bürgerlichen Gesellschaft, sämtliche Konflikte, die auch nur im weitesten Sinne geeignet wären, die Warenbesitzerverhältnisse und den möglichst reibungslosen Ablauf der Tauschakte und der Warenzirkulation selbst zu beeinträchtigen, mit allen gebotenen Mitteln zu befrieden. Das sei die Aufgabe des Staates und des Rechts. Nur Stabilität sichere den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft und damit der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse. Während der Zyklen der Stabilität zeige sich der bürgerliche Staat mit dem Einsatz des Unterdrückungsapparates zurückhaltend, bestrafe Eigentumsverletzer milde, geriere sich als „Sozialstaat“. In den Zeiten der ökonomischen Krise hingegen kenne der bürgerliche Staat nicht einmal mehr seine Verfassung und den Rechtsstaatschein, mit dem er sich mangels anderer Legitimation in „guten Zeiten“ umgeben hat. Je stärker die Erschütterung der bürgerlichen Herrschaft, umso kompromittierender, lächerlicher und durchschaubarer wird ihr Agieren. Die bürgerliche Rechtstheorie kommt mit ihrer Kritik an maroden rechtlichen Verhältnissen nicht über Einzelercheinungen hinaus, analysiert die Erscheinungen einer tagtäglich von Oben betriebenen Formierung der Gesellschaft nur auf der Schnittmisterebene des „Widerspruchs von Sicherheit und Freiheit“. Die Lektüre von Paschukanis „Allgemeiner Rechtslehre“ verhilft dagegen zu einem ungetrübten Blick hinter die Kulissen des Zusammenwirkens von Staat, Kapital und Rechthabern.

Der Westen und die Ukraine Hand in Hand

Am 12. September hat der russische Außenminister **Sergej Lawrow** vor ausländischen Botschaftern eine Grundsatzrede zum Ukraine-Konflikt gehalten, in der er darlegt, wie Rußland den Konflikt, die Beteiligung des Westens und die Aussichten auf eine friedliche Lösung einschätzt.

„RotFuchs“ dokumentiert Auszüge.

(...) Die jetzige Situation hat viele traurige Aspekte. Eine davon ist die direkte Beteiligung der ukrainischen Streitkräfte an groß angelegten Terroranschlägen mit direkter Unterstützung des Westens. Täglich nimmt die Zahl der gezielten Angriffe auf zivile Ziele und des Beschusses von Zivilisten stark zu. Wir sehen das alles als Teil der Invasion der ukrainischen Streitkräfte mit terroristischen Absichten in die Region Kursk, von wo aus sie nun zuverlässig verdrängt werden. (...)

Die Terroranschläge auf zivile Infrastruktur und Zivilisten in den Regionen Belgorod und Brjansk dauern seit mehr als einem Jahr an. In regelmäßigen Abständen werden Angriffsdrohnen auch in andere Grenzregionen Rußlands abgefeuert.

(...) Dabei stellen die Westler dem ukrainischen Regime beim Transfer der Waffen sofort einen Blankoscheck für deren Verwendung aus und erklären, daß sie von dem Moment an, in dem sie die Grenze der Ukraine überqueren und von Vertretern der ukrainischen Streitkräfte angenommen werden, keine westlichen Waffen mehr sind, sondern ukrainische, und daß sie damit machen können, was sie wollen. (...)

Wir verstehen, daß der kollektive Westen diesen Krieg gegen Rußland als existentiell bezeichnet hat. Das Ziel ist es, uns eine „strategische Niederlage“ zuzufügen. (...)

Derzeit gilt folgendes Schema: Die NATO übergibt zusätzlich zu den zunehmend weitreichenden Waffen auch ihre militärischen und weltraumbezogenen Geheimdienstdaten nach Kiew. Sie werden eingesetzt, um Ziele tief im russischen Territorium zu lokalisieren und anzugreifen. Diese Ziele sind Wohngebäude, lebenserhaltende Einrichtungen, Energie, industrielle Infrastruktur, soziale Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Kliniken. Darüber hinaus koordinieren westliche Militärspezialisten die Angriffe mit hochpräzisen Waffen gegen rein zivile Ziele buchstäblich manuell. Flugmissionen werden von Ausbildern und Vertretern der NATO-Staaten, die Kiew mit diesen Waffen beliefern, zusammengestellt und in das System geladen. (...)

Die ukrainischen Geheimdienste nutzen die Dienste ihrer westlichen Gönner und werben gleichzeitig radikale Islamisten aktiv für terroristische Aktivitäten an. (...)

Kürzlich wurde bekannt, daß sich ukrainische Geheimdienst-„Abgesandte“ in der „Deeskalationszone Idlib“ in Syrien aufhalten und dort Kämpfer von Jabhat al-Nusra rekrutieren, jetzt heißt diese Struktur „Hey'at Tahrir Al-Sham“, um sie in ihre geplanten neuen schändlichen Operationen einzubeziehen. Sie

richten ihren Blick bereits weiter nach Süden, in die Sahara-Sahel-Zone des afrikanischen Kontinents, wo sie zusammen mit angeworbenen Extremisten Terroranschläge auf die Streitkräfte der Regierungen mehrerer Länder verüben. (...)

In Bezug auf die Energieinfrastruktur der Ukraine möchte ich sagen, daß unsere Streitkräfte nur solche Infrastruktureinrichtungen angreifen, die in direktem Zusammenhang mit der Organisation von Kampfhandlungen stehen und von denen die Aktionen der ukrainischen Truppen an der Kontaktlinie abhängen, und erst recht auf russischem Gebiet, ich meine die Region Kursk. Doch all diejeni-



Sergej Lawrow

gen, die der Ukraine bei der Aufrechterhaltung ihrer Energieversorgung helfen wollen, ignorieren die Tatsache, daß Kiew an der Kontaktlinie als erster gegen zivile Energieanlagen vorgegangen ist.

Lange bevor wir unsere aktuelle Strategie und Taktik auf dem Schlachtfeld festlegten, wurde der Staudamm des Wasserkraftwerks Kachowka gesprengt. Das Wasserkraftwerk selbst wurde zerstört. 200 Menschen fielen dem zum Opfer. Wir halten das für einen direkten Terrorakt.

Der Nuklearterrorismus ist zur wichtigsten Visitenkarte der Ukraine geworden. (...)

Das AKW Saporoschje stand buchstäblich am Rande einer Katastrophe, als die ukrainischen Streitkräfte es am 11. August dieses Jahres beschossen. Durch das Feuer wurde einer der beiden Kühltürme des Kraftwerks schwer beschädigt. Das ist eine ernste Situation. Der Westen sah dem leichtsinnig zu, obwohl die Aktionen ihrer Marionetten letztendlich zu einer Katastrophe ähnlich wie Tschernobyl führen könnten. Und vor allem Europa wird darunter leiden.

Auch beim Kernkraftwerk Kursk ist die Lage sehr angespannt. (...) Kiew verheimlicht nicht, daß sie das Kernkraftwerk Kursk absichtlich angegriffen haben. (...) Es gibt Hinweise auf Hinrichtungen von Zivilisten, Behinderungen bei der Evakuierung von Bürgern, Morde an Ärzten und Krankenwagenpersonal, Freiwilligen, Rettern und massenhafte Plünderungen. (...)

Wenn wir über die Notwendigkeit sprechen, die Sicherheit kritischer Energieinfrastruktur zu gewährleisten, können wir das Spektakel nicht ignorieren, das im Zusammenhang mit den terroristischen Sprengungen der Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 vor zwei Jahren aufgeführt wird.

Wir haben gemäß dem Völkerrecht zahlreiche Rechtshilfeersuchen nach Deutschland gerichtet. Auf die muß man antworten. Aber keine davon wurde erfüllt. Auch aus Dänemark und Schweden, wohin wir uns ebenfalls offiziell gewandt hatten, erhielten wir keine Antwort. Sie erklärten, daß die nationalen Ermittlungen eingestellt worden seien.

Die derzeit in Deutschland laufenden Ermittlungen sind völlig intransparent. Vor einiger Zeit erschienen in der europäischen, auch deutschen, Presse Berichte darüber, wie dieser Terroranschlag organisiert wurde. Fünf Menschen saßen da, tranken, scherzten und beschlossen plötzlich: Warum nicht Nord Stream in die Luft sprengen? Sie hatten Tauchkenntnisse. Sie haben angeblich ein Boot gemietet. Sechs Leute. Sie sind mit diesem Boot zu der Stelle gefahren, an der die Nord Streams lagen, sind hinuntergegangen, haben Sprengstoff angebracht und sie in die Luft gesprengt. Wenn irgendwer an diese Version glauben kann, dann nur diejenigen, die Angst vor der Wahrheit haben und das kriminelle Kiewer Regime auf jede erdenkliche Weise schützen wollen. (...)

Wir bemühen uns sicherzustellen, daß alle diese Fakten ehrlich untersucht und nicht „unter den Teppich gekehrt“ werden.

Das Kiewer Regime terrorisiert auch seine westlichen Nachbarn. Ich bin sicher, daß bei den Nord Stream-Explosionen wahrscheinlich eine Art ukrainische Spur gefunden und erfunden wird. Die Haupttäter sind Länder, die über die hierfür erforderlichen technologischen Kapazitäten verfügen. (...)

Vor einem Monat stoppte die Ukraine den Transit von russischem Öl durch den südlichen Zweig der Druschba-Ölpipeline in die Slowakei und nach Ungarn. Sie hat ihn einfach gestoppt, obwohl es Verträge und Verpflichtungen gibt. Es ist klar, daß das nicht ohne den „Rat“ der westlichen Kiewer Aufseher hätte geschehen können, um wegen ihrer unabhängigen Position und ihrer Weigerung, die Ukraine mit modernen Waffen zu versorgen, Druck auf Budapest und Bratislava auszuüben. Politikwissenschaftler aus diesen Ländern erklären ihren Wählern ehrlich, was in der Ukraine passiert. Kürzlich hat der slowakische Ministerpräsident Fico entschieden darüber gesprochen, daß die Tatsache, daß die ukrainischen

Streitkräfte unter Nazi-Standarten und mit Nazi-Aufnehmern kämpfen, inakzeptabel sei. (...)

Das Regime in Kiew terrorisiert weiterhin seine eigenen Bürger. Am 20. August dieses Jahres wurde ein Gesetz verabschiedet, das, mit einer kurzen Verzögerung von mehreren Monaten, die kanonische Ukrainisch-Orthodoxe Kirche effektiv verboten hat. Dies ist bereits der „Schlußakkord“ in der Verfolgung der kanonischen Kirche. Seit vielen Jahren greifen radikale Schläger Kirchen an und verprügeln Gemeindemitglieder und Priester. Mehr als einmal haben die Behörden das Eigentum der Kirche gewaltsam eingezogen und der sogenannten Orthodoxen Kirche der Ukraine übergeben, die 2018 von Präsident Poroschenko künstlich gegründet wurde. Er flog extra zum Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus, er nennt sich Patriarch von Konstantinopel, „arbeitet“ aber in Istanbul. Diese „Operation“ wurde mit direkter Unterstützung von US-Vertretern, einschließlich ihres Sondergesandten für Religionsfreiheit, organisiert. Um die Religionsfreiheit zu gewährleisten, zwang er den ukrainischen Präsidenten, zusammen mit dem „Patriarchen“ eine Bewegung zum Verbot und zur Ausrottung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche zu starten. Sie schufen ein künstliches Gebilde, das auch heute kaum Anhänger findet. Da das ukrainische Volk Widerstand leistet, mußte die kanonische Kirche vollständig verboten werden. Priester wurden inhaftiert und ihrer Staatsbürgerschaft beraubt. Das Kiewer Regime bekämpft alles, was mit der russischen Welt zu tun hat.

Russischsprachige, in der Ukraine lebende ethnische Russen, die Bürger der Ukraine waren, sind die Gruppe, die am stärksten diskriminiert wird. Nicht nur sie. Auch Weißrussen und Ukrainer, die Russisch sprechen wollen, werden diskriminiert. Davon gibt es viele: Armenier, Juden, Griechen und Vertreter anderer ethnischer Minderheiten.

Jetzt wurden Gesetze erlassen, nach denen es verboten ist, Kinder in ihrer Muttersprache zu unterrichten und in fast allen Lebensbereichen in der Muttersprache zu sprechen. Sie ist von Fernsehen und Rundfunk ausgeschlossen, Literatur wird aus Bibliotheken beschlagnahmt, aufbereitet und vernichtet. Für das Sprechen in einer anderen Sprache als Ukrainisch drohen Geldstrafen. Es kommt zu Entlassungen. Belästigungen durch Nationalisten, die Gewalt anwenden, sind keine Seltenheit. Alle diese Maßnahmen werden mit besonderer Heftigkeit gegen die russische nationale Minderheit ergriffen, obwohl die Verfassung der Ukraine immer noch besagt, daß der ukrainische Staat den Russen, die gesondert separat erwähnt werden, und anderen nationalen Minderheiten alle ihre Rechte, einschließlich Bildung, Sprache, Kultur etc., garantiert. Die Verfassung wird nicht befolgt. (...)

Trotz terroristischer Aktionen, dem Verbot und der Ausrottung alles Russischen in der Ukraine und der Diskriminierung anderer ethnischer Minderheiten pumpen der Westen, die USA und die EU weiterhin riesige Geldsummen in diesen Krieg, den sie mit

den Händen der Ukrainer gegen Rußland führen. Seit Februar 2022 hat Washington der Ukraine 175 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Das ist dreimal mehr, als Washington im Haushaltsjahr 2024 an Hilfe für alle anderen Länder ausgegeben hat.

Genau solche Zahlen kennzeichnen die Hilfe der EU. Diese überwies in den zwei Jahren nach Februar 2022 mehr als 80 Milliarden Euro an das Kiewer Regime. Aber um Entwicklungsländern zu helfen, werden für den Zeitraum von acht Jahren 110 Milliarden Euro bereitgestellt, was um ein Vielfaches weniger ist als für die „Klienten“ des Westens, die sich in Kiew eingerichtet haben.

Jetzt wird viel über die Notwendigkeit gesprochen, das Völkerrecht einzuhalten. Hierzu gibt es viele Initiativen, auch von den hier vertretenen Ländern. Alle reden vom Völkerrecht und betonen, daß jede Lösung auf dem Völkerrecht und der UN-Charta und vor allem auf der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine basieren muß.

Die Berufung auf das Völkerrecht ist keine neue Methode der Kiewer Regierungen. Sie versuchen schon seit langem, Vorwürfe gegen uns zu formulieren. Sie sagen, daß Rußland gegen das Budapester Memorandum von 1994 verstoßen habe und daß unser Staat als einer der vier Unterzeichnerstaaten, die die Sicherheit und territoriale Integrität der Ukraine garantierten, der erste war, der gegen das Völkerrecht verstoßen habe.

Solche Erklärungen hören wir seit dem Putsch im Februar 2014. **Erstens** sollte man den Status von Dokumenten und völkerrechtlichen Inhalten nicht verfälschen. Wir stellen fest, daß Kiew seine Verpflichtungen grob verletzt hat, als es den von den USA und Großbritannien organisierten Staatsstreich durchgeführt hat. Er wurde von einem Großteil der ukrainischen Bevölkerung nicht akzeptiert und anerkannt, die ihre Unabhängigkeit erklärte und sich weigerte, sich den Putschisten zu unterwerfen. Die Putschisten organisierten eine Anti-Terror-Operation gegen sie. Sie wissen das alles. Aber der Punkt ist, daß die territoriale Integrität der Ukraine bei der Organisation des Putsches im Jahr 2014 verletzt wurde. Das muß man keinem Juristen erklären.

Zweitens führte Kiew über viele Jahre den ukrainischen Ultrationalismus in den Alltag des Landes ein und diskriminierte zahlreiche nationale Minderheiten. In der gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs Rußlands, Großbritanniens, der USA und der Ukraine anläßlich der Unterzeichnung des Budapester Memorandums heißt es, daß das Memorandum im Zusammenhang mit der Bekräftigung aller innerhalb der KSZE eingegangenen Verpflichtungen geschlossen wurde, „um dem Wachstum von aggressivem Nationalismus und Chauvinismus entgegenzuwirken“.

(...) Es waren nicht wir, die die Ukraine vom Weg der Neutralität und des Verzichts auf den blockfreien Status abgebracht haben. Das einzige, was das Budapester Memorandum der Ukraine, wie auch jedem anderen Nicht-Atomstaat, garantierte, war, daß die Atomstaaten, die das Memorandum unterzeichnet hatten, keine Atomwaffen gegen die Ukraine

einsetzen würden. Es bestehen keine weiteren Verpflichtungen. Das zweite Mal wurde das niedergeschrieben, als die ukrainische Unabhängigkeitserklärung, die immer noch in Kraft ist, feierlich versprach, ein blockfreier Staat zu bleiben, und nicht der NATO oder anderen militärpolitischen Blöcken beizutreten.

Wir haben uns nie dazu verpflichtet, das Budapester Memorandum ungeachtet des Staatsstreichs und der drastischen Veränderung im praktischen Vorgehen der Ukraine auf dem europäischen Kontinent und vor allem im Verhältnis zu Rußland umzusetzen. Wir setzen uns für die Lösung der Krise ein. Der russische Präsident Putin hat das mehrfach bestätigt, unter anderem auf dem Östlichen Wirtschaftsforum, und erinnerte an seine Erklärung vom 14. Juni im Außenministerium. Im Gegenzug sehen wir keine Bereitschaft zu ehrlicher Diplomatie. (...)

Im Westen gibt es keine anderen Verhandlungsvorschläge als die „Selensky-Formel“. Auch wenn dieser Vergleich nicht sehr korrekt ist, muß man verstehen, wie sie an diesem inakzeptablen Sackgassendokument festhalten und wie sie auf jede erdenkliche Weise versuchen, es durch Täuschung und Drohungen möglichst vielen Ländern des globalen Südens aufzudrängen. (...)

Lange vor unserer Militäroperation, am 5. August 2021, sagte Selensky in einem weit verbreiteten Interview: *„Wenn Sie in der Ukraine leben, einschließlich der besetzten Gebiete im Donbass, und sich als Russe und in die russische Kultur eingebunden betrachten, dann ist es ein großer Fehler, dort zu bleiben. Ohne die Ukraine wird es in diesem Gebiet, der Krim und dem Donbass, keine Zivilisation geben.“*

Erinnert Sie das an etwas? Die „Herrenrasse“ in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts verkündete, daß nur sie den Menschen Europas Zivilisation bringen könne. Und hier heißt es, ohne die Ukraine wird es auf der Krim und im Donbass keine Zivilisation geben?

Selensky fuhr fort: *„Wenn Sie Rußland lieben und Ihr ganzes Leben lang in der Ukraine waren und das Gefühl haben, in die russische Kultur eingebunden zu sein, müssen Sie im Namen Ihrer Kinder und Enkel verstehen, daß es Zeit ist, die Sachen zu packen und diese Gebiete Richtung Rußland zu verlassen.“* Das sind pure ethnische Säuberungen. (...)

Die Anführer des Nazi-Putsches im Jahr 2014 sagten ungefähr dasselbe. Menschen, die ihren verfassungswidrigen Putsch ablehnten, wurden zu Terroristen erklärt, und es wurde eine Anti-Terror-Operation gegen sie eingeleitet. Genauso töteten sie jetzt Zivilisten, greifen Schulen, Krankenhäuser und Verwaltungseinrichtungen in den Regionen Kursk, Belgorod und Brjansk mit Flugzeugen und Artillerie an und vernichten Zivilisten unter dem Ruf „Tod den Russen!“

Vor ein paar Jahren gab der Botschafter der Ukraine in Astana, Vrublevsky (Kasachstan), ein Interview, in dem er auf eine der Fragen antwortete, daß ihr Hauptziel darin bestehe, so viele Russen wie möglich zu töten, weil sie dann später weniger ihrer Kinder töten müßten. (...)

Redaktionell gekürzt
Quelle: anti-spiegel.ru, 16.9.24

Die Strategien und Handlungen Rußlands und seiner Partner in den Ukraine- und Nahost-Konflikten

Sind die Russische Föderation (RF) und ihre Partner in der Lage, auf die derzeitigen Konflikte einen solchen Einfluß auszuüben, daß diese beendet werden und es nicht zu regionalen Kriegen und oder gar zu einem konventionellen oder atomaren Weltkrieg kommt?

Westlicher Druck auf Rußland und seine Partner

Der kollektive Westen – unter Federführung der USA – verfolgt gegen Rußland bereits länger eine Vernichtungsstrategie, die derzeit auch im Nahen Osten gegen mit Rußland verbundene arabische und persische Staaten mit enormem Aufwand verfolgt wird und die ihre Höhepunkte in den Stellvertreterkriegen in der Ukraine gegen Rußland und im Nahen Osten gegen den Iran auf dem unrealistischen Weg zum Sieg über die militärisch starken globalen und regionalen Mächte Rußland (Atommacht), China (Militär- u. Wirtschaftsmacht) und Iran (Hyperschallwaffenmacht) findet.

Wie sich zeigt, setzen die USA die BRICS-Staaten – vor allem Brasilien und Indien – massiv unter Druck, um Rußland zu „unvorteilhaften Verhandlungen“ zu bewegen.

Die USA versuchen, ihren Kurs auch gegen China zu forcieren, was zur Folge hat, daß China die Entwicklung von Hightech-Waffen beschleunigt (z. B. ein hochmodernes Raketenabwehrsystem in Dienst stellt), daß aber auch der Zahlungsverkehr zwischen der Russischen Föderation (RF) und China beeinträchtigt wird.

Das Interesse Chinas an einem Sieg Rußlands in der Ukraine über die NATO ist für das Land existenzieller Art. Als erklärter Hauptfeind der USA in dessen Kampf um die Aufrechterhaltung der Hegemonie wird China den USA nur widerstehen können, solange ein starkes Rußland an seiner Seite ist. Die Volksrepublik verfügt zwar über eine sehr große Armee, die auch beschleunigt ausgebaut wird, und über ein beeindruckendes High-Tech-Waffenarsenal, hat aber kaum Kriegserfahrungen.

Rußland und seine Partner im Nahost-Konflikt

Der bekannte US-Militärberater und Analyst McGregor hob hervor, daß der Krieg im Nahen Osten nicht allein ein regionaler Konflikt ist, sondern daß hinter diesem die USA ebenso stehen wie hinter allem, was auch in der Ukraine stattfindet.

Die gezielten Tötungen des Hisbollah-Chefs H. Nasrallah und des Chefs der Hamas J. Simwar (17.10.24) waren lt. McGregor nur möglich, weil Luftwaffe, Heer sowie Marine- und Weltraumkräfte der USA den Israelis dazu ihre Ressourcen zur Verfügung stellten. Der

Militärexperte verwies darauf, daß Netanjahu (in Abstimmung mit solchen US-Neocons wie Bolton, Wolfowitsch und Nuland, welche die Perser und Araber total auslöschen wollen) einen gnadenlosen Vernichtungsfeldzug gegen seine Konkurrenten und Feinde in der Region führt. Da Israel und die USA bereits mit dem Iran, der Hisbollah, dem Libanon, den Palästinensern und mit dem Jemen im Krieg stehen und die Türkei, Rußland und China auch in diesen eintraten, handelt es sich jetzt schon um einen großen ausufernden Krieg, der sich in einer Eskalationsphase zu einem Regionalkonflikt befindet.

Iran und die Hisbollah haben die RF, weitere BRICS-Staaten, aber auch willige arabische Staaten und Milizen um Militärhilfe gebeten. Rußland handelte sofort und hat mit seinen Flugzeugen bereits am 6.10.24 israelische Raketen (13) über dem Libanon abgeschos-



Russische Kampfflugzeuge vom Typ SU-25 auf dem Stützpunkt Hmeimim in Syrien (3. Oktober 2015)

sen. Weiterhin bauen RF-Spezialisten im Iran ein effektives Luftverteidigungssystem zum Schutz der kritischen Infrastruktur (Atomanlagen) auf. China widmet sich als größter Erdölbezieher aus dem Iran der Aufgabe, die Ölindustrie des Landes und die Straße von Hormus in Betrieb zu halten. Da Israel weiter eskaliert, haben sich die Türkei und Rußland darauf geeinigt, Bodentruppen in Libanons Süden einzusetzen.

Israel und die USA werden, so McGregor weiter, in ihrem rücksichtslosen Vernichtungskrieg erstmalig auf eine starke kriegserfahrene, tödliche Kraft treffen. Rußland, der Iran, China, die Hisbollah und die Huthis waren noch nie so stark wie heute. Dieses Abwehrpotential macht sich zur Aufgabe, die völlige Zerstörung des Libanons und eine starke Schwächung Irans nicht zuzulassen. Israel, aber auch die USA, sollten erkennen, daß sie bei ihrer Eskalation des Krieges mit großen personellen Opfern und materiellen Verlusten rechnen müssen. Im Libanon soll es, obwohl immer mehr Kämpfer aus allen

arabischen Staaten die Hisbollah verstärken, bereits 10 000 Tote (meist Zivilisten, 7.10.24) geben. Über eine Million Libanesen sollen das Land verlassen haben.

Nur die umfangreichen Hilfen der USA auf den Gebieten Ökonomie, Militär, Energiesicherstellung, Lebensmittelversorgung u. a. können Israel funktionsfähig halten.

Dieses Mal stehen die Chancen, den USA und Israel widerstehen zu können, besser als früher. Israel hat seine Ziele in Gaza nicht erreicht und startete dort eine neue Bodenoffensive, die von hohen Verlusten auf beiden Seiten begleitet wird. Sie werden auch ihre Ziele gegenüber der Hisbollah nicht erreichen. Ebenso ist es ihnen bisher nicht gelungen, das Regime im Iran zu zerstören und den Iran als Großmacht in der Region auszuschalten, da dem Iran nun starke Partner zur Seite stehen. Wegen des Nichterreichens der Ziele zeigt

sich Israel derzeit verhandlungsresistent und das, obwohl die existentielle Frage immer stärker in den Mittelpunkt der Gesellschaft rückt.

Die Russische Föderation steht vor der Frage, ob die bisherigen Strategien bei der Spezialoperation in der Ukraine sowie für den Krieg im Nahen Osten (gegen USA und Israel) und in der Ukraine (gegen die NATO) ausreichen.

Rußland und seine Partner im Ukraine-Konflikt

Die Tatsache, daß Rußland heute stärker dasteht als je in seiner jüngeren Geschichte, beruht auf einer vorausschauenden Langzeitstrategie, nicht nur Putins, sondern der gesamten russischen Führung in den letzten 24 Jahren.

Die Gründe, warum Rußland den größten je vom Westen veranstalteten Sanktionssturm nicht nur überstand, sondern geradezu aufblüht, sind genau darin zu finden. Die russische Führung traf Jahre im Voraus die notwendigen und richtigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entscheidungen.

Rußland ist eines der wenigen Länder ohne Nettoverschuldung. In diesem Jahr beträgt das Wirtschaftswachstum über 5 %. Im Gegensatz dazu haben die USA 36 Billionen Dollar Schulden, und die EU befindet sich in einer Rezession. Beide sind nach den Gesichtspunkten einer Bilanzanalyse bankrott. Die Ukraine ist hochgradig zerstört.

Der blitzkriegsartige Angriff der Ukraine auf das Gebiet Kursk überraschte die RF, obwohl es vorwarnende Anzeichen gab. Die Reaktion der russischen Führung und Bevölkerung zeigte jedoch den ukrainischen und westlichen Aggressoren, daß auch diese von der NATO stark unterstützte Aktion zu einer

Niederlage führen wird. Die Befreiung von den Aggressoren wird zwar etwas länger dauern, was mit der Strategie der Schonung der Streitkräfte der RF (SK RF) und mit den beschleunigten Befreiungsanstrengungen der RF im Donbass (z. B. von Toretzk und Pokrowsk und anderen Gebiete im Norden, Osten und Süden der Ukraine) zusammenhängt. Schon heute gilt diese verlustreiche Aggression der Ukraine als gescheitert, weil bisher keines ihrer militärischen Ziele erfüllt wurde. Von den bis zu 50 000 in Kursk eingefallenen Ukrainern und versöldnerten NATO-Soldaten sind bereits 25 000 (S. Ritter, 19.10.24) außer Gefecht gesetzt. Die täglichen Verluste der Ukraine vor Ort betragen 350 bis 450 Mann, die qualitativ und quantitativ nicht voll ersetzt werden können. Diese dort vernichteten oder stark ausgedünnten ukrainischen „Eliteeinheiten“ fehlen im Donbass, wodurch sich für die SK der RF bessere Angriffsmöglichkeiten ergeben. Die RF hat im Kursker Gebiet bereits die Hälfte des okkupierten Territoriums wieder befreit, die nördliche Gruppierung steht vor der Einkreisung und die Grenze steht kurz vor der Schließung. Nordkoreanische Soldaten helfen Rußland dabei.

Zum „Siegplan“ Selenskyjs und zu weitreichenden Raketen

Dieser Plan ist das Werk eines offenbar Verrückten, welcher in seiner Gesamtheit nicht realisierbar ist. Dennoch hat sich der Westen dazu bekannt, die Ukraine auch weiterhin, wenn auch in geringerem Umfang, finanziell und militärisch zu unterstützen.

Das verschobene Vierertreffen USA, GB, Deutschland und Frankreich fand am 18.10.24 in Berlin, statt, wobei es um die Fragen, wie weiter mit den aktuellen Konflikten in der Ukraine und im Nahen Osten sowie mit dem „Siegplan“ Selenskyjs gegangen sein soll. Zu dem Treffen der ehemaligen Westalliierten gab es keine Verlautbarungen. Ach ja, Biden soll Selenskyj in der Frage der ukrainischen Atombombe zurückgepfiffen haben.

Die in dem USA-Ukraine-Paket enthaltenen weitreichenden JASSM-Raketen, die mittels F-16-Flugzeugen Ziele im russischen Kernland treffen sollen und zu denen auch die ATACAMS, Storm Shadows- und Skalp-Raketen sowie S-200-Raketen gehören, werden durch die effektive Luft-Kosmische Verteidigung der RF mit den Komplexen S-500, S-400, S-350, Panzir, mit Kampfplasnern, modernen Jagdflugzeugen sowie mit Hilfe wirkungsvoller Mittel des funkelektronischen Kampfes vernichtend bekämpft. Beispielhaft dafür ist die Abwehr eines ukrainischen Massenansflugs von Drohnen und Raketen auf Ziele in Rußland im September, wobei alle 158 angeflogenen Flugkörper, ohne Schäden anzurichten, mit einer umorganisierten Verteidigung vernichtet werden konnten.

Für Selenskyj ist die eingetretene Verzögerung der Finanz- und Militärhilfe sowie der Beschußgenehmigungen eine Katastrophe, die der Ukraine Nachteile und der RF Vorteile bringt.

Laut Putin führen die Beschußgenehmigungen des Westens zu einer direkten Beteiligung der USA und anderer NATO-Länder am Krieg in der Ukraine, was das Wesen des Konflikts bedeutend verändern würde. Die

betreffenden Staaten befänden sich dann mit Rußland im Krieg, weil die Ukraine nicht über die hierfür benötigte Satelliten-Aufklärung und auch nicht über Spezialisten für die technische Betreuung solcher Langstreckenwaffen verfügt.

Die Russen sind bekannt dafür, unkonventionell zu reagieren. Somit bieten sich amerikanische Basen im Nahen Osten und anderen anderen Orten der Welt als Ziele an, welche dann die RF – wie es die USA schon lange tun – durch ihre Stellvertreter angreifen könnten. Diese Langstreckenwaffen werden, wie auch vorher schon andere hochgelobte Waffen des Westens, nicht zu „Wunderwaffen“, die den Kriegsverlauf zugunsten der Ukraine wesentlich verändern.

Jede Reaktion Rußlands im Rahmen der Gesamtsituation ist als eine solche auf dem globalen Schachbrett zu verstehen. Bezüglich der Ukraine sind die Ziele klar definiert: Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Neutralität der Ukraine (keine NATO-Mitgliedschaft) und das Verbleiben der Krim (Istanbul 2022) sowie der Regionen Lugansk, Donezk, Saparoschia und Cherson (Istanbul+) in der RF.

Putin, dem der Plan des Westens zur Zerstückelung Rußlands und die gebrochenen Vereinbarungen (1991 und Minsk I + II) stets gegenwärtig sind, wird derzeit einem Waffenstillstand nicht zuzustimmen. Verhandelt kann frühestens dann werden, wenn sich kein ukrainischer Soldat mehr auf russischem Gebiet befindet; das schließt neben dem noch okkupierten Kursker Gebiet die vier noch nicht vollständig befreiten Regionen und möglicherweise auch weitere Regionen ein. Der Angriff auf die Kursk-Region hat bereits Konsequenzen gezeigt. Anfang September wurde das von der NATO geführte Ausbildungszentrum in Poltawa, in welchem ukrainische Spezialisten von NATO-Offizieren für Drohnen- und Raketenangriffe auf Rußland ausgebildet wurden, vernichtet. Bei diesem Angriff sollen ca. 720 Soldaten ums Leben gekommen sein (darunter eine große Anzahl an NATO-Ausbildern aus Schweden, Deutschland, Frankreich und Polen. Da auch mehrere hochqualifizierte schwedische Ausbilder bei diesem Angriff umkamen, ist der plötzliche Rücktritt des schwedischen Außenministers nachvollziehbar.

Ähnliche „Einwirkungen“ der RF-SK hat es in letzter Zeit auf verbunkerte Stäbe, Militärbasen, Truppenansammlungen, Objekte der Luftverteidigung und der Luftstreitkräfte, Anlieferpunkte und Instandsetzungszentren westlicher Waffen sowie andere NATO-Einrichtungen mit großen Verlusten für die Ukraine und die NATO gegeben. Diese Objekte wurden durch Drohnen aufgeklärt und dann mit Unter-, Über- und Hyperschallwaffen, die meist keine Analogie im Westen besitzen, aber auch mit selbstlenkenden Gleitbomben, erfolgreich zerstört. Diese Taktik hat sich auch deshalb bewährt, weil Ukraine und NATO einige dieser überlegenen Angriffsmittel der RF (z. B. Kinshal- und Zirkon-Raketen) wegen der physikalischen Unzulänglichkeit der verteidigenden Komplexe nicht abwehren können. CNN stellte fest, daß die Ukraine/NATO-Interventionen und terroristischen Aktionen auf die RF keinen gravierenden Einfluß auf die militärische Gesamtlage haben werden.

Die personellen Verluste der Ukrainer liegen derzeit (ohne Kursk) bei 1500 bis 2000 Mann täglich, und auch die materiellen werden immer größer. Sie können nicht schnell und vollständig ersetzt werden, da die Mobilmachung nur ein Drittel der erforderlichen Rekrutenanzahl (600 000) bringt und die Waffenproduktion in den USA und anderen NATO-Staaten, im Gegensatz zu den Mengen des russischen MIK, um ein Mehrfaches geringer ist. Die Desertationen der zwangsrekrutierten ukrainischen Soldaten ist zunehmend. Der Militärspezialist Andrei Martyanov stellte fest, daß Rußland heute weltweit über die einzigen Streitkräfte verfügt, welche das „Gefecht der verbundenen Waffen“ beherrscht; eine wichtige Voraussetzung, um einen militärischen Konflikt mit annähernd gleichstarken Gegnern zu gewinnen. Das ist genau der Grund, warum die Ukraine – auch unter tatkräftiger Mithilfe von USA und NATO – gegen Rußland chancenlos ist.

Wie steht Rußland zu diplomatischen Strategien?

Rußland hat über viele Jahre hauptsächlich diplomatische Mittel zur Problemlösung mit dem Westen eingesetzt, was von diesem totgeschwiegen bzw. als Schwäche ausgelegt wurde.

Der am 17.10.24 in der EU von Selenskyj vorgestellte erpresserische „Siegplan“ ist von der RF, besonders wegen der geforderten NATO-Mitgliedschaft oder Atomwaffen und der umfangreichen Waffenlieferungen nicht akzeptierbar.

Die Ukraine und Israel wollen vornehmlich die USA und einige ihrer Partner immer tiefer in ihre Konflikte hineinziehen, da keiner von beiden allein siegen könnte. Diese Absichten Selenskyjs und Netanjahus sind nicht nur für deren Völker eine Katastrophe, sondern auch für die EU und den deep state in den USA, weil deren Umsetzung das Risiko des Entstehens regionaler Kriege und sogar eines Weltkrieges (evtl. mit Kernwaffen) bedeutend erhöhen.

Rußland nimmt die Vorschläge seiner BRICS-Partner auf diplomatischer Ebene ernst, wird aber von seiner erfolgreichen Strategie – das militärstrategische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und eine gerechtere Welt aufzubauen – nicht abweichen.

Durch das wirtschaftliche Erstarken und die militärischen Siege schaffte es Rußland, neben China, zum außenpolitischen und diplomatischen Schwergewicht des Globalen Südens zu werden. Rußlands Partnerschaft mit China zeigt sich in einer zunehmend effektiveren Koordinierung seiner Entscheidungen im Nahost-Konflikt. Diese beiden Giganten schmieden mit den BRICS- und SOZ-Staaten wirtschaftliche und sicherheitspolitische Organisationen, welche sich aus dem hegemonistischen System des Westens verabschieden und aus dieser Welt eine multipolare Staatengemeinschaft formen werden, die für eine friedlichere und gerechtere Welt steht.

Die beste diplomatische Schritte dazu wären Verhandlungen.

Politische Realitäten und ein Traum

Finanzoligarchie, Neokonservative, der militärisch-industrielle Komplex, das Militär und der politische Apparat der Angelsachsen nehmen sich, um ihre noch vorhanden geglaubte unipolare Weltherrschaft aufrechtzuerhalten, das Recht heraus, einem ihrer Konkurrenten – der Atomweltmacht Rußland – nicht nur politisch, ökonomisch und militärisch zu bekämpfen, sondern diesem letztlich eine strategische Niederlage beibringen zu wollen (Wolfowitsch, Bolton). Dazu schüren sie die Russophobie (Nuland), setzen Versprechungen in die Welt (NATO- und EU-Mitgliedschaft der Ukraine), stellen enorme Geldsummen (Soros) und Waffen zur Verfügung (USA mit 50 Partnern und Willigen) und heuern auf diese Weise rechtsextremistische Kräfte in der Ukraine an, um deren Land zum Stellvertreter des Westens für dessen Kampf gegen Rußland zu mißbrauchen. Als „Vertreter des Hegemons“ sollen sie mit ihrem Blut die Kastanien aus dem Feuer holen und die Ziele ihrer „Auftraggeber“ sicherstellen, die da sind: maximale Schwächung Rußlands, Regime Change, Zerstörung des Vielvölkerstaates nach jugoslawischem Muster sowie Aneignung der Bodenschätze und Rohstoffe, aber auch der eigenen Kriegsprofite.

Das haben die USA, die NATO, die Ukraine und Willige seit zweieinhalb Jahren bei Anwendung aller hybriden und militärischen Mittel erfolglos versucht. Obwohl die europäischen Verbündeten der USA durch deren politischen und wirtschaftlichen Druck immer mehr eigene Souveränität verlieren, haben sie die Erfüllung US-amerikanischer und britischer Kriegsanweisungen immer noch nicht aufgegeben, was die tagtägliche Propagierung des sogenannten Siegesplanes des Nichtpräsidenten Selenskyj deutlich macht. Der Neonazi Selenskyj will die Aufnahme der Ukraine in die NATO und den Einsatz von angeforderten Atom- und weitreichenden Waffen in die Tiefen Rußland unbedingt erzwingen. Um USA, NATO und andere Willige mit ins Kriegsbootboot zu holen, ist er bereit, die „Rechnung“ mit dem blutigen Abschlagen der jungen Generation seines Volkes, von Bürgern seiner Verbündeten und von Bürgern der Russischen Föderation (RF) zu zahlen. Die meisten Entscheider in der westlichen Anti-Rußland-Koalition lassen sich nicht nur durch den Erpresser Selenskyj am Nasenring herumführen, sondern stellen diesem Hochstapler gegen vage und unrealistische Versprechen (Rohstoffe und Bodenschätze) westliche Soldaten und Waffen, materielle Ressourcen und Steuermittel – Hauptsache Rußland verliert – ohne Verhandlungsbereitschaft zur Verfügung.

Es geht der Ukraine und den anderen Kriegstreibern im jetzigen Moment um Eskalation des Konfliktes, um Profitmaximierung und Regimeerhalt, um die totale Schwächung Rußlands, aber nicht um den Frieden.

Demgegenüber war Rußlands Führung lange Zeit immer nur die reagierende und nachgebende Seite, die nicht auf Krieg aus war, sondern die Sicherheitsprobleme mit der Ukraine und dem Westen bis April 2022 durch Verhandlungen regeln wollte.

Der Bruch des Versprechens der USA, die NATO keinen Zoll nach Osten auszudehnen, die Zusage, die Ukraine und Georgien in ihre „Reihen“ aufzunehmen sowie die Forcierung der westlichen Bedrohungen durch Großmanöver, waren die Hauptursachen für die militärische Reaktion Rußlands. Auch war und ist die russische Spezialoperation (SO) in der Ukraine, die von der Notfall-Klausel der UN-Charta (Genozid im Donbass durch den Beschuß der dortigen Bevölkerung mit Artillerie und Raketen durch Asow-Nazis) gedeckt ist, nicht mit der jetzigen Kampfführung Israels im Gaza-Streifen und im Libanon



17. Mai 2022: Die „South China Morning Post“ berichtet über die Entwicklung einer infrarotgelenkten Hyperschallwaffe in China

zu vergleichen, was u.a. durch die Anzahl der um ein Vielfaches geringeren zivilen Verluste bei der SO in der Ukraine belegt ist. Ziele der Russischen Föderation in der Ukraine sind bis heute die Entmilitarisierung (lt. S. Ritter mit 70 % erfüllt) und Entnazifizierung (hohe Verluste durch Gleitbomben). Und wieder gab es eine große Provokation der Ukraine und der NATO mit dem blitzartigen Überfall auf die Region Kursk mit meist westlichen Waffen und bis zu 50 000 Mann, von denen bereits 25 000 (Scott Ritter am 19.10.24) neutralisiert wurden. Natürlich wird die RF nicht zu Verhandlungen bereit sein, wenn das Territorium im Kursker Gebiet und die bereits integrierten Republiken des Donbass nicht voll befreit sind.

Was die Frage des weiteren Umgangs Rußlands mit der Ukraine betrifft, so werden nach den letzten Terrorakten auf die RF, der NATO-fizierung des Konfliktes, neuen Rüstungspaketen und der militärischen Eskalation des Baltikums und Skandinaviens in den russischen Medien radikale Reaktionen von vielen Patrioten des Landes eingefordert (Karanow, Trenin). Es wird einerseits positiv

vermerkt, daß die RF immer noch mit Vernunft und abgestimmt mit ihren Verbündeten (in den Ukraine- und Nahostkonflikten) handelt, andererseits wird aber auch deutlich, daß der neue Verteidigungsminister A. Belousow bestimmter auftritt. So hat Rußland den Forderungen der USA nach dem Verbot der Hyperschall-Schiffs-Raketen „Zirkon“ ebenso nicht nachgegeben wie beim Abzug ihrer Atom-U-Bootflotte aus der Arktis sowie der geforderten Offenlegung der Koordinaten von zehn Atom-U-Booten der RF im Atlantik. Dazu kommen die Vernichtung von mehreren F-16 und Avia-Basen der NATO in der Ukraine. Auch der Abschluß von US-Drohnen im Schwarzen Meer und der Beschuß von mit NATO-Waffen beladener Schiffe im Hafen von Odessa (darunter Munition mit abgereichertem Uran) gehören dazu, wie auch die Indienstellung des bisher nicht abwehrenden Hyperschallgleiters „Avangard“ und anderer neuerer elektronischer Waffensysteme. Es scheint, daß die USA langsam bemerken, daß es mit der geplanten Begrenzung des Ukraine-Konflikts auf Europa wohl nichts wird, denn sie sind tatsächlich auch im eigenen Land angreifbar.

Bemerkenswert sind auch die veränderten Reaktionen der Hisbolah und der Huthis auf die Angriffe Israels auf Gaza, den Libanon und Syrien. Trotz iranischer Ankündigung werden wichtige Ziele in Israel (eine Luftwaffenbasis mit F-35 Flugzeugen) getroffen und der Vormarsch im Libanon stockt und das trotz des Einsatzes von US-Spezialtruppen in diesem Konflikt. Rußland und China haben mit dem Abschluß von israelischen Raketen

über den Libanon abkühlend in den Krieg eingegriffen.

Belousow war Mitte Oktober zu Abstimmungen in China, worüber gleichlautende Einschätzungen über die globale geopolitische Lage abgegeben wurden. Diese ist so gefährlich, daß die Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht.

Eine solche hochexplosive Situation, die es in dieser Form noch zu keiner Zeit der Weltgeschichte gab, treibt sicher nicht nur mich um. Was ich am Tage an den sich überschlagenen Nachrichten aufnehme, verfolgt mich oft bis in meine Träume.

In einem meiner letzten sah ich, daß Rußland mit seinem Patriotismus, seinem stabilen Staat, seinem progressiven Militärpotential, seiner aufstrebenden Wirtschaft und produktiven Wissenschaft sowie seinen Verbündeten ein verlässlicher Garant zur Erhaltung des militärstrategischen Gleichgewichts und somit des Friedens auf der Welt ist.

So möge es sein!

Bernhard Felix

Wie die Neocons ab Anfang der 90er Jahre die Vorherrschaft über den Frieden gestellt haben

RF dokumentiert einen kurzen Auszug aus einem Artikel des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers **Jeffrey Sachs**, in dem er sich u.a. zur lang angelegten Kriegspolitik von USA und NATO äußert.

Als Wladimir Putin 1999 Premierminister und 2000 Präsident wurde, bemühte er sich um freundschaftliche und auf gegenseitiger Unterstützung beruhende internationale Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen. Viele europäische Staats- und Regierungschefs, wie beispielsweise der italienische Premierminister Romano Prodi, haben in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft ausführlich über Putins guten Willen und seine positiven Absichten hinsichtlich starker Beziehungen zwischen Rußland und der EU gesprochen. Es waren eher militärische als wirtschaftliche Angelegenheiten, die in den 2000er Jahren zum Ende der russisch-westlichen Beziehungen führten. Wie im Finanzbereich war der Westen in den 90er Jahren militärisch dominant und hatte sicherlich die Mittel, um starke und positive Beziehungen zu Rußland zu fördern. Doch die USA waren weitaus mehr an der Unterordnung Rußlands unter die NATO interessiert als an stabilen Beziehungen zu Rußland. Zur Zeit der Angliederung der DDR an die BRD versprachen sowohl die USA als auch Deutschland Gorbatschow und später Jelzin wiederholt, daß der Westen das Ende des Warschauer Pakts nicht durch eine Osterweiterung des NATO-Militärbündnisses ausnutzen würde. Sowohl Gorbatschow als auch Jelzin betonten wiederholt die Bedeutung dieses Versprechens der USA und der NATO. Doch innerhalb weniger Jahre brach Clinton das Versprechen des Westens vollständig und leitete den Prozeß der NATO-Erweiterung ein. Führende US-Diplomaten, angeführt vom großen Staatsmann und Gelehrten George Kennan, warnten damals, daß die NATO-Erweiterung zu einer

Katastrophe führen würde: „Die Ansicht, offen gesagt, ist, daß die Erweiterung der NATO der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Zeit nach dem Kalten Krieg wäre.“ Und so kam es auch, wie eine kurze und unvollständige Chronologie der wichtigsten Ereignisse belegt:

1999 bombardierte die NATO 78 Tage lang Belgrad mit dem Ziel, Serbien zu zerschlagen und einen unabhängigen Kosovo zu schaffen, in dem sich heute ein wichtiger NATO-Stützpunkt auf dem Balkan befindet. 2002 zogen sich die USA einseitig aus dem Vertrag über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper (ABM-Vertrag) zurück, und zwar trotz der heftigen Einwände Rußlands. 2003 setzten sich die USA und die NATO-Verbündeten über den UN-Sicherheitsrat hinweg, indem sie unter Vorpiegelung falscher Tatsachen einen Krieg im Irak begannen. 2004 setzten die USA die NATO-Erweiterung fort, diesmal um die baltischen Staaten und Länder in der Schwarzmeerregion (Bulgarien und Rumänien) sowie auf dem Balkan. Im Jahr 2008 verpflichteten sich die USA trotz der dringenden und energischen Einwände Rußlands, die NATO auf Georgien und die Ukraine auszudehnen.

Im Jahr 2011 beauftragten die USA die CIA mit dem Sturz des mit Rußland verbündeten syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Im Jahr 2011 bombardierte die NATO Libyen, um Muammar al-Gaddafi zu stürzen. 2014 verschworen sich die USA mit ukrainischen nationalistischen Kräften, um den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zu stürzen. 2015 begannen die USA, Aegis-Raketen in Osteuropa (Rumänien) in geringer Entfernung zu Rußland zu stationieren. 2016–2020 unterstützten die USA die Ukraine bei der Untergrabung des Minsk-II-Abkommens, obwohl dieses vom UN-Sicherheitsrat einstimmig gebilligt worden war. Im Jahr 2021 weigerte sich die neue Biden-Regierung, mit Rußland über die

Frage der NATO-Erweiterung um die Ukraine zu verhandeln. Im April 2022 forderten die USA die Ukraine auf, sich aus den Friedensverhandlungen mit Rußland zurückzuziehen. Wenn man auf die Ereignisse um 1991 bis 1993 und die darauffolgenden Ereignisse zurückblickt, wird deutlich, daß die USA entschlossen waren, die Bestrebungen Rußlands nach einer friedlichen und von gegenseitigem Respekt geprägten Integration Rußlands und des Westens abzulehnen. Das Ende der Sowjetzeit und der Beginn der Präsidentschaft Jelzins führten zum Aufstieg der Neokonservativen (Neocons) an die Macht in den Vereinigten Staaten. Die Neocons wollten und wollen keine von gegenseitigem Respekt geprägte Beziehung zu Rußland. Sie strebten und streben bis heute eine unipolare Welt an, die von den hegemonialen USA angeführt wird und in der Rußland und andere Nationen unterwürfig sein sollen.

In dieser von den USA geführten Weltordnung stellten sich die Neokonservativen vor, daß die USA und nur die USA über die Nutzung des auf dem Dollar basierenden Bankensystems, die Platzierung von US-Militärstützpunkten in Übersee, den Umfang der NATO-Mitgliedschaft und die Stationierung von US-Raketensystemen bestimmen würden, ohne daß andere Länder, insbesondere Rußland, ein Veto einlegen oder ein Mitspracherecht haben würden. Diese arrogante Außenpolitik hat zu mehreren Kriegen und zu einer zunehmenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem von den USA geführten Staatenblock und dem Rest der Welt geführt. Als Berater Rußlands von Ende 1991 bis Ende 1993 erlebte ich die Anfänge des Neokonservatismus in Rußland aus erster Hand, obwohl es noch viele Jahre dauern sollte, bis das volle Ausmaß der neuen und gefährlichen Wende in der US-Außenpolitik, die Anfang der 90er Jahre begann, erkennbar wurde.

Jeffrey Sachs

Quelle: jeffsachs.org, 14.9.24



WUNSCHDENKEN

WISH-FUL THINKING

Onkel Sam träumt vehement.
Wunschbild: Russlands Hauptstadt brennt.
Brandherdstifter, Glutfeldschürer,
Dollarpraller Zündelführer.
Ihm zur Seite, anvertraut,
Die Matroschka-Kiew-Braut.

Washington, leicht angezählt,
Denkt, die hat mir noch gefehlt!
Blackout auch im NATO-Hirn,
Brüsselspule ohne Zwirn.
Suchtipp unter „Sündenfall“,
Stichwort: USA-Vasall.

Lutz Jahoda
13.10.24

Östliches Wirtschaftsforum signalisiert Rußlands langfristige Strategie der Ausrichtung auf den Orient

Das im September in Wladiwostok durchgeführte Östliche Wirtschaftsforum ist eine Plattform für die Diskussion von Initiativen zur Entwicklung des russischen Fernen Ostens und zum Ausbau der regionalen Zusammenarbeit mit und zwischen den Ländern der Asien-Pazifik-Region.

Das Östliche Wirtschaftsforum (Eastern Economic Forum – EEF) ist mehr als nur ein regionales, auf Wirtschaft ausgerichtetes Treffen. Es ist ein Treffpunkt, der große und kleine Mächte des asiatisch-pazifischen Raums gleichermaßen anzieht, die nach neuen Perspektiven für die Zusammenarbeit und eine auf Gleichberechtigung basierende Architektur für regionale Partnerschaften suchen.

Da rund 60 Prozent der Weltbevölkerung in Asien und im Pazifikraum leben, die Region fast 40 Prozent des globalen BIP erwirtschaftet und etwa 22 Prozent der gesamten Landfläche der Welt ausmacht, stellt die Region

für Moskau und seine Partner eine Goldgrube wirtschaftlicher und politischer Möglichkeiten inmitten der anhaltenden tektonischen Verschiebung des Weltgeschehens dar, die derzeit stattfindet.

Die wirtschaftliche Entwicklung des russischen Fernen Ostens „ist für China aus mehreren Gründen von immensem Interesse“, erklärte John Gong, Professor an der University of International Business and Economics, gegenüber *Sputnik* und kommentierte das Interview der Volksrepublik an dem EEF.

„Zunächst einmal hat Rußland infolge des Rußland-Ukraine-Konflikts eine Strategie der Orientierung nach Osten eingeschlagen, vor allem vor dem Hintergrund der massiven Sanktionen, die von den westlichen Ländern gegen Rußland verhängt wurden. Vor diesem Hintergrund spricht diese Konferenz Bände darüber, wie sich die russische Wirtschaft völlig wandelt, was die Bedeutung dieses

Wirtschaftsforums weiter unterstreicht“, sagte Gong.

Mit Blick auf Rußlands neue, auf Asien ausgerichtete Infrastrukturinitiativen, vom Transitzkorridor der Nördlichen Seeroute bis hin zu neuen Energiepipelines, die nach Osten führen, erwarte John, daß diese milliardenschweren Megaprojekte in den kommenden Jahren „einen enormen Beitrag zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Rußland“ leisten werden.

Darüber hinaus reagiere Rußland auf die anhaltende Verlagerung des „globalen wirtschaftlichen Epizentrums“ nach Asien, einschließlich China und Südostasien. „Ich denke, wir befinden uns auf dem Weg in eine multipolare Welt, und die Welt wird nicht mehr vom reichsten Club der Welt, den G7-Club, monopolisiert“, betonte Gong.

Quelle: <https://sputnikglobe.com>, 3.9.24

Rußlands Weg in die Zukunft

*Am 5.9.2024 hielt der russische Präsident **Wladimir Putin** beim Östlichen Wirtschaftsforum eine Grundsatzrede zur Lage der russischen Wirtschaft und zu den Plänen der russischen Regierung in den kommenden Jahren, die RF in Auszügen dokumentiert.*

Traditionell empfängt Wladiwostok Anfang September Vertreter aus Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft, Leiter führender Unternehmen, von Regierungsbehörden, Fachleute, Experten und Unternehmer, die sich für den Fernen Osten Rußlands interessieren, für die wahrhaft grenzenlosen Möglichkeiten, die diese einzigartige Region unseres Landes für die Schaffung und den Aufbau von Partnerschaften zum gegenseitigen Nutzen bietet.

Wie Sie wissen, haben wir die Entwicklung des Fernen Ostens zu einer nationalen Priorität für das gesamte 21. Jahrhundert gemacht. Die Bedeutung und Richtigkeit dieser Entscheidung wird durch das Leben selbst, durch die Herausforderungen, denen wir uns in letzter Zeit stellen mußten, und – das ist das Wichtigste – durch die objektiven Trends bestätigt, die sich in der Weltwirtschaft verstärken, wenn sich die wichtigsten Geschäftsverbindungen, Handelswege und ganz allgemein der gesamte Entwicklungsvektor immer mehr nach Osten und in den globalen Süden verlagern.

Unsere fernöstlichen Regionen bieten einen direkten Zugang zu diesen wachsenden und vielversprechenden Märkten und ermöglichen es uns, die Barrieren zu überwinden, die gewisse westliche Eliten der Welt aufzuzwingen versuchen. Und vor allem ist unser

Ferner Osten ein riesiger Raum für unternehmerische Initiativen, für den Start komplexer Projekte und für die Schaffung ganzer neuer Industrien.

Im Grunde ist der Ferne Osten heute ohne Übertreibung zum wichtigsten Faktor für die Stärkung der Position Rußlands in der Welt geworden, zu unserem Aushängeschild in der neuen globalen wirtschaftlichen Realität. Und die Zukunft unseres gesamten Landes hängt weitgehend davon ab, wie sich der Ferne Osten entwickelt.

Insgesamt nehmen Vertreter aus mehr als 75 Ländern und Territorien an den Veranstaltungen des Forums teil. Es ist sehr wichtig, daß diese Diskussionen von einem substantiellen wirtschaftlichen Dialog begleitet werden und zu konkreten Investitionsentscheidungen und Handelsabkommen führen. Ich möchte darauf hinweisen, daß allein auf den letzten drei Foren mehr als tausend Vereinbarungen im Gesamtwert von über zehneinhalb Billionen Rubel (*ca. 25 Milliarden Euro, Anm. d. Übers.*) unterzeichnet wurden. (...)

Ich erinnere daran, daß seit 2013 ein grundlegend neues strategisches Programm und Managementsystem für die umfassende Entwicklung des Fernen Ostens eingeführt wurde. Dieser Ansatz hat seine Wirksamkeit bewiesen. In den letzten zehn Jahren wurden in der Region mehr als 3500 Industrie-, Infrastruktur-, Technologie- und Bildungsprojekte auf den Weg gebracht oder stehen kurz vor dem Start. Die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen im Fernen Osten ist in den letzten zehn Jahren gestiegen und liegt dreimal so hoch wie im russischen Durchschnitt.

Etwa tausend neue Unternehmen sind aktiv. Es wurden mehr als 140 000 Arbeitsplätze geschaffen. Seit 2013 hat die Dynamik der Industrieproduktion in der Region die nationale Rate um 25 Prozent übertroffen.

Im Fernen Osten sind inzwischen 16 fortgeschrittene Entwicklungsgebiete und der Freihafen von Wladiwostok in Betrieb genommen worden. Auf den Kurilen wurde eine Vorzugsregelung eingeführt. Auf der Insel Russkij, wo unser Treffen stattfindet, wurde eine Sonderverwaltungszone geschaffen. Diese Region hat übrigens bereits dafür gesorgt, daß Vermögenswerte im Wert von mehr als 5,5 Billionen Rubel (*ca. 55 Milliarden Euro, Anm. d. Übers.*) aus Offshore-Gebieten und ausländischen Gerichtsbarkeiten nach Rußland zurückgeführt wurden. Mehr als hundert Unternehmen sind in dieser Region ansässig geworden. (...) So wurde auf dem Östlichen Wirtschaftsforum im vergangenen Jahr beispielsweise angekündigt, daß im Fernen Osten internationale Zonen mit fortgeschrittener Entwicklung geschaffen werden sollen. (...) Die erste soll hier, in der Region Primorskij, entstehen. Unsere chinesischen Partner zeigen großes Interesse daran, ebenso wie Weißrußland, unter deren Beteiligung in Primorskij ein neuer Tiefwasserhafen entstehen könnte. (...)

(...) Die Entwicklung der Insel Bolshoi Ussuriyskiy in der Region Chabarowsk ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern, für große Investitionen in den Bau und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es geht um die Schaffung großer Logistikkomplexe, Grenzübergänge und den Ausbau des Autobahnnetzes. (...)

Der Energieverbrauch im Fernen Osten wächst. Heute liegt er bei 69 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr, und bis zum Ende des Jahrzehnts wird er voraussichtlich 96 Milliarden erreichen.

(...) Im Rahmen eines langfristigen Programms für die Entwicklung von Energiekapazitäten im Fernen Osten müssen wir das prognostizierte Elektrizitätsdefizit beseitigen, und zwar in erster Linie durch die Inbetriebnahme neuer Erzeugungsanlagen, wie beispielsweise des Wasserkraftwerks Nischni-Sejskaja in der Amur-Region (...).

Das wichtigste und größte Projekt für die Stärkung der Transport- und Logistikkapazitäten des Fernen Ostens und des gesamten Landes ist der Ausbau des östlichen Eisenbahnnetzes. In den letzten zehn Jahren wurden auf der Transsib und der Baikal-Amur-Line mehr als zweitausend Kilometer Gleise gebaut und mehr als fünftausend Kilometer Gleise modernisiert. Über einhundert Brücken und Tunnel wurden gebaut und rekonstruiert, darunter auch solche über die Flüsse Lena, Bureya und Selenga. Bis zum Ende dieses Jahres dürfte die Transportkapazität des östlichen Eisenbahnnetzes auf 180 Millionen Tonnen ansteigen. In diesem Jahr haben wir die nächste, die dritte Phase des Ausbaus dieser sehr wichtigen Verkehrsader eingeleitet.

Ich betone, daß die Aufgabe nicht nur darin besteht, die engen Abschnitte der Autobahnen zu „verbreitern“, mehr als dreihundert Objekte in Betrieb zu nehmen, darunter die Ersatztunnel der Seweromuiski-, Kusnezow- und Kodarski-Tunnel sowie die Brücke über den Amur, die Aufgabe ist viel größer. So müssen beispielsweise auf der gesamten Länge der Baikal-Amur-Line durchgehend zweite Gleise verlegt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, bereits jetzt an die Zukunft zu denken. Ich bin der Meinung, daß wir die Baikal-Amur-Line nicht nur komplett zweigleisig ausbauen, sondern diese Bahn auch elektrifizieren müssen.

(...) Kurzum, wir realisieren heute ein Projekt, das größer ist als das größte Infrastruktur-Investitionsprojekt der Sowjetunion, das von allen Republiken der UdSSR mit großem Aufwand durchgeführt wurde.

Wie die Transsibirische Eisenbahn soll der neue Autoverkehrskorridor von St. Petersburg nach Wladiwostok zu einer kontinentalen Verkehrsader werden.

Dabei geht es nicht nur um die Erhöhung des Güterverkehrsaufkommens und die Verbesserung der Qualität des Straßenverkehrs. Mit dem Bau des Korridors wird sich auch der Inlandstourismus entwickeln: Die gesamte Strecke der Autobahn führt durch Dutzende von Regionen der Russischen Föderation. (...) Wenn die moderne Straße Wladiwostok erreicht, wird der Autoverkehrskorridor mehr als 10.000 Kilometer umfassen, einschließlich der Zufahrten zu den Kontrollpunkten an der russischen Staatsgrenze. (...)

Ich möchte betonen, daß sowohl an der östlichen Eisenbahnstrecke als auch an allen wichtigen Straßeneinrichtungen in Rußland wirklich große Arbeit geleistet wurde. Daran beteiligt sind Spezialisten, Ingenieure und Konstrukteure aus vielen Regionen unseres Landes. Durch ihre intensive Arbeit und ihr

verantwortungsbewusstes Handeln beweisen sie, daß Rußland in der Lage und bereit ist, schnell, umfassend und qualitativ hochwertig zu bauen, Infrastruktur- und Verkehrsprojekte von nationalem und im wahrsten Sinne des Wortes globalem Ausmaß umzusetzen.

Zu diesen Projekten gehört auch der Ausbau der Nördlichen Seeroute zu einer internationalen Logistikroute. In den letzten zehn Jahren ist der Frachtverkehr auf der Passage um ein Vielfaches gewachsen: Wurden 2014 nur vier Millionen Tonnen Fracht über die Nördlichen Seeroute transportiert, waren es im vergangenen Jahr mehr als 36 Millionen Tonnen.

Wir werden den Frachtverkehr weiter steigern, unter anderem durch die aktive Erschließung arktischer Rohstoffquellen, die Umleitung von Fracht aus dem Westen nach Osten und die Erhöhung des Transits.

Der groß angelegte Plan zur Entwicklung des Nördlichen Seewegs wurde in Angriff genommen. Wir bauen Eisbrecher, entwickeln Gruppen von Satelliten, stärken die Küsteninfrastruktur und das Netz der Rettungszentren. Um sozusagen neue Logistikrouten zu erschließen, wurden vor zwei Jahren Kabotagefahrten auf dem Nördlichen Seeweg

Maschinenbau- und Metallurgieunternehmen, des Baugewerbes und anderer Dienstleistungen, der Wissenschaft und der High-Tech-Branche schafft.

Genauso – auf der Grundlage modernster Ansätze und unter Berücksichtigung der qualitativ gestiegenen technologischen, wirtschaftlichen und bildungspolitischen Fähigkeiten des gesamten Landes – muß die strategische Entwicklung des Fernen Ostens angegangen werden, einschließlich der weiteren Entwicklung einer so starken, grundlegenden Industrie der Region wie der Nutzung des Untergrunds.

Heute werden im Fernen Osten sämtliche Wolfram-, Zinn-, Flußspat- und Borerze Rußlands gefördert, 80 Prozent der Diamanten und des Urans, mehr als 70 Prozent des Silbers und 60 Prozent des Goldes des Landes. Dabei sind die Reserven in den wichtigsten Bergbauzentren, darunter Jakutien und Tschukotka, seit langem erschlossen und objektiv begrenzt, während die Nachfrage nach Mineralien nicht nur für den Export, sondern auch auf dem heimischen Markt steigt.

Wir müssen die Rohstoffsoveränität des Landes sichern, eine stabile Basis für die ununterbrochene Versorgung der Volks-



Der Atomeisbrecher „Jamal“ wird beim Öffnen der Nordostpassage eingesetzt

eingeführt. Heute umfaßt dieses Programm 14 Häfen im Nordwesten, in der Arktis und im Fernen Osten.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Kapazität der russischen Häfen innerhalb der Grenzen des Nördlichen Seewegs Ende letzten Jahres 40 Millionen Tonnen überschritten hat. Wir werden die Kapazität weiter erhöhen, den Güterumschlag modernisieren und die nahen und ferneren Eisenbahnverbindungen zu ihnen ausbauen. Dadurch wird es unter anderem möglich sein, die Kapazität des Verkehrsknotens Murmansk auf 100 Millionen Tonnen zu erhöhen, und in Zukunft natürlich noch mehr. (...)

Ich möchte noch hinzufügen, daß alle großen Transport- und Logistikinitiativen in Rußland mit Hilfe fortschrittlicher Technik, digitaler und umweltfreundlicher Lösungen umgesetzt werden, was eine zusätzliche Nachfrage nach den Produkten der einheimischen

wirtschaft, unserer Regionen, Städte und Gemeinden mit erschwinglichen Roh- und Brennstoffen bilden und eine Grundlage für die Produktion neuer Materialien und Energiequellen schaffen. (...)

Der Ferne Osten hat das Potential für eine vielfache Steigerung der geologischen Erkundung, einschließlich der Erkundung und Gewinnung von High-Tech-Rohstoffen: Titan, Lithium, Niob und Seltene Erden, die in der Wirtschaft der Zukunft benötigt werden. Und das Wichtigste ist, daß wir all das haben. (...) Wir werden im Fernen Osten die Entwicklung von fortschrittlichen, kreativen Industrien, Big Data und Infrastrukturen für künstliche Intelligenz unterstützen, einschließlich der Einrichtung eines Gebietes für die Erprobung unbemannter Luftfahrzeuge für zivile Zwecke. Wir werden das Wissenschafts- und Bildungspotential des Fernen Ostens weiter ausbauen,

um die Vorteile des technologischen Fortschritts in vollem Umfang nutzen zu können. Die Region hat bereits mit der Umsetzung neuer Universitätsprojekte in Juschno-Sachalinsk und Chabarowsk begonnen, aber das reicht für den Fernen Osten natürlich nicht aus.

Ich schlage vor, mehrere weitere Projekte in Angriff zu nehmen, nämlich den Bau neuer Campusse in Ulan-Ude, Petropawlowsk-Kamtschatski und Tschita. Wir sind auch dabei, die zweite Phase des Campus der Fernöstlichen Föderalen Universität hier in Wladiwostok zu bauen. Diese Zentren werden den Studenten alle Voraussetzungen zum Studieren, Arbeiten und Leben bieten und Plattformen für Jugendunternehmertum und Business Clubs eröffnen. Wir werden auch Universitäten in der Arktis entwickeln. Neben dem bereits begonnenen Campus-Projekt in Archangelsk wird ein ähnliches Projekt in Murmansk hinzukommen. (...)

Mechanismus der Fernöstlichen Konzession entwickelt. Seine Aufgabe ist es, private Investitionen in soziale Projekte anzuziehen. Die Unternehmen haben bereits geplant, mehr als 120 Milliarden Rubel (*ca. 1,2 Milliarden Euro, Anm. d. Übers.*) für diese Zwecke zu investieren. 36 solcher Initiativen werden derzeit umgesetzt. Die Arbeiten laufen bereits.

Heute werden im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften im ganzen Land Schulen, Flughäfen, Brücken, Autobahnen und städtische Verkehrsmittel gebaut. Das Volumen dieser Projekte ist jedoch noch relativ gering, weniger als drei Prozent des BIP oder 4,4 Billionen Rubel (*ca. 44 Milliarden Euro, Anm. d. Übers.*). (...)

Unter Berücksichtigung der bestehenden Erfahrungen und der Praxis der Projekte der technologischen Souveränität schlage ich vor, daß die Entwicklungsgesellschaft des Östlichen Wirtschaftsforums zu einem der

Das Ministerium für die Entwicklung des Fernen Ostens und der Arktis hat ein spezielles Rating erstellt, um die Behörden zu würdigen, die bei dieser Arbeit die aktivsten Fortschritte machen.

Die Regionen Sachalin und Magadan, die Republik Burjatien sowie die Gebiete Kamtschatka und Chabarowsk sind jetzt führend bei der Umsetzung der Masterpläne. (...)

Entscheidungen über zusätzliche Kredite aus dem Haushalts für die Umsetzung der von der Regierung genehmigten Masterpläne sind bereits getroffen worden. 30 Milliarden Rubel (*ca. 300 Millionen Euro, Anm. d. Übers.*) sind für diesen Zweck bereitgestellt worden. Ich schlage vor, daß von dem genehmigten Limit der Kredite für den Zeitraum von 2025 bis 2030 100 Milliarden Rubel (eine Milliarde Euro, *Anm. d. Übers.*) gezielt für die Umsetzung von Masterplanprojekten für unsere fernöstlichen und arktischen Städte bereitgestellt werden, also über die Limite hinaus, die die Regionen im Rahmen der normalen Verteilung erhalten können.

Die Umsetzung von Stadtentwicklungsplänen darf bei der Ausarbeitung neuer nationaler Projekte, die sich jetzt in der Endphase befinden, nicht vergessen werden. Darüber hinaus müssen Mittel für die Entwicklung der Städte im Fernen Osten in separaten Abschnitten bereitgestellt werden, vor allem im Rahmen nationaler Projekte wie „Infrastruktur für das Leben“, „Effektives Verkehrssystem“, „Familie“, „Langes und aktives Leben“ und „Jugend und Kinder“.

Was ist hier noch wichtig? Die Hälfte der Ausgaben für die Masterpläne der Städte des Fernen Ostens entfallen auf außerbudgetäre Quellen, also auf Investitionen von Unternehmen und stadtbildenden Betrieben, die bereit sind, Polikliniken, Kindergärten und Sportzentren zu bauen, Straßen zu bauen, Versorgungsnetze zu erneuern, Kulturdenkmäler zu restaurieren und so weiter. (...)

Ein komfortables städtisches Umfeld und eine umfangreiche soziale Infrastruktur sind ein integraler Bestandteil der modernen integrierten Wohnraumentwicklung. Investoren aus dem Fernen Osten, die solche Projekte durchführen, haben Anspruch auf die Vorteile der Zonen für fortgeschrittene Entwicklung im Rahmen des Instruments „Fernöstliches Viertel“. Es wird derzeit in sieben Regionen getestet. Es ist geplant, mit seiner Hilfe 1,8 Millionen Quadratmeter Wohnraum zu bauen, in dem fast 70 000 Menschen leben werden.

Generell stelle ich fest, daß sich das Volumen der jährlich im Fernen Osten gebauten Wohnungen in den letzten fünf Jahren etwa verdoppelt hat, was ein guter Indikator ist. Am Ende dieses Jahres werden voraussichtlich 5,6 Millionen Quadratmeter fertig sein.

Die Fernost-Hypothek hat hier eine wichtige, man könnte sagen, entscheidende Rolle gespielt. Wie Sie wissen, haben wir sie auf die Teilnehmer der Militäroperation ausgedehnt. Auch junge Familien, in denen die Eltern unter 36 Jahre alt sind, sowie Empfänger des Fernöstlichen Hektars, Mitarbeiter von Unternehmen der Rüstungsindustrie, Lehrer und Ärzte können das Darlehen zu einem rekordverdächtig niedrigen Zinssatz von zwei Prozent pro Jahr in Anspruch nehmen. Diese Hypotheken



Magadan gehört zu den Städten, die vorrangig entwickelt werden (Aufnahme von 2008)

Unter Beteiligung unserer führenden Unternehmen wird auf der Insel Russkij ein weiteres großes innovatives wissenschaftlich-technisches Zentrum auf der Grundlage der Föderalen Universität des Fernen Ostens entstehen. Es wird sich auf Forschung und praktische Lösungen in den Bereichen Meerestechnik, Biotechnologie, Biomedizin und anderen vielversprechenden Bereichen konzentrieren. (...)

Wir sind uns darüber im klaren, daß der Erfolg bei der Umsetzung unserer Pläne hier im Fernen Osten und im ganzen Land in erster Linie von den Menschen, den russischen Familien abhängt. (...)

Genau deshalb haben wir zusammen mit den neuen Wirtschaftsplänen im Fernen Osten wichtige soziale Initiativen und einen einheitlichen Subventionsmechanismus eingeführt. Diese Subventionen werden für den Bau und die Renovierung von Schulen und Kindergärten, Kliniken und Krankenhäusern, Sportzentren, die Verbesserung der städtischen Umwelt und die Modernisierung der Infrastruktur verwendet. Bis heute wurden bereits fast zweitausend Sozial- und Infrastruktureinrichtungen gebaut.

Die einheitliche Subvention hat sich zu einem mächtigen finanziellen Hebel für den

obligatorischen Teilnehmer an den Projekten der öffentlich-privaten Partnerschaft wird, so daß die Gesellschaft das System der Risikoverteilung kontrolliert und die Vorteile des Projekts sowohl für die Regierung als auch für die Wirtschaft bestätigt. (...)

Nun haben die Region und die lokalen Verwaltungen eine Reihe von Gesprächen mit Einwohnern und Unternehmen geführt, Problempunkte identifiziert, das Potential in allen Bereichen der Entwicklung ihrer Städte ermittelt und ein individuelles langfristiges Modell für jede Stadt entwickelt.

Zum ersten Mal wurden die Konzepte der sozioökonomischen und räumlichen Entwicklung mit der Vergabe von Verkehrs-, Wohnungs-, Versorgungs-, Energie- und anderen Infrastrukturen in einem Dokument (Masterplan) zusammengefaßt. Die integrierte Aufgabe besteht hier darin, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Das ist das Ziel.

Die meisten Maßnahmen der Masterpläne für den Fernen Osten befinden sich in der Planungsphase, aber wir können schon jetzt sagen, daß bis Ende dieses Jahres 70 Einrichtungen in Betrieb genommen werden. Und in Zukunft dürfte sich das Tempo der Umsetzung der Masterpläne erhöhen.

werden zu den gleichen Konditionen auch in den arktischen Regionen vergeben. Wir haben diese Programme bereits bis Ende 2030 verlängert. Ich weiß, daß es in der Regierung Diskussionen über die Bedingungen für diese Hypotheken in der Zukunft gegeben hat. Ich schlage vor, den Zinssatz für Hypotheken im Fernen Osten und in der Arktis unverändert zu belassen, nämlich bei zwei Prozent pro Jahr, um die Diskussionen zu beenden.

Ich möchte noch hinzufügen, daß Familien mit einem dritten Kind in der Region Primorskij seit dem letzten Jahr das Recht haben, einen erhöhten Zuschuß zur Hypothekentilgung zu erhalten, nicht 450 000 Rubel, wie im Rest des Landes, sondern eine Million Rubel. *(Anm. d. Übers.: Diese Summen von bis zu 10 000 Euro Zuschuß vom Staat, sind in Rußland, wo Wohnungen auch in großen Städten für unter 100 000 Euro zu bekommen sind, weil es keine Wohnungsnot gibt, eine große Hilfe.)* Wir haben abgesprochen, daß für kinderreiche Familien in allen fernöstlichen Regionen, in denen die Geburtenrate unter dem Durchschnitt des Förderationskreises liegt, eine Zahlung in ähnlicher Höhe, also eine Million Rubel, eingeführt werden soll. (...) Ein gesondertes Thema ist die medizinische Versorgung von Menschen, die in schwer zugänglichen Regionen, Städten und Dörfern leben. Im Fernen Osten gibt es Siedlungen, die nur mit der Eisenbahn erreicht werden können. Gleichzeitig mangelt es an Fachärzten, die Gesundheitschecks und medizinische Untersuchungen durchführen und medizinische Hilfe leisten können.

Ab September dieses Jahres werden mobile Beratungs- und Diagnosezentren in fünf fernöstlichen Regionen und im nächsten Jahr in acht Regionen in Betrieb genommen. Diese Züge sind echte moderne Polikliniken und Apotheken auf Rädern, mit moderner Ausrüstung und Fachärzten.

(...) Um die Beziehungen zwischen den Städten und Gemeinden des Fernen Ostens zu stärken, werden wir die lokalen Flugverbindungen weiter ausbauen. Wie ich bereits gesagt habe, soll die Zahl der Passagiere auf Inlandsflügen in der Region bis 2030 auf vier Millionen pro Jahr steigen. (...)

Ein wichtiges Thema ist natürlich die Flugzeugflotte. Wir müssen unsere eigenen Flugzeuge bauen, zuverlässig, qualitativ hochwertig und in der Menge, die wir brauchen. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, die Entwicklung einer Passagierversion des leichten Mehrzweckflugzeugs Baikal zu beschleunigen. Die Serienproduktion muß in naher Zukunft beginnen. (...)

In den letzten Jahren hat der Ferne Osten an Attraktivität gewonnen, sowohl für junge Menschen, die einen interessanten Beruf erlernen wollen, als auch für ausgebildete Fachkräfte, die sich selbst, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten unter Beweis stellen und sich in ihrem Beruf ausprobieren wollen.

Seit acht Jahren in Folge verzeichnet der Ferne Osten einen Zustrom junger Menschen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren, auch durch unsere gezielten Fördermaßnahmen.

So wurden im Rahmen der Programme Landlehrer und Landarzt die Pauschalzahlungen verdoppelt: bis zu zwei Millionen Rubel

(20 000 Euro, Anm. d. Übers.) für Lehrer und Ärzte, die in Dörfer und Siedlungen im Fernen Osten ziehen, und bis zu einer Million Rubel für medizinisches Personal der mittleren Ebene. Wir haben uns bereits darauf geeinigt, diese Programme bis 2030 zu verlängern, wobei der erhöhte, doppelte Koeffizient für Zahlungen aus Fernost beibehalten wird.

Eine weitere Entscheidung betrifft das Programm Ländlicher Kulturschaffender. Damit sollen die Mitarbeiter von ländlichen Vereinen, Kunstzentren, Bibliotheken, Musikschulen und Museen unterstützt werden, also jene Menschen, die unsere kulturelle Souveränität, unsere Identität und unsere traditionellen Werte bewahren und junge Menschen erziehen. (...) Die gesamte Geschichte des russischen Fernen Ostens – dieser riesigen Region, die fast 40 Prozent des Territoriums des Landes einnimmt – wurde von entschlossenen, mutigen und willensstarken Menschen geschrieben. Sie erforschten und verteidigten diese Gebiete, bewahrten die Traditionen der einheimischen Völker, entdeckten neue Punkte auf der Karte Rußlands, bauten Städte und Fabriken, legten Straßen an und erschlossen Rohstoffquellen.

Unsere Vorfahren, die den Fernen Osten erschlossen haben, waren ihrer Arbeit und unserem Vaterland treu ergeben. Und ihre Liebe zum Vaterland half ihnen, sich wahrhaft bedeutende, große Ziele zu setzen. Ihr Heldentum, ihre Aufopferung und ihre Errungenschaften inspirieren noch immer viele unserer Bürger, viele Fachleute: Ärzte, Lehrer, Kulturschaffende, die eben genannten, Universitätsprofessoren, Geschäftsleute – alle, die bereits im Fernen Osten arbeiten oder nur planen, ihr Leben mit ihm zu verbinden, einschließlich der regionalen und kommunalen Beamten.

Seit 2022 gibt es in der Region das Muravyov-Amursky-Programm zur Ausbildung von Personal für den Staatsdienst. Das Programm wurde auf die Arktis ausgeweitet und ist sehr gefragt. Die Konkurrenz ist so groß, daß bis zu 80 Bewerber auf einen Platz kommen. Ehrgeizige junge Menschen erkennen, daß die Entwicklung des Fernen Ostens und der Arktis eine der interessantesten und vielversprechendsten Aufgaben für unser Land ist. Wir werden das Muravyov-Amursky-Programm definitiv bis mindestens 2030 verlängern.

Wir alle – Behörden auf allen Ebenen, Wirtschaft, öffentliche Organisationen und Bürger – müssen uns aktiv an der Umsetzung der neuen nationalen Projekte und Programme beteiligen, damit sie eine breite fernöstliche Dimension erhalten und dazu beitragen, die Entwicklung dieser strategisch wichtigen Region Rußlands voranzubringen und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Und natürlich werden wir die Beziehungen des russischen Fernen Ostens und unseres gesamten Landes zu ausländischen Partnern, Freunden, Staaten und Unternehmen, die an einer zuverlässigen, langfristigen und für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit interessiert sind, ausbauen und damit die Position Rußlands in der Welt weiter stärken.

Übersetzung: Thomas Röper

Quelle: anti-spiegel.ru, 8.9.24

„...Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unverzichtbar.“ (Brecht)

Am 30. November begeht

Gerhard Giese

aus Strausberg seinen 85. Geburtstag.

Redaktion und Vorstand gratulieren einem politisch standhaften, trotz angeschlagener Gesundheit immer noch aktiven, vor Lebensfreude sprühenden, klugen, von unserer Sache zutiefst überzeugten Kämpfer und Internationalisten von ganzem Herzen.

Dein Weg führte Dich, lieber Gerhard, von der Ostsee bis in den Harz, von Ulan Ude bis Minsk und Moskau und wieder zurück in die DDR. Als junger Mensch hattest Du Dich entschieden, Dein Leben in den Dienst des Schutzes dieses ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden zu stellen.

Die Kampffront Deines Lebens wurde Dein 33jähriger Dienst in den Streitkräften der NVA, einer Armee, die allein der Erhaltung des Friedens verpflichtet war.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß Dich die in der Sowjetunion gelebten Jahre zu dem werden ließen, der Du heute bist.

Dort hast Du Deine Familie und Freunde für's Leben gefunden. Zu ihnen zählen Lehrer und Mitkämpfer aus der Zeit Deines Studiums an der Minsker Ingenieurhochschule für Fla-Raketen oder Deines Dienstes im Stab der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages in Moskau, um nur einige Stationen zu nennen. Als Oberst der NVA a.D. gibst Du heute Deine überaus reichen Erfahrungen und Dein profundes militär-technisches und militär-politisches Wissen an uns weiter. Ganz im Brechtschen Sinne „unverzichtbar“ sind Deine Beiträge im „RotFuchs“, die uns helfen, „hinter die Kulissen“ zu schauen und Position zu beziehen. In den Regionalgruppen warst und bist Du ein sehr gefragter Gesprächspartner, dessen Vorträge dazu beitragen, die komplizierten, komplexen weltpolitischen Vorgänge und Zusammenhänge besser zu verstehen.

Dafür sagen wir Dank.

Спасибо, Миша, за всё!

Koloniale Denkschablonen

Führende Zeitschrift der deutschen Außenpolitik rät zu „Ende der Arroganz“ im Umgang mit dem Globalen Süden. Dort herrsche „Groll gegen die Bevormundung durch den Westen“; viele fühlten sich „an die Kolonialzeit erinnert“.

„Das Ende der Arroganz“

„Der unilaterale Moment der vergangenen Jahrzehnte ist zu Ende“, heißt es in dem neuen Sonderheft der Zeitschrift *Internationale Politik*. [1] Die altgewohnte globale Dominanz der transatlantischen Mächte sei abgelöst worden durch eine „neue Unübersichtlichkeit“. Diese biete „sehr viel Raum für neue Bündnisse“; das bezieht sich offenkundig auch auf etwaige Bündnisse mit dem Globalen Süden oder jeden-



falls mit einzelnen Staaten jenseits der westlichen Welt. Um die Chancen zu nutzen, die sich unter den neuen Umständen ergäben, benötige man freilich „politischen Realismus“ respektive „Kreativität“. „Das gälte auch für Deutschland“, heißt es weiter in der Zeitschrift, „fände sich denn jemand, der für diese Mittelmacht (zumal im zerbröselnden europäischen Kontext) eine kraftvolle Außenpolitik schmieden wollte“. Mit Blick auf etwaige Kooperationen mit Staaten des Globalen Südens heißt es, man müsse in Zukunft versuchen, sich „von Denkschablonen à la ‚Wir im Westen wissen, wie es geht, die anderen werden schon verstehen‘ [zu] lösen“. Das Titelblatt des Magazins trägt mit Blick auf das in Deutschland und Europa verbreitete Verhalten im Austausch mit den Ländern Asiens, Lateinamerikas und ganz besonders Afrikas das Motto „Europa und der Globale Süden: Das Ende der Arroganz“.

Werte und Sanktionen

Wie C. Raja Mohan in einem Beitrag für das Heft konstatiert, der zur Zeit als Gastprofessor am Institute of South Asian Studies der National University of Singapore tätig ist, eint die Länder des Globalen Südens nicht unbedingt eine Sympathie für die Politik Chinas oder

Rußlands, sondern vor allem „ein tiefer Groll gegen die Bevormundung durch den Westen in der Zeit nach dem Kalten Krieg“. [2] „Viele fühlen sich an die Kolonialzeit erinnert“, schreibt Raja Mohan, „als europäische Imperialisten mit dem Evangelium auf den Lippen und der Waffe in der Hand auftraten“. Hätten sich die Staaten Westeuropas in den Jahren des Kalten Kriegs „um die Entwicklungsländer bemüht“, um Verbündete gegen die Sowjetunion zu gewinnen, so hätten sie nach 1990 begonnen, „ein politisches Wertesystem zu predigen und zugleich Sanktionslisten in der Hand zu halten“. „Die völlige Achtlosigkeit“, die Amerikaner und Europäer dabei „an den Tag gelegt“ hätten, habe in besonderem Maß abschreckend gewirkt. Wolle „Europa“ im Globalen Süden noch etwas erreichen, dann müsse es „den Anspruch zügeln, als ‚Imperium der Normen‘ aufzutreten“. Schwer wiege nicht zuletzt die in der gesamten westlichen Welt „seit dem Ende des Kalten Krieges so deutlich ausgeprägte Angewohnheit, von oben herab zu reden“.

„Leben im Norden zählen mehr“

In ungewohnter Offenheit bringt das Sonderheft *Internationale Politik* weitere Beiträge von Autorinnen und Autoren aus dem Globalen Süden. In einem davon berichtet Ayoade Alakija, eine Sondergesandte der Weltgesundheitsorganisation (WHO), über die Realität und die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie im ärmeren Teil der Welt und insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent. [3] Die schlechtere Versorgung mit medizinischen Hilfen habe sich etwa darin gezeigt, daß in Ländern mit niedrigeren Einkommen, die 50,6 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, kaum 20,4 Prozent aller Covid-19-Tests durchgeführt worden seien, schreibt Alakija. Impfstoffe seien erst zwei lange Monate später sowie in geringerem Umfang verfügbar gewesen als andernorts; bis Ende Mai 2021 sei lediglich ein Prozent der 1,3 Milliarden Impfungen weltweit in Afrika durchgeführt worden. [4] Der von Indien und Südafrika im Mai 2021 vorgebrachte Vorschlag, die Patente auf Impfstoffe für eine Weile auszusetzen, sei wegen „des Widerstands aus der EU, insbesondere aus Deutschland“ nicht realisiert worden. „Schmerzhaft wurde deutlich“, berichtet Alakija mit Blick darauf und auf weitere Beispiele, „dass die Leben derer im Globalen Norden mehr zählen als die Leben im Globalen Süden.“

Hauptverantwortung für die Klimakrise

In einem weiteren Beitrag schildert Dhesigen Naidoo vom Institute for Security Studies (ISS) in Südafrikas Hauptstadt Pretoria die ungleichen Folgen des Klimawandels für den Westen und den Globalen Süden – und die Ignoranz, mit der der Westen Schritte sabotiert, die für den Süden existenzielle Bedeutung hätten. So haben etwa, schreibt Naidoo, der gezielte Ausstieg aus dem Import russischen Erdgases und die damit verbundene „rasche Rückkehr zu Kohle in Europa“ zu einer „Verlagerung der Wertschöpfungsketten zurück zu fossilen Brennstoffen“ geführt. [5] Auch werde „die Abkehr von nicht erneuerbaren Energiequellen maßgeblich von

multinationalen Unternehmen aus dem Globalen Norden verzögert“. Die rasch zunehmenden extremen Wetterereignisse aber träfen weit überproportional den Globalen Süden, nicht zuletzt, da diesem die finanziellen Mittel fehlten, „sich gegen solche Ereignisse zu schützen“. Im Westen führe das nicht zu einer rascheren und klareren Abkehr von fossilen Brennstoffen. Dabei sei allgemein bekannt, daß die Hauptverantwortung für die Klimakrise beim Westen liege: Europa und Nordamerika – sie stellen bloß ein Achtel der Weltbevölkerung – hätten bis 2017 alleine rund 62 Prozent der kumulativen globalen CO₂-Emissionen verursacht.

Die Ignoranz der Macht

Was von der inzwischen zuweilen anzutreffenden „deutschen Rhetorik von Partnerschaft und Augenhöhe“ mit dem Globalen Süden im wirklichen Leben zu halten ist, zeigt ein Beitrag der Sinologin Marina Rudyak, die am Zentrum für Asien- und Transkulturelle Studien der Universität Heidelberg forscht. [6] Zu den praktischen Erfahrungen, die Menschen aus dem Globalen Süden in und mit Deutschland machen, zitiert Rudyak zum einen die aus Nigeria stammende WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala, die im vergangenen Jahr festhielt: „Wenn wir mit China sprechen, bekommen wir einen Flughafen. Wenn wir mit Deutschland sprechen, bekommen wir eine Belehrung.“ [7] Zum anderen schildert Rudyak exemplarisch, wie Delegierte aus Ländern des Globalen Südens Anfang Juni 2024 zu einer Tagung der in Bonn ansässigen ständigen Nebenorgane der UN-Klimarahmenkonvention anreisen wollten – und scheiterten: „Dutzende Verhandler“ seien trotz aller Bemühungen nicht in der einstigen Bundeshauptstadt angekommen, „da ihnen die Einreisevisa entweder verweigert wurden oder die positiven Visabescheide erst nach Beginn der Konferenz ankamen.“ Der Vorfall spiegelt eine in den Ländern des Globalen Südens weit verbreitete Erfahrung mit der Ignoranz der deutschen Behörden gegenüber Menschen aus Afrika, Asien und Lateinamerika wider.

german-foreign-policy.com, 19.9.24

[1] Martin Bialecki: Editorial. In: Das Ende der Arroganz. Internationale Politik Special. Berlin, September 2024. S. 1.

[2] C. Raja Mohan: Von Predigern und Pragmatikern. In: Das Ende der Arroganz. Internationale Politik Special. Berlin, September 2024. S. 4-9.

[3] Ayoade Alakija: Wenn der Löwe die Geschichte erzählt. In: Das Ende der Arroganz. Internationale Politik Special. Berlin, September 2024. S. 12-16.

[4] S. dazu Europa zuerst, Die Welt impfen (III) und „Die Impfstoff-Apartheid der EU“.

[5] Dhesigen Naidoo: Klima der Ungleichheit. In: Das Ende der Arroganz. Internationale Politik Special. Berlin, September 2024. S. 22-25.

[6] Marina Rudyak: Partner mit Anspruch. In: Das Ende der Arroganz. Internationale Politik Special. Berlin, September 2024. S. 46-51.

[7] Luisa von Richthofen: Germany adopts a new, humble Africa policy. *dw.com* 15.09.2023.

Wie Israel unserem Klima schadet

Waffenstillstand ist Klimapolitik

COP 29 – Quo vadis?

Im nächsten Monat findet in Baku (Aserbaidschan) der nächste jährliche Welt-Klimagipfel (COP 29) statt, um Bilanz zu ziehen und neue Maßnahmen zu beschließen, die Erwärmung der Erde aufzuhalten ... Doch was soll das nutzen, wenn der größte Klimakiller, die Verschmutzung der Atmosphäre durch das Militär, weiterhin aus der Diskussion ausgeschlossen bleibt, wie es die USA im Kyoto-Protokoll 1997 erfolgreich verhindert hatten. Vereinzelt veröffentlichte Daten des Pentagon oder anderer NATO-Staaten zur „Begrünung des Militärs“ dienten eher der Verschleierung, denn Erhellung¹, wie zum Beispiel in der *Neuen Zürcher Zeitung* im Juli 2022, denn die klimatischen Auswirkungen von Kampfhandlungen, konkret gesprochen, die völkerrechtswidrigen „Terror“-Kriege der USA gegen den Irak, Syrien oder Afghanistan, blieben tabu, von den Folgen der 2%-Aufrüstung der NATO ganz zu schweigen.²

Militär – Klimakiller Nr. 1

Zu den Pionieren, die Licht in die verschleierte Dunkelheit brachten, gehören der Brite Stuart Parkinson, Direktor der „Scientists for Global Responsibility“ und Gutachter für den UN-Ausschuß IPCC³, und Prof. Neta Crawford von der Universität Oxford.⁴ Keine einzelne Organisation, sagt sie, stößt so viele Treibhausgase pro Jahr aus wie das US-Militär – mehr als Länder wie Peru oder die Schweiz. Denn ein B-52-Jet verbraucht pro Stunde so viel Treibstoff wie ein durchschnittlicher Autofahrer in sieben Jahren. Wohlgekannt: pro Stunde. Und allein die US-Luftwaffe besitzt etwa 80 B-52-Bomber.⁵

Krieg – Klimakiller in Potenz

Eine der ersten Studien, die direkte und indirekte militärische Emissionen als Folge des imperialistischen Kriegs „gegen den Terror“ aufdeckte, haben Benjamin Neimark, Oliver Belcher, Kirsti Ashworth und Reuben Larbi vorgelegt, die 2022 in dem renommierten Fachmagazin „Nature“ veröffentlicht

wurde⁶. Die Autoren untersuchten u.a. die Logistikkosten und den massiven Einsatz von Betonwänden durch die US-Streitkräfte in Bagdad in den ersten fünf Jahren von Bushs „Operation Iraqi Freedom“ (2003 bis 2008), um den CO₂-Fußabdruck des Krieges zu messen. „Aus ökologischer Sicht gibt es keine ‚grüne‘ Militärtechnologie“. Die Hunderte von Meilen umfassende „Militarisierung (weaponizing)“ von Beton habe einen außerordentlichen Kohlenstoff-Fußabdruck. Diese „blast walls“ wurden auch in Kandahar und Kabul (Afghanistan 2008–2012) errichtet. Obwohl diese beiden Kriege nicht die „Freiheit“ brachten, sind ihre Auswirkungen auf die Klimakrise von Dauer: So gehört Afghanistan gemäß der UN-Behörde OCHA zu den zehn am höchsten von Extremwetter betroffenen Ländern, einige Landesteile erwärmen sich auf das Doppelte des globalen Durchschnitts, zitierte Prof. Marjorie Cohn von der Thomas Jefferson Universität in San Diego den internationalen Klimareporter Somini Sengupta aus der *New York Times*.⁷

Klimakiller Israel

Eine neue Studie brachte erschreckende Ergebnisse, der immense Kohlenstoff-Ausstoß von zwei Wochen Krieg im Gaza bedroht nicht nur die Menschen in der Region, sondern verbleibt in der Atmosphäre und wirkt sich auf das globale Klima aus. Die Autoren stellten ihre Arbeit ins Netz, es hat sich wohl kein Verlag gefunden, diese zu veröffentlichen. Benjamin Neimark von der Universität London und Reuben Larbi (Universität Lancaster) untersuchten zusammen mit Patrick Bigger, Frederick Otu-Larbi den „immensen Effekt der Emissionen des US-unterstützten israelischen Genozids auf die Klimakrise“⁸. Ihre Studie, lediglich eine „multitemporale Momentaufnahme“⁹, bezog sich nur auf die ersten beiden Monate des Kriegs: „Die den Planeten erwärmenden Emissionen überstiegen den jährlichen Kohlendioxid-Fußabdruck von mehr als 20 der am stärksten vom Klima bedrohten Länder der Welt.“ Konkret: 99 % der berechneten 281 000 metrische Tonnen Karbondioxyd resultieren in etwa je zur Hälfte aus der Bombardierung Gazas durch die israelische Luftwaffe (121 000 t

CO₂e) und zur anderen Hälfte aus den umfangreichen Frachtflügen der US-Armee mit Militärgütern (133 650 t CO₂e). Bombenabwürfe waren mit 6689 Tonnen und die israelische Artillerie mit 13 600 Tonnen beteiligt, während die Hamas-Raketen 713 Tonnen CO₂ in die Luft bliesen. Für die militärische Infrastruktur, den Tunnelbau der Hamas und den drei Meter hohen israelischen „IronWall“ wurden zusammen 450 000 Tonnen CO₂-Emissionen berechnet, während für den Wiederaufbau Gazas für 100 000 zerstörte palästinensische Gebäude 30 Mio. t Schadstoff-Emissionen geschätzt wurden, soviel wie Neuseeland in einem Jahr in die Atmosphäre emittiert.

Diese – wie die Autoren selbst sagen – noch zu ergänzenden und zu erweiternden Untersuchungen beziehen sich nur auf die ersten beiden Monate – welch Horror, wenn man bedenkt, daß dieser Krieg noch anhält. David Boyd, UN-Berichterstatter für Menschenrechte und Umwelt, bekräftigte: „Diese Forschung hilft uns, das immense Ausmaß der militärischen Emissionen zu verstehen – von der Kriegsvorbereitung über die Kriegsführung bis hin zum Wiederaufbau nach dem Krieg. Bewaffnete Konflikte treiben die Menschheit noch näher an den Abgrund der Klimakatastrophe und sind eine idiotische Art, unser schrumpfendes Kohlenstoffbudget auszugeben.“¹⁰

Folgerungen?

Der Ad-hoc-Charakter dieser Berechnungen verdeutlicht, wie dringend die UN-Klimarahmenkonvention zu ergänzen ist – durch eine obligatorische militärische Emissionsberichterstattung sowohl für Kriegs- als auch für Friedenszeiten.¹¹ Doch im November in Baku stehen die Militäremissionen vorerst nicht auf der Agenda.

Aber dieser wissenschaftliche „snapshot“ verdeutlicht auch, wie vordringlich ein Waffenstillstand im Nahen Osten und in der Ukraine sind, nicht nur, um der überlebenden Menschen willen dort, sondern auch hier und überall, denn – man kann es nicht oft genug wiederholen – die dort in Luft gesprengten Schadstoffe wirken sich global aus. Was dem Klima am meisten hilft, ist Frieden – und Abrüstung auf dem Weg dahin. Auch hier in Deutschland. Die sozialen Bewegungen für das Klima und für Frieden zusammen können dafür sorgen, daß mit jedem Schritt der Abrüstung weniger Schadstoffe in die Atmosphäre geblasen würden. Der ermutigende 3. Oktober konnte nur ein Anfang sein ...

Georges Hallermayer

1 NZZ 30. Juli 2022: „Das Militär ist für fünf Prozent des weltweiten Treibhausgasausstoßes verantwortlich. Von Beschränkungen ist es ausgenommen“

2 Lin, H.C., Buxton, N., Akkerman, M., Burton, D., de Vries, W. (October 2023) „Climate crossfire: how NATO's 2 % military spending targets contribute to climate breakdown“ Transnational Institute <http://www.tni.org/climatecrossfire>

3 Stuart Parkinson: „The carbon foot-print of the military“, in: Responsible Science Journal No. 2, 8. Jan. 2020

4 Neta C. Crawford: „Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War“ Watson Institute 13. Nov. 2019

5 Carolin Wahnbeck: „Wie Krieg den Klimawandel anheizt“ Die Zeit 2. Nov. 2022

6 Mohammad Ali Rajaeifar, Oliver Belcher, Stuart Parkinson, Benjamin Neimark, Doug Weir, Kirsti Ashworth, Reuben Larbi & Oliver Heidrich: „Decarbonize the military – mandate emissions reporting“ in: Nature 2. Nov. 2022

7 Truthout 10. Sept. 2024: „US Militarism Is a Leading Cause of the Climate Catastrophe“

8 Marjorie Cohn: „US-Militarism Is a Leading Cause of the Climate Catastrophe“, in Truthout 10. Sept. 2024

9 Neimark, Benjamin and Bigger, Patrick and Otu-Larbi, Frederick and Larbi, Reuben: „A Multitemporal Snapshot of Greenhouse Gas Emissions from the Israel-Gaza Conflict“ 5. Januar 2024

10 Truthout 10. Sept. 2024: „US Militarism Is a Leading Cause of the Climate Catastrophe“

11 Die Zeit 2. Nov. 2022: „Wie Krieg den Klimawandel anheizt“

Vertrauen in die Grundprinzipien und Ideale der UNO bröckelt

*Der jordanische König **Abdullah II.** hielt am 24.9. 24 auf der 79. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Rede zum Konflikt um Palästina, die RF in Auszügen dokumentiert.*

„Im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts habe ich an diesem Rednerpult gestanden, inmitten regionaler Konflikte, globaler Umwälzungen und humanitärer Krisen, die unsere Weltgemeinschaft auf eine harte Probe gestellt haben.

Es scheint, als hätte es keinen Moment gegeben, in dem unsere Welt nicht in Aufruhr war. Und doch kann ich mich nicht an eine Zeit erinnern, die gefährlicher war als diese.

Unsere Vereinten Nationen stehen vor einer Krise, die ihre Legitimität infrage stellt und das globale Vertrauen und die moralische Autorität zu zerstören droht.

Die UNO wird angegriffen – im wörtlichen und im übertragenen Sinne.

Seit fast einem Jahr ist die himmelblaue Flagge, die über UN-Unterkünften und -Schulen in Gaza weht, machtlos, unschuldige Zivilisten vor israelischen Militärbombardierungen zu schützen.

UN-Hilfslastwagen stehen nur wenige Kilometer von hungernden Palästinensern entfernt regungslos da. Humanitäre Helfer, die stolz das Emblem dieser Institution tragen, werden herabgewürdigt und ins Visier genommen. Und die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs der Vereinten Nationen werden mißachtet, seine Stellungnahmen werden ignoriert.

Es ist also keine Überraschung, daß sowohl innerhalb als auch außerhalb dieses Saals das Vertrauen in die Grundprinzipien und Ideale der UNO bröckelt.

Die harte Realität, die viele sehen, ist, daß einige Nationen über dem Völkerrecht stehen, daß sich die globale Gerechtigkeit dem Willen der Macht beugt und daß die Menschenrechte selektiv sind; ein Privileg, das nach Belieben gewährt oder verweigert werden kann.

Das können wir nicht hinnehmen und wir müssen erkennen, daß die Untergrabung unserer internationalen Institutionen und globalen Rahmenbedingungen eine der größten Bedrohungen für unsere globale Sicherheit darstellt.

Seit dem 7. Oktober ist die Welt Zeuge eines Krieges, der von Israel mit unerbittlicher Härte gegen das palästinensische Volk geführt wird. Abertausende Männer, Frauen und Kinder wurden getötet. Ist es da ein Wunder, daß viele fragen, wie dieser Krieg nicht als absichtlicher Angriff auf die Palästinenser wahrgenommen werden kann?

Das Leid der Zivilbevölkerung kann nicht als unvermeidbare Begleiterscheinung abgetan werden.

Ich bin als Soldat in einer Region aufgewachsen, die mit Konflikten nur allzu vertraut ist.

Aber an diesem Krieg und der entfesselten Gewalt ist nichts Vertrautes.

In Ermangelung einer globalen Rechenschaftspflicht werden wiederholte Gräueltaten normalisiert und drohen eine Zukunft zu schaffen, in der überall auf der Welt alles erlaubt ist. Ist es das, was wir wollen?

Jetzt ist es an der Zeit, den Schutz des palästinensischen Volkes zu gewährleisten. Es ist die moralische Pflicht dieser internationalen Gemeinschaft, einen Schutzmechanismus für sie in den besetzten Gebieten einzurichten.

Kein Land in der Region profitiert von einer Eskalation. Das haben wir in den letzten Tagen bei den gefährlichen Entwicklungen im Libanon deutlich gesehen. Das muß aufhören!

Seit Jahren streckt die arabische Welt Israel durch die Arabische Friedensinitiative die Hand entgegen und bietet im Austausch für Frieden volle Anerkennung und Normalisierung an. Doch die aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen, ermutigt durch jahrelange Straflosigkeit, haben den Frieden abgelehnt und sich statt dessen für die Konfrontation entschieden.

Straflosigkeit gewinnt an Kraft. Wenn sie nicht kontrolliert wird, gewinnt sie an Dynamik.

Die Palästinenser haben mehr als 57 Jahre Besatzung und Unterdrückung ertragen. In dieser Zeit wurde der israelischen Regierung erlaubt, eine rote Linie nach der anderen zu überschreiten.

Doch nun wird die jahrzehntelange Straflosigkeit Israels zu seinem schlimmsten Feind. Und die Folgen sind überall zu spüren.

Die israelische Regierung wurde vor dem Internationalen Gerichtshof des Völkermords beschuldigt. Überall auf der Welt wird Empörung über ihr Verhalten laut. In Städten überall finden Massenproteste statt, und der Ruf nach Sanktionen wird immer lauter.

Immer wieder haben wir beobachtet, wie Israel versucht hat, Sicherheit durch militärische Mittel zu erreichen. Auf jede Eskalation folgt eine Pause, bis zur nächsten, tödlicheren.

Und seit Jahren geht die Weltgemeinschaft den Weg des geringsten Widerstands – sie akzeptiert den Status quo der anhaltenden militärischen Besatzung der Palästinenser und gibt gleichzeitig Lippenbekenntnisse zur Zweistaatenlösung ab.

Aber es war noch nie so offensichtlich, daß der derzeitige Status quo unhaltbar ist. Und wie das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vor zwei Monaten unterstrich, ist er eindeutig illegal. Das Gutachten des Gerichtshofs ist für uns alle ein moralischer Imperativ. Die darin enthaltene Verpflichtung dürfen unsere Nationen nicht ignorieren – um unserer Welt willen und für die Zukunft der Palästinenser und Israelis gleichermaßen. Denn beide Völker verdienen

es, ihr Leben in Würde, frei von Gewalt und Angst zu leben. Und der einzige Weg, dies zu erreichen, ist ein gerechter Frieden, der auf internationalem Recht, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und gegenseitiger Anerkennung beruht.

Das ist etwas, worin wir uns als Nationen und Menschen überall vereinen können und müssen.

Die Welt schaut zu, und die Geschichte wird uns nach dem Mut beurteilen, den wir zeigen. Und nicht nur die Zukunft wird uns zur Rechenschaft ziehen, sondern auch die Menschen im Hier und Jetzt. Sie werden beurteilen, ob wir als Vereinte Nationen der Untätigkeit nachgeben oder für die Wahrung der Grundsätze kämpfen werden, die diese Institution und unsere Welt verankern.

Im Moment fragen sie sich, ob wir tatenlos zusehen werden, wie Eltern mit ansehen müssen, wie ihre Kinder dahinsiechen, wie Ärzte mit ansehen müssen, wie ihre Patienten aufgrund fehlender medizinischer Grundversorgung sterben, und wie noch mehr unschuldige Menschen ihr Leben verlieren, weil die Welt nicht handelt.

Dieser Krieg muß enden. Geiseln und Gefangene müssen nach Hause zurückkehren. Aber jeder Tag, den wir warten, ist für viel zu viele Menschen ein Tag zu viel.

Daher rufe ich alle Länder auf; sich Jordanien anzuschließen und ein internationales „Gaza Humanitarian Gateway“ zu errichten – eine massive Hilfsaktion, um Lebensmittel, sauberes Wasser, Medikamente und andere lebenswichtige Güter an die Bedürftigen zu liefern. Denn humanitäre Hilfe sollte niemals ein Werkzeug des Krieges sein.

Unabhängig von unserer politischen Einstellung ist eine Wahrheit unbestreitbar: Kein Volk sollte ein solches beispielloses Leid ertragen müssen, verlassen und allein. Wir dürfen die Zukunft nicht denen überlassen, die von Spaltung und Konflikten profitieren. Ich fordere alle Nationen mit Gewissen auf, sich in den kommenden kritischen Wochen dieser Mission mit Jordanien zu vereinen.

Fast ein Jahr nach Beginn dieses Krieges hat unsere Welt politisch versagt, aber unsere Menschlichkeit darf die Menschen in Gaza nicht länger im Stich lassen.

Ich wiederhole die Worte meines Vaters von vor 64 Jahren auf der 15. Sitzung der Generalversammlung und hoffe, daß diese Gemeinschaft von Nationen den Mut haben möge, weise und furchtlos zu entscheiden, und mit der dringenden Entschlossenheit handeln wird, die diese Krise und unser Gewissen erfordern.

Mein Vater war ein Mann, der bis zum Schluß für den Frieden gekämpft hat. Und wie er weigere auch ich mich, meinen Kindern oder Ihren Kindern eine Zukunft zu hinterlassen, die wir aufgegeben haben.“

Progressives Lateinamerika bei UN-Generalversammlung: Harte Töne gegen die Weltmächte

Die progressiven Regierungen Lateinamerikas haben auf der 79. UN-Generalversammlung im September die Ineffektivität der Vereinten Nationen angesichts akuter globaler Probleme wie der Klimakrise, den Aufstiege des Rechtstextremismus und des „Völkermords“ in Gaza scharf kritisiert. Verantwortlich dafür sind nach Ansicht der Progressiven die Regierungen der mächtigen Länder sowie die Finanz- und Kriegsmächte der Welt. „Das erste Viertel des 21. Jahrhunderts geht zu Ende und die Vereinten Nationen sind zunehmend ausgehöhlt und gelähmt“, konstatierte der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva. Die Organisation handle immer noch nach den „inakzeptablen Reminiszenzen an die Herrschaftspraktiken der kolonialen Vergangenheit“ wie zu Zeiten ihrer Gründung. Dies zeige sich etwa daran, daß Lateinamerika und Afrika nicht im Sicherheitsrat vertreten seien. Lula wies darauf hin, daß die weltweiten Militärausgaben weiter auf 2,4 Billionen US-Dollar

in diesem Jahr gestiegen seien und mehr als 90 Milliarden US-Dollar in die nukleare Ausrüstung statt in den Kampf gegen Hunger und Klimawandel investiert würden. Er erinnerte an die „vergessenen Konflikte“ im Sudan und im Jemen.

Für Lula befindet sich die Demokratie in ihrem kritischsten Moment seit dem Zweiten Weltkrieg. Die liberale Demokratie sei unzureichend und habe die Erwartungen von Millionen Menschen enttäuscht. Ein Modell, das „dem Großkapital dient und die Arbeiter ihrem Schicksal überläßt“ und weiße Männer gegenüber schwarzen Frauen bevorzuge, sei nicht demokratisch, betonte Lula. Überfluß für wenige und Hunger für viele sei im 21. Jahrhundert das Vorspiel zum Totalitarismus, mahnte Brasiliens Präsident. Die progressiven Regierungsvertreter warnten vor dem Aufstieg der ultrarechten Kräfte auf allen Kontinenten. Die „Kontrolle der Menschheit auf der Grundlage der Barbarei“, wie sie

in Gaza und im Libanon praktiziert werde, begünstige diesen Aufstieg, sagte der kolumbianische Präsident Gustavo Petro.

Zu den Vorschlägen der Progressiven für eine Demokratisierung der Zusammenarbeit in der internationalen Gemeinschaft gehören eine strukturelle Veränderung der UNO, insbesondere des Sicherheitsrates, eine stärkere Besteuerung der Superreichen und eine Umstrukturierung der multilateralen Finanzbanken mit einer stärkeren Vertretung des globalen Südens.

Petro sprach seinerseits von einer Stärkung und Vernetzung der Völker von unten. Der Kampf für das Leben auf der Erde sei „die Stunde der Völker“. Angesichts der Unfähigkeit der Regierungen sei es „an der Zeit, die Lösung der großen Probleme der Menschheit in die Hände der Leute selbst zu legen, der einfachen Leute der Menschheit“.

Hans Weber

Redaktionell gekürzt

Quelle: amerika21, 28.9.24

Im Indopazifik werden die Weichen für den nächsten Großkonflikt gestellt

Die laufenden Kriege des US-Imperiums und seiner Vasallen gegen die Kernstaaten der Eurasischen Kooperation (Rußland, China, Iran) in Osteuropa und Südostasien stellen aus Sicht der US-Neokonservativen bekanntlich nur den Auftakt zum eigentlichen Showdown dar, dem Krieg gegen die Volksrepublik China. China gilt ihnen als der wichtigste Herausforderer, ein Land, das strategisch geschwächt werden muß, wenn die unangefochtene Weltmachtposition der USA erhalten beziehungsweise wiederhergestellt werden soll. Ein Ziel, das in der Sicht Washingtons den Einsatz des Militärs zwingend erfordert. Ebenso ist klar, daß die Uhr tickt und die Zeit gegen die USA arbeitet. Seit 2018 stehen die zweijährlich stattfindenden RIMPAC-Manöver (Rim of the Pacific) ganz im Zeichen dieser Kriegsvorbereitungen. China, das 2014 und 2016 noch an RIMPAC teilgenommen war, wurde 2018 eingeladen und gilt seither als mehr oder weniger klarer Manövergegner. Für China sprang 2016 die Bundesmarine ein. In diesem Jahr mit einer Fregatte, einem Versorgungsschiff und drei Eurofightern. RIMPAC 2024 fand vom 28. Juni bis 2. August vor den Küsten Hawaiis mit 150 Flugzeugen, 40 Oberwasser-schiffen und drei U-Booten statt.

Um internationale Unterstützung zu demonstrieren, hatte Washington 29 Staaten zur Teilnahme nötigen können. Neben den Kriegsverbrechern aus Israel und den üblichen europäischen und asiatischen Vasallen waren auch Staaten des Globalen Südens wie Chile, Peru, Kolumbien, Ecuador, Mexiko, Indonesien, Malaysia, Sri Lanka, Thailand, Tonga und die Philippinen mit von der Partie, aber auch die BRICS-Staaten

Brasilien und Indien. Probleme mit der Teilnahme Israels schien kaum jemand zu haben. Allerdings sollte die maritime Stärke der 28 RIMPAC-Teilnehmer außerhalb der US Navy nicht überschätzt werden. Wenn es zum Schwur kommt, dürften kaum alle an Bord des Himmelfahrtskommandos bleiben, dann zählen die Fähigkeiten der US-Navy und sonst kaum etwas. Hier werden die US-Kräfte selbst antreten müssen, alle anderen sind für dieses Unternehmen deutlich zu schwach.

Ebenso wie in Europa haben die nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten Einflussorganisationen, Propaganda- und Führungsstrukturen des US-Imperiums auch im ostasiatisch-pazifischen Raum effektive Arbeit geleistet. Trotz der eigenen massiven Handels- und Infrastrukturinteressen, die eine friedliche Kooperation mit der Volksrepublik eigentlich zwingend machen sollten, ist es der Soft Power Washingtons geglückt, wichtige Regierungen dieses Raumes trotz des Menetekels Ukraine auf einen extrem selbstschädigenden Kriegskurs zu verpflichten. Ähnlich wie in Europa beginnt das US-Militär landgestützte Mittelstreckenraketen und Cruise-Missiles auch vor der Küste Chinas, auf den Philippinen, zu stationieren. Angeblich, um China von einer Invasion Taiwans abzuhalten, für die es keine Beweise gibt. Seit 1987 waren diese Waffen durch den INF-Vertrag verboten. Donald Trump stieg 2019 aus dem Vertrag aus. Der Zweck ist heute nicht mehr zu leugnen. Es geht um nicht weniger als die atomare Erpressbarkeit Rußlands und Chinas. Präsident Ferdinand Marcos jr. hat alle Bemühungen seines Vorgängers Rodrigo Duterte, eine gewisse

Unabhängigkeit vom Imperium zu erreichen, in die Tonne getreten und das Inselreich wieder in seine frühere koloniale Hörigkeit zurückversetzt. Die Philippinen werden momentan zum unsinkbaren, atomar bewaffneten US-Flugzeugträger vor der Küste Chinas ausgebaut und werden damit ebenso wie Deutschland zum Ziel eines eventuellen atomaren Gegenschlags. Die neue Rückendeckung durch Washington verleitet die Regierung in Manila zu provokativem Vorgehen gegen die chinesischen Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer. Eine ähnliche Rolle wie Ferdinand Marcos jr. sind offenbar Anwar Ibrahim in Malaysia, Fumio Kishida in Japan und Suk Yeol in Südkorea zu spielen bereit. Diese servile Unterwürfigkeit gefällt nicht allen in der Region. Von Hawaii bis Australien und rund um den Pazifik formieren sich Bewegungen gegen die Verwandlung ihres Lebensraums in einen antichinesischen Aufmarschplatz. Besonders bekannt geworden ist der Kampf der Unabhängigkeitsbewegung der von Frankreich Nouvelle-Calédonie (Neukaledonien) genannten Kanaky-Inseln. Die reichen Nickelvorkommen der 1200 Kilometer östlich von Australien gelegenen Inseln haben Paris veranlasst, sein anachronistisches Kolonialregime im südlichen Pazifik trotz der Proteste mit Waffengewalt weiter aufrecht zu erhalten, um sich weiterhin trotz des Verlustes der Subhara-Region das Prestige einer Kolonialmacht einreden zu können. In der Ukraine hat sich Russland gegen die gesamte NATO durchsetzen können. Das macht Mut. Selbst im Südpazifik.

Klaus Wagoner

Aus: Unsere Zeit, 9.8.24

Venezuela im „Auge“ des politischen Hurrikans

Vor 35 Jahren, am 9. November 1989, öffnete die Information eines SED-Politbüromitglieds auf einer Presskonferenz die Berliner Mauer. Zwei Jahre später gab es die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft nicht mehr. Die vermeintlichen Sieger der Geschichte feierten den Beginn des neoliberalen Zeitalters. Sie übersahen, daß im Februar 1989 das venezolanische Volk in Caracas gegen ein neoliberales Paket rebellierte, das ihm der IWF aufzwingen wollte. Zehn Jahre später zog Hugo Chávez in den Miraflores-Palast als neuer Präsident Venezuelas ein, nachdem er die Wahlen gewonnen hatte. Am Tag seiner Amtseinführung wandte er sich an das venezolanische Volk: „Bereitet euch darauf vor zu regieren! Denn genau das ist die Idee der Demokratie. Es ist das Volk, das regiert.“ Worauf Colin Powell, der damalige US-Außenminister, erklärte: „Dieses Verständnis von Demokratie macht uns Sorgen.“ („Kampf um Venezuela“ von André Scheer)

Der Wahlsieg von Hugo Chávez war der Auftakt für eine neue Welle der Erfolge der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas und der Karibik. Die herrschenden Eliten Nordamerikas und Europas sowie die reaktionären Kräfte der Länder Lateinamerikas und der Karibik reagierten. Auf dem 21. Forum von Sao Paulo 2015 schätzten die Teilnehmer das Kräfteverhältnis in Lateinamerika und der Karibik ein. („Die Linke Lateinamerikas zwischen Erfolgswelle und Gegenwind“, „RotFuchs“ Nr. 288, Januar 2022) Auf diesem Forum sagte Präsident Nicolás Maduro: „Solange es den Imperialismus gibt, wird es Kampf geben. Solange es den USA-Imperialismus gibt, wird es Verschwörungen und Intrigen geben ... Wir erleben alle Kriegsformen gegen die Bolivarische Revolution ... Aber wir geben nicht auf und beschweren uns nicht, denn hier geht es darum, für die gerechten Anliegen einzutreten, die wir verteidigen ...“

Mit Beginn der Bolivarischen Revolution setzte die konterrevolutionäre Politik der USA und des kollektiven Westens gegen sie ein. 2002 scheiterte die Konterrevolution gegen Chávez. 2014 wandten sie die Methode der „Guarimbas“ an. Venezuela erlebte 120 Tage lang ununterbrochene Aggressionen von gewalttätigen Gruppen auf der Straße, die von der US-Botschaft bezahlt wurden. Eine globale Medienkampagne begleitete sie. Diese stellten ein Venezuela im Chaos, am Rande eines Bürgerkriegs dar. Eine diktatorische Regierung unterdrückte ein protestierendes Volk. Das perfekte Drehbuch. Im Januar 2019 ernannte sich Juan Guaidó zum Interimspräsidenten Venezuelas. Zwischen April und Juli 2019 simulierte das argentinische Heer in der Übung „Puma“ den Überfall auf Venezuela. Die Übung entsprach der Annahme eines Angriffs

der USA auf das bolivarianische Venezuela. („Ein General Paleo und die Steinzeit“, „RotFuchs“ Nr. 293, Juni 2022) Das venezolanische Volk war und ist seit 1999 bis heute Opfer eines andauernden Putsches. Es war und ist auf der globalen Agenda der extremen Rechten das Labor einer Gewalteskalation.

Aus den Wahlen vom 28. Juli 2024 ging Nicolás Maduro als Sieger hervor. Die Offensive des Westens und seiner Verbündeten gegen diesen Wahlsieg führen dieselben Politiker der herrschenden Eliten Nordamerikas und Europas, die den Völkermord der Zionisten in Palästina und das nationalistische Regime in der Ukraine unterstützen. In Lateinamerika und der Karibik haben die Eliten des Westens stets die reaktionären Kräfte unterstützt. Ihre neue Offensive macht die politischen und wirtschaftlichen Widersprüche deutlich, die in Lateinamerika und der Karibik herrschen. In diesem



Caracas, 10. September: Die Vizepräsidentin Venezuelas Delcy Rodríguez eröffnet den Weltkongreß gegen Faschismus

Sinne war die Abstimmung in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) über einen Beschluß des nordamerikanischen Kolonialministeriums, in den Wahlprozeß in Venezuela einzugreifen, aufschlußreich. Außerhalb der OAS hatten Bolivien, Kuba, Honduras und Nicaragua den Wahlsieg Maduros anerkannt. Bei der OAS-Abstimmung am 31. Juli fehlten Mexiko und die Karibikstaaten St. Vincent und Grenadinen, Trinidad und Tobago sowie Dominica. Der Stimme enthielten sich Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Grenada, Honduras, St. Kitts und Nevis sowie St. Lucia. Für die Interventionsresolution stimmten Argentinien, Kanada, Chile, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, USA, Guatemala, Guyana, Haiti, Jamaika, Panama, Paraguay, Peru, Dominikanische Republik, Suriname und Uruguay. Die Resolution scheiterte, weil es nicht genügend Stimmen dafür gab.

Es ist imperiale Praxis, daß sich die USA und Kanada in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Es ist jedoch erstmalig in der jüngeren Geschichte, daß Länder aus der Region den Wahlergebnissen eines anderen Landes widersprechen. Die Regierungen

Argentinien, Uruguays, Ecuadors, Perus, Panamas und Costa Ricas erkannten den Wahlverlierer Edmundo González vom oppositionellen Putschbündnis als gewählten Präsidenten Venezuelas an. Das ist beispiellos. Die Wahlkammer des Obersten Gerichtshofs Venezuelas hatte den Wahlverlierer aufgefordert, Unterlagen vorlegen, um seinen Betrugsvorwurf zu begründen. Das Putschistenbündnis tat das nicht, weil es keine Beweisunterlagen hatte. Im Unterschied zu 2018 wurde in diesem Jahr der gesamte Wahlprozeß von Anfang an von den Putschparteien in Frage gestellt. 2019 erkannten die USA und ihre Verbündeten rechtswidrig Juan Guaidó als Präsidenten Venezuelas an. In diesem Jahr beschlossen die Putschisten und ihre US-Herrscher guten Willen vorzutauschen, um im Hintergrund einen weiteren Putschversuch zu inszenieren. Die Wahlen waren vorbildlich, doch die Putschisten ignorierten sofort den Wahlrat.

Sie verübten mörderische Terroraktionen auf nationaler Ebene und lösten durch Cyberangriffe und massiven Mißbrauch sozialer Netzwerke einen skandalösen internationalen digitalen Amoklauf aus. All dies ermöglichte es den nordamerikanischen und europäischen imperialistischen Eliten, ihre enorme psychologische Kriegsmaschinerie in den internationalen Medien zu mobilisieren.

Die Tatsache, daß Länder den Wahlsieg von Präsident Nicolás Maduro anerkannten, bestätigt, daß sich die Welt in zwei Blöcke spaltet. Der Mehrheitsblock fördert den respektvollen Dialog zwischen Gleichen auf der Grundlage von Werten und Grundsätzen des Völkerrechts. Der westliche Block, der von der nordamerikanischen herrschenden Klasse dominiert wird, mißachtet diese

Werte und das Völkerrecht. Die Länder, die der Interventionsresolution der OAS zustimmten, haben sich dem imperialen Willen der westlichen Eliten unterworfen und werden dies zumindest kurzfristig auch weiterhin tun. Dagegen haben die Länder der Bolivarischen Allianz Unser Amerikas (ALBA) den Wahlsieg Maduros verteidigt. Die meisten Länder der Karibischen Gemeinschaft taten das, weil das bolivarianische Venezuela aufgrund der positiven und unterstützenden Beziehungen, die seit 2004 auf der Grundlage von Initiativen wie Petrocaribe und Misión Milagro entwickelt wurden, ein wichtiger Faktor für die regionale Stabilität ist. Mexiko bestand klar auf dem Grundsatz der Nichteinmischung. Die Gründe dafür, daß Kolumbien und Brasilien sich vom Putschversuch gegen Venezuela distanzieren, ohne jedoch den Sieg von Präsident Nicolás Maduro anzuerkennen, haben andere Nuancen. Die Präsidenten beider Länder, Gustavo Petro und Lula da Silva, müssen innenpolitisch ein Gleichgewicht zwischen ihrer Unterstützungsbasis bei den nationalen fortschrittlichen Kräften und der Akzeptanz eines Teils der anderen politischen

Kräfte aufrechterhalten. Auf diese Weise hoffen sie, daß sie ihre Reformprogramme erfüllen und ein angemessenes Maß an wirtschaftlicher Entwicklung fördern können. Das Verhalten der USA und der Länder, die in der OAS dafür gestimmt haben, in den venezolanischen Wahlprozeß einzugreifen, hat auch einen geopolitischen Aspekt. Venezuela wird nicht nur von ALBA, sondern auch von Rußland, China und Iran unterstützt. Das Land steht auf der Kandidatenliste der BRICS+ Gruppe. Wenn man bedenkt, daß russisches Öl aufgrund der Sanktionen aus dem Westen nicht mehr erhältlich ist und Saudi-Arabien (auch in der BRICS-Gruppe) nicht mehr als starker Verbündeter der USA erscheint, wird die Frage der Kohlenwasserstoffversorgung zu einer sehr heiklen Angelegenheit. Hinzu kommt, daß China in Lateinamerika wichtige kommerzielle, finanzielle und infrastrukturelle Investitionsinitiativen fördert. Selbst die reaktionären Klassen der Region, die die rechten Regierungen kontrollieren, erkennen, daß es in ihrem Interesse ist, möglichst optimale Beziehungen zu China und zum eurasischen Block aufzubauen. Von den südamerikanischen Ländern müssen sich nur noch Brasilien, Kolumbien und Paraguay der Belt-and-Road-Initiative Chinas offiziell anschließen. Dieses regionale Panorama stellt eine große Herausforderung für die USA dar, Chinas regionalen Einfluß zu begrenzen und ihre eigene hemisphärische Kontrolle zu festigen. Das ist aber sinnlos. In den USA leben etwa 340 Millionen, in China 1,4 Milliarden Menschen. Die US-amerikanische Wirtschaft hat sich deindustrialisiert, während die chinesische Wirtschaft über die dynamischsten Industrien der Welt verfügt. Die neoliberale Politik westlicher Regierungen und ihrer Finanzinstitutionen nutzt nicht der Mehrheit und fördert nicht deren Wohlstand. Die Weigerung der Länder der Region, sich der wirtschaftlichen und diplomatischen Aggression des Westens gegen die Russische Föderation anzuschließen, ist ein weiteres Zeichen für den Rückgang des nordamerikanischen Einflusses in Lateinamerika und der Karibik. Die revolutionären Regierungen von Kuba, Nicaragua und Venezuela und ihrer ALBA-Verbündeten haben nicht nur dem Imperium widerstanden. Sie entwickelten auch erfolgreiche sozialökonomische Alternativen. Durch die Förderung der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) haben sie den regionalen politischen Raum erweitert. Er basiert auf Respekt und Dialog sowie auf wirtschaftliche Optionen, Zusammenarbeit und Solidarität für alle Völker der Region. Der Wahlsieg Maduros bedeutet also eine weitere Niederlage für den Westen, der diese verkraften muß. Am 5. September erließ die venezolanische Justiz einen Haftbefehl gegen den Wahlverlierer González wegen des Verbrechens der Usurpation von Funktionen, der Fälschung öffentlicher Urkunden und der Anstiftung zum Ungehorsam gegenüber Gesetzen. Drei Tage zuvor war der ehemalige Oppositionskandidat in Spanien angekommen und hatte um politisches Asyl gebeten. Mit 177 Ja-Stimmen stimmte in Spanien der Kongreß der Aufforderung an die Regierung von Pedro Sánchez zu, González als

Gewinner der Präsidentschaftswahlen anzuerkennen. Der Präsident der venezolanischen Nationalversammlung Jorge Rodríguez forderte die Maduro-Regierung auf, die diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zu Spanien abzubrechen. „Dies ist der brutalste Angriff des Königreichs Spanien gegen Venezuela seit der Zeit, als wir für unsere Unabhängigkeit kämpften. Wenn sie den Kampf wollen, wollen wir ihn auch“, kommentierte er. Die Eliten der USA sind vom Haß gegen Venezuela besessen. Staatsstriche und Attentatsversuche, Förderung der Destabilisierung, Beschlagnahme von Vermögenswerten, Diebstahl von Unternehmen und internationale Aggression bildeten den Kern der US-Politik gegenüber Caracas. Die USA und Europa belegten Venezuela mit 930 Sanktionen. Sie führten zu immensen Schwierigkeiten in der Entwicklung des Landes. Inzwischen verhängten die USA neue Sanktionen gegen Venezuela. Die Regierung Venezuelas bezeichnete sie als „neue Verbrechen der Regierung Bidens“. Trotzdem ist Venezuela heute das Land mit dem größten Wirtschaftswachstum auf dem Kontinent. Das erkennt sogar der Internationale Währungsfond an, der kein guter Freund der Regierungen friedlicher Bürgerrevolutionen ist. Am 10. September wurde in Caracas der Weltkongreß gegen den Faschismus eröffnet. An der Veranstaltung nahmen mehr als 1200 Gäste aus 95 Ländern teil. Sie diskutierten über die neuen Formen des Faschismus, die auf der globalen Bühne präsent sind. Tania Díaz, Vizepräsidentin der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV), erklärte auf dem Kongreß: „Der Faschismus ist der bewaffnete Flügel des Kapitalismus ... Venezuela ist ein Kronjuwel, nicht nur wegen seiner Ölreserven,

sondern auch wegen seiner strategischen Bodenschätze, die für die Entwicklung fortschrittlicher Technologien unerlässlich sind. Für den Kapitalismus sind diese Ressourcen entscheidend. Sie brauchen sie, um ihr System aufrechtzuerhalten.“ Präsident Maduro kündigte die Gründung der Ersten Antifaschistischen Internationale mit Sitz in Caracas an. Zwanzig Millionen Barrel Öl werden täglich aus der Straße von Hormus zur nordamerikanischen Küste transportiert. Die Differenz der Kosten zwischen den 44 Tagen, die man für die Überfahrt braucht, und den vier Tagen, die man brauchen würde, wenn das Rohöl aus Venezuela käme, belastet das Demokratieverständnis des Weißen Hauses. Die Geschichte ändert sich nicht. In jedem Prozeß der Emanzipation und Befreiung stellt die reaktionäre und konservative Rechte die Gewalt der Vernunft gegenüber. Die revolutionären Prozesse in Lateinamerika und der Karibik, die fortschrittliche Kräfte an die Regierung führten, lehren uns: Eine demokratische Entwicklung, an der die Bevölkerung beteiligt ist, und die Verfassungsmäßigkeit des politischen Systems können nicht voneinander getrennt werden. Die Verteidigung des Volkswillens ist der Auftakt zu jedem demokratischen und fortschrittlichen Projekt, insbesondere zu einem sozialistischen. Nach eineinhalb Jahrhunderten wird die Marxsche Theorie bestätigt. Marx lehnte zwar die Idee einer formellen Demokratie ab, weil sie die Ungleichheiten nicht abschafft. Er sah jedoch voraus, daß selbst die liberale Demokratie mit der Dominanz des entwickelten Kapitalismus unvereinbar werden würde. Die Aufforderung zur Wahl bleibt gültig: Sozialismus oder Barbarei.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats November!

Zum 94. Geburtstag

Siegfried Lorenz (Berlin) am 26. November

Zum 93. Geburtstag

Horst Schlueter (Neubrandenburg) am 2. November

Zum 92. Geburtstag

Adalbert Hermann (Königs Wusterhausen) am 24. November

Zum 91. Geburtstag

Rolf Reisener (Möckern) am 8. November

Zum 90. Geburtstag

Horst Franzkowiak (Hoyerswerda) am 9. November
Manfred Manteuffel (Rostock) am 13. November
Harry Krüger (Ellrich) am 14. November

Zum 85. Geburtstag

Gerda von Hettinga (Bernau) am 14. November
Dr. Carl-Bernd Uhlmann (Berlin) am 21. November

Zum 80. Geburtstag

Beate Reichelt (Blankenburg) am 25. November
Agnes Grüning (Eberswalde) am 26. November

Zum 75. Geburtstag

Klaus-Rainer Fiedler (Hohenfelde) am 4. November
Ralf Kaestner (Bützow) am 17. November
Rolf Kasper (Leipzig) am 20. November
Helmut Herzog (Berlin) am 21. November

Zum 70. Geburtstag

Christel Buchinger (Gersheim-Medelsheim)
am 14. November
Werner Köllner (Berlin) am 17. November

Zum 65. Geburtstag

Stephan Broszies (Sarmstorf) am 1. November
Uwe Stoehr (Berlin) am 10. November

Nachträglich zum 95. Geburtstag

Gerhard Miska (Chemnitz) am 11. Oktober

**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN
ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**

Regierungswechsel in Indonesien (Teil 1)

Indonesien ist mit 230 Millionen Einwohnern das viertbevölkerungsreichste Land der Welt. In Südostasien ist es das größte Land mit der größten Volkswirtschaft. Die Hauptstadt Jakarta (bis 1942 Batavia) auf der Insel Java ist mit 11 Millionen Einwohnern eine der größten Städte der Welt. Auf Java leben 150 Millionen Menschen. Mit über 191 Millionen Muslimen ist Indonesien der Staat mit der größten muslimischen Bevölkerung weltweit. 88 % der Indonesier sind Muslime. Allerdings ist die bekannte Urlaubsinsel Bali überwiegend hinduistisch. Indonesiens geographische Lage zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean und seine Ausdehnung mit 17 000 Inseln im Indischen Ozean machen den Inselstaat zu einem wichtigen Akteur in einer eventuellen Auseinandersetzung zwischen den Angelsachsen und ihren Marionetten gegen China. Die größten kriegerischen Manöver werden wahrscheinlich, wenn es dazu kommen sollte, auf dem Meer stattfinden. Die Straße von Malakka, die bedeutendste Durchfahrts-

neuen Herren Asiaten. Aber bald mußten die Einheimischen feststellen, daß die japanischen Eroberer noch schlimmer waren als ihre Vorgänger. Die Männer wurden zu Sklavenarbeit gezwungen, Frauen wurden zwangsprostituiert. Nach der Kapitulation 1945 zog sich Japan aus Indonesien zurück. Die Holländer kehrten daraufhin zurück und versuchten „ihre“ Kolonie wieder in Besitz zu nehmen, mußten aber dem Druck von indonesischen Freiheitskämpfern und internationaler Ablehnung weichen. Am 17. August 1945 riefen Ahmed Sukarno und Mohamed Hatta die Republik Indonesien aus und erklärten die Unabhängigkeit. 1949 mußte Holland die Unabhängigkeit Indonesiens anerkennen. Sukarno wurde zu einem der wichtigsten Vertreter der dritten Welt und blieb bis 1967 im Amt.

Unabhängigkeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 70er Jahre hinein war die Zeit der Auflösung der europäischen Kolonialreiche. Es entstanden neue unabhängige Staaten in Asien und Afri-

ka. Im Juni 1945 wurden die Vereinten Nationen gegründet. Die Zahl ihrer Mitgliedsländer wuchs durch das Entstehen neuer Staaten rasch an. In Asien wurden zwischen 1946 und 1965 elf Länder unabhängig, acht davon sind heute Mitglieder der ASEAN-Staaten, darunter auch Indonesien. In Afrika entstanden von 1946 bis 1965 35 neue Staaten. Die Regierung von Sukarno war links-nationalistisch, so wie in den meisten Ländern, die die Unabhängigkeit anstrebten. Die Unabhängigkeit sollte die Ausbeutung des Landes durch die Kolonialherren beenden und Verbesserungen der Situation der Bevölkerung mit sich bringen. Die Reichtümer des Landes, insbesondere die Bodenschätze sollten Indonesien selber zugutekommen. Sukarno betrieb eine gemäßigte und tolerante Politik, sowohl gegenüber der Religion als auch gegenüber der kommunistischen Partei (PKI). Er formulierte die bis heute gültige Staatsideologie Pancasila, die auf einen Ausgleich und Toleranz zwischen den verschiedenen Völkern und Religionen Indonesiens abzielt und sechs Religionen bzw. Konfessionen offiziell anerkennt (Islam, Protestantismus und Katholizismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus). Die PKI, nach den beiden kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Chinas die drittgrößte kommunistische Partei der Welt mit 3,5 Millionen Mitgliedern, verfolgte eine pragmatische Politik, tolerant gegenüber dem Islam. Viele indonesische Kommunisten waren gläubige Muslime. Die PKI hielt sich aus dem Zwist zwischen der Sowjetunion und China heraus, der 1956 nach dem 20. Parteitag der KPdSU ausbrach. Die PKI lehnte den bewaffneten Aufstand ab und unterstützte Sukarno. Sie ging aufs Land und half den Armen und den Bauern. Der PKI angeschlossen war eine Bauernfront (BTI), eine Industriegewerkschaft (SOBSI) sowie eine Kulturorganisation (LERA). Und nicht zu vergessen die sozialistische feministische Frauenorganisation GERWANI. Die PKI stand im Ruf, im Gegensatz zur weitverbreiteten Korruption im Land, eine saubere Partei zu sein. Zusammen mit den ihr angeschlossenen Organisationen kam sie auf 20 Millionen Mitglieder, ein Fünftel der damaligen Bevölkerung waren mit der PKI irgendwie verbunden.

Bandung

1955 fand in der indonesischen Stadt Bandung die erste internationale Konferenz nicht-weißer Völker statt. Vertreter von 29 Staaten Asiens und Afrikas, mehr als die Hälfte der damaligen Weltbevölkerung, nahmen daran teil. Zhou-Enlai war aus China gekommen. Hier wurden die Voraussetzungen für die Gründung der Blockfreien Staaten (1961) gelegt. Bandung war damit auch Vorläufer der heutigen BRICS-Staaten. Noch heute spricht man vom Geist von Bandung um die Bedeutung der Konferenz zu beschreiben. Sukarno wurde zusammen mit Nehru einer der wichtigsten Führer der dritten Welt.

Die Welt befand sich 1965 mitten im Kalten Krieg. In der US-Administration von Johnson waren durchweg fanatische Antikommunisten, die mit dem indonesischen Militär konspirierten. Sukarno wollte im Ost-Westkonflikt neutral bleiben. Er hatte die Regeln für die Ölindustrie geändert und plante, sie zu verstaatlichen. 1964, drei Tage nach dem Vorfall im Golf von Tonkin, nahm er Beziehungen zu Ho Chi Minhs Nordvietnam auf. Das war zu viel des Guten für die Gringos, für die bereits Neutralismus ein Vergehen ist.

Die USA hatten 1958 einen gescheiterten Putschversuch gegen Sukarno orchestriert. Nun bauten sie systematisch ihre Einflußnahme auf das Militär aus, indem sie u.a. die hohen Offiziere in die USA einluden, sie dort indoktrinierten, ausbildeten, zu unerbittlichen Kommunistenhassern machten und zur Machtübernahme drängten. 1962 waren es deren bereits mehr als tausend im Jahr. In Indonesien schulten sie derweil Zivilisten für antikommunistische Aktivitäten. Die Domino-Theorie der USA besagte, daß, wenn Indonesien dem Kommunismus anheimfalle, die Philippinen, Malaysia, Thailand, Vietnam und andere folgen, bis am Ende ganz Ostasien kommunistisch sei. Im Wesentlichen ging es darum, die Interessen



Vorläufer von BRICS: Bandung-Konferenz 1955 mit Zhou Enlai, Gamal Abdel Nasser und Haile Selassie (v. l.)

straße für die Schiffe vom Indischen Ozean nach Ostasien und umgekehrt, liegt zwischen Malaysia und Indonesien. Im Februar dieses Jahres waren in Indonesien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Der neugewählte Präsident Subianto Probowo wird am 20. Oktober das Amt übernehmen.

Kolonialzeit

Der Islam breitete sich im 13. Jahrhundert in Indonesien aus. 1613 errichtete die Niederländische Ostindien-Kompanie in der Region des heutigen Jakarta ihren ersten Handelsplatz. Die Region um Jakarta war da bereits ein wichtiges Handelszentrum der alten Seidenstraße. Besonders lukrativ war der Handel mit Gewürzen. Die Molukken waren die „Gewürzinseln“, die Handelswege dorthin nannte man die „Gewürzroute“.

Die Ankunft der Holländer war der Beginn von 350 Jahren Kolonialherrschaft unter Holländisch-Indien. Im August 1942 fiel Japan in Indonesien ein und vertrieb die Holländer. Anfangs empfingen die Einheimischen die Japaner als Befreier. Wenigstens waren die

ka. Im Juni 1945 wurden die Vereinten Nationen gegründet. Die Zahl ihrer Mitgliedsländer wuchs durch das Entstehen neuer Staaten rasch an. In Asien wurden zwischen 1946 und 1965 elf Länder unabhängig, acht davon sind heute Mitglieder der ASEAN-Staaten, darunter auch Indonesien. In Afrika entstanden von 1946 bis 1965 35 neue Staaten.

Die Regierung von Sukarno war links-nationalistisch, so wie in den meisten Ländern, die die Unabhängigkeit anstrebten. Die Unabhängigkeit sollte die Ausbeutung des Landes durch die Kolonialherren beenden und Verbesserungen der Situation der Bevölkerung mit sich bringen. Die Reichtümer des Landes, insbesondere die Bodenschätze sollten Indonesien selber zugutekommen. Sukarno betrieb eine gemäßigte und tolerante Politik, sowohl gegenüber der Religion als auch gegenüber der kommunistischen Partei (PKI). Er formulierte die bis heute gültige Staatsideologie Pancasila, die auf einen Ausgleich und Toleranz zwischen den verschiedenen Völkern und Religionen Indonesiens abzielt und sechs Religionen bzw. Konfessionen offiziell anerkennt (Islam,

des US-Kapitals in der Region zu sichern und die koloniale Ordnung durch eine neue weltweite neokoloniale Ordnung unter Vorherrschaft der USA zu ersetzen. Es ging um die Gewinne der US-Konzerne. Der IWF forderte 1960 harte Sparmaßnahmen für einen Kredit, was die Armen belastete. Es sollte verhindert werden, daß das Eigentum der Konzerne in die Hände der Völker fällt. Mao hatte Sukarno 1964 geraten, bewaffnete Milizen aufzustellen, um einem Putsch zu verhindern, denn die PKI war unbewaffnet, was aber nicht erfolgte.

Neue Ordnung

Nach einem angeblichen kommunistischen Putschversuch am 30. September 1965, bei dem sechs Sukarno-treue Generäle ermordet wurden, übernahm das rechtsradikale Militär die Macht. Was genau geschah, ist bis heute unklar. Der Putschversuch war von einer obskuren „Bewegung 30. September“ inszeniert worden, weder die PKI noch Sukarno waren darin verwickelt. Der Verdacht einer False-Flag Operation, bei der das Militär diese sechs Generäle entführte und tötete, um einen Vorwand zum Putsch zu haben, läßt sich nicht ausräumen. Die offizielle Version, die gleich nach der Machtübernahme von Suharto in die Welt gesetzt wurde, die die meisten Indonesier noch bis heute glauben und die auch in den Geschichtsbüchern steht, geht so: Kommunisten wollten die Macht übernehmen und entführten sechs Generäle der Armee. Die Putschisten folterten sie mit Rasierklingen und stachen ihnen die Augen aus, während GERWANI-Frauen nackt dazu tanzten und ihnen die Genitalien abschnitten. Die Leichen wurden in einen Brunnen geworfen. Bereits nach 12 Stunden war der Putschversuch niedergeschlagen. Der Machtwechsel war von der CIA von langer Hand vorbereitet worden. Am Tag nach dem Putsch wurden alle Medien, außer denen des Militärs und der amerikanischen Sender, verboten. Gleichzeitig begann eine Propagandakampagne im ganzen Land, welche die Kommunisten als gottlose brutale Mörder darstellte. Damals gab es noch kein Internet und keinen Zugang zu alternativen Informationen. Es zirkulierten nur die Gräuelmärchen der neuen Machthaber. Das systematische Massenmorden begann im Oktober 1965. Es war ein Vernichtungsfeldzug gegen alle „Kommunisten“ und gegen die Arbeiterbewegung. Daneben wurden auch viele chinesisch-stämmige Indonesier umgebracht. Ein Jahr später, im Juli 1966, waren wenigstens eine Million „Kommunisten“ tot, ermordet, vor allem von vom Militär dafür angeheuerten und ausgebildeten Milizen als Todesschwadronen und von radikalislamistischen Kräften. Die Todeslisten waren bereits aufgestellt, die US-Botschaft hatte diese den indonesischen Sicherheitskräften mit den Namen führender PKI-Kader übermittelt, sie hatten bessere Informationen als das indonesische Militär. Zudem lieferten Manager amerikanischer Firmen die Personalien von unbequemen aufrührerischen Arbeitern in ihren Betrieben und Plantagen. Die Todeskommandos holten die Gefangenen nachts aus den Gefängnissen und von zu Hause ab und ermordeten sie im Auftrag der Militärjunta. Die Transporte zum Ort der Exekution wurden vom Militär begleitet und abgeschirmt.

Die Leichen wurden in den Fluß geworfen. Die Opfer wurden nicht offiziell hingerichtet, sie verschwanden mitten in der Nacht. Es gab keine Informationen darüber, was genau geschah und das erzeugte noch mehr Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung. Wer verhaftet wurde, tauchte meist nicht mehr auf.

Die Plantagen wurden zu Arbeitslagern für Kommunisten und solche, die beschuldigt wurden, es zu sein. Wer arbeitsunfähig war, wurde liquidiert. Das Militär war in den Fabriken präsent und überwachte die Arbeitssklaven. Die Todeslisten wurden zwischen der indonesischen Junta und der CIA systematisch abgestimmt und abgehakt. Die USA lieferten der Junta finanzielle, logistische Unterstützung und Waffen, teilweise über Thailand oder die Philippinen, um gegen die „Kommunisten“ vorzugehen. Auch Taiwan und Südkorea sowie die schwarz-gelbe Bundesregierung und der BND unter Alt-Nazi Gehlen unterstützten Suhartos „neue Ordnung“ mit Logistik und Waffenlieferungen.

Und heute?

Keiner der Täter wurde bisher zur Rechenschaft gezogen, keiner der ehemaligen politischen Häftlinge wurde je entschädigt. Die Pogrome gegen die PKI gerieten zunehmend außer Kontrolle und wurden zu einem Amoklauf, wobei auch persönliche Rechnungen unter dem Deckmantel des Antikommunismus beglichen wurden. Die treibende Kraft dahinter jedoch waren die USA. Je schwächer die Linke desto zufriedener war Washington. Die Täter sind immer noch an der Macht und laufen frei herum. Sie sind reich geworden, haben reiche Freunde und Gönner in der Wirtschaft und in der Staatsverwaltung. Sie brüsten sich öffentlich für ihr „entschlossenes Handeln zum Wohl der Nation“ und sehen sich als Helden. Die Menschen haben Angst vor ihnen. Es gibt Museen zu Ehren der Diktatur. Die Massenmorde werden von offizieller Seite entweder geleugnet oder als spontane Racheakte der Zivilbevölkerung aus Wut auf die Kommunisten dargestellt.

Das Thema „1965“ ist in Indonesien tabu, es bestehen enge Verbindungen zwischen den damaligen Tätern und den heutigen Amtsträgern. Eine der rechtsextremen paramilitärischen Killerbanden war die Pancasila Youth, die heute noch existiert und mindestens drei Millionen Mitglieder hat. (https://en.wikipedia.org/wiki/Pancasila_Youth) Neben der Ermordung von Kommunisten war deren Geschäftsfeld Erpressung und sogenannte „Sicherheitsdienste“. In den Schulen wird die Zeit unter Suharto kaum behandelt. Die Schuld an dem Gemetzel wird allein den Kommunisten zugeschrieben. Die Kommunistische Partei ist immer noch verboten. Die Kommunisten störten in den Augen der USA nur ihre Geschäfte. Jede soziale Maßnahme einer Regierung, sei es eine Landreform, eine Regulierung der Wirtschaft, Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung und jede Gewerkschaft wird von den Amis als kommunistisch eingestuft. Neue Investitionsgesetze schufen nach dem Putsch die Grundlage für die Ausbeutung von Indonesiens Rohstoffen durch westliche Unternehmen. Die moderate pro-chinesische Politik unter Sukarno wurde zu

einer brutalen pro-amerikanischen antikomunistischen Politik unter Suharto, der die Beziehungen zu China abbrach. Es war die Liquidierung der drittgrößten kommunistischen Partei und ein Schlag gegen die Führer der Bewegung der dritten Welt. Nehru war 1964 gestorben, Sukarno wurde 1967 endgültig von der Macht entfernt. Die Geschehnisse 1965 waren zugleich ein Experimentierfeld und Drehbuch zum weiteren Vorgehen der rechtsradikalen Kräfte in der US-Politik und der CIA in Lateinamerika und Afrika gegen die „Ausbreitung des Kommunismus“. „Jakarta“ wurde zum Schlachtruf der rechten Putschisten in aller Welt, es war die Aufforderung zum Sturz linker Regierungen, zum Massenmord und „Verschwindenlassen“ aller Gruppierungen, die sich dem US-Imperialismus entgegenstellten. „Jakarta kommt“ wurde 1973 in Chile von rechtsextremen Gruppierungen auf Häuserwände und Mauern geschmiert.

KLJ



„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

Berichtigung

RF 321, Oktober 2024, S. 16, „Über den Beginn des Befreiungskampfes der Frauen in Zentralasien“, Spalte 1., 2. Absatz:

Clara Zetkin lebte nicht bis 1930, sondern bis zum 20. Juni 1933. Sie hielt ihre letzte öffentliche Rede als Alterspräsidentin und kommunistische Abgeordnete im neuen Reichstag im August 1932.

Afghanistan oder Talibanistan?

Im August 2021 haben die Taliban die größte Militärmacht der Welt aus Afghanistan vertrieben. Das war die epochale Niederlage der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Vietnamdesaster. Die islamischen Fundamentalisten proklamierten ihr „Islamisches Emirat Afghanistan“. Aus Afghanistan wurde ein Talibanistan. Nach drei Jahren ist es an der Zeit, eine nüchterne und unvoreingenommene Evaluierung der Herrschaft der Taliban und deren unmittelbare innen- und außenpolitische Wirkung vorzunehmen.

Als die politische und militärische Elite der USA erkennen mußte, daß sie nicht in der Lage sein wird, die Taliban militärisch zu besiegen, hat sie ihre zuvor allgemein verbreitete These, Al-Qaida und die Taliban seien Terroristen und müßten bekämpft werden, insofern relativiert, daß Al-Qaida eine internationale, während die Taliban eine nationale Agenda hätten. Schon seit 2007 haben die USA heimlich mit ihnen in Doha, der Hauptstadt des katarischen Emirats, verhandelt. Die US-Delegation wurde vom NEOCON-Ameriko-Afghanen Zalmay Khalilzad und die Taliban-Delegation von Sher Mohammad Abbas-Stanikzai, dem derzeitigen Staatssekretär im Außenministerium des Taliban-Regimes, geleitet. Im Ergebnis der Verhandlungen mußten sich die USA verpflichten, ihre Armee und die ihrer NATO-Entourage bis Ende August 2021 vollständig aus Afghanistan abzuziehen. Am 30. August 2021, um 23:59 Uhr verließ US-Generalmajor Christopher Donahue, Kommandeur der 82. US-Luftlandedivision, den Kabuler Flughafen. Am 15. August 2021 hatten die Taliban die Hauptstadt Kabul ohne Widerstand eingenommen und ihr „Islamisches Emirat Afghanistan“ proklamiert. Die Mitglieder des durch und durch korrupten US-Marionetten-Regimes von Ashraf Ghani hatten, wie bei Räuberbanden üblich, das Land mit Koffern voller Dollars verlassen.

Die Errungenschaften des Taliban-Regimes

Mit dem Rückzug der US- und NATO-Einheiten aus Afghanistan war der zwanzigjährige Krieg und damit die Bombardierungen, Zerstörungen und das Morden beendet. Niemand brauchte sich mehr vor NATO-Kampffjets, Kanonen und Drohnen zu fürchten. Darüber hinaus haben die Taliban die Sicherheit im ganzen Land hergestellt. Die davor allgemein verbreiteten Überfälle, Raub und Mord wurden gestoppt. Die Menschen mußten in der Nacht nicht mehr in ihren Häusern Wache halten, sie konnten ihrer Arbeit nachgehen, ohne auf dem Wege beraubt oder zum Teil wegen des Besitzes eines Smartphones getötet zu werden. Die Familien mußten nicht mehr zittern, ob ihre Kinder nach der Schule oder

ihre Männer nach der Arbeit heil nach Hause kommen. Allein 2023 sind 16 000 Kleinkriminelle verhaftet worden, wie der Sprecher des Innenministers, Abdul Matin Qane, berichtete. Darüberhinaus sind die Taliban zur Freude der Bevölkerung gegen Korruption vorgegangen, z.B. in allen staatlichen Institutionen, in denen zuvor Bestechung alltäglich war. Diese Tatsache ist in der Bevölkerung honoriert worden. Die Talibankämpfer, die zuvor an Anschlägen beteiligt waren, wurden über Nacht zu ihren Beschützern. Das war es dann aber auch mit den positiven Taten.

Das Verbrechen des Regimes an Frauen

„Keine Sorge, alles wird gut“, hatte der damalige pakistanische Geheimdienstchef Faiz Hameed im September 2021 den nach Kabul mitgereisten Journalisten angekündigt. Nach ihren Versprechungen begannen die



Zerstörte Häuser in Kabul 2004

Taliban, zunächst schrittweise zurück in die Vergangenheit zu gehen und leiteten dies mit einem unerklärten Krieg gegen die Frauen ein, obwohl sie nach ihrer Machtübernahme erklärt hatten, sich im Vergleich zu ihrer ersten Herrschaft 1996 bis 2001 mäßigen zu wollen. Sie versprachen Schulen für Mädchen, das Studium für junge Frauen und Tätigkeiten für arbeitsfähige Frauen zu garantieren. Vorausgesetzt, es gäbe geeignete Einrichtungen, die eine Geschlechtertrennung ermöglichten und die noch gebaut werden sollten. Nichts davon ist nach drei Jahren realisiert worden. Die regierenden Islamisten in Afghanistan verfolgen eine Bildungspolitik, die an finsterste Zeiten erinnert. Der kommissarische Ministerpräsident Mullah Mohammad Hassan Achund stellte öffentlich klar: „Solange ich am Leben bin, werden die Mädchenschulen nicht geöffnet werden dürfen.“ Die Isolation und Unterdrückung der Frauen hat inzwischen eine unerträgliche und einmalige Dimension erreicht. In keinem islamischen Land werden Frauen so behandelt wie in Talibanistan. Sie dürfen nicht mehr arbeiten, obwohl in vielen Familien die Frauen die einzigen Ernährerinnen sind. Journalistinnen wird eine Teilnahme an Pressekonferenzen untersagt. Eine Frau darf sich nicht ohne einen männlichen Verwandten in

der Öffentlichkeit bewegen oder zum Arzt gehen. Selbst die nur für Frauen vorgesehenen Parks dürfen sie nicht besuchen. In der Öffentlichkeit dürfen sie keine Schuhe mit Absätzen tragen, mit niemandem reden und sie müssen eine Maske tragen. Als ob das alles noch nicht genug wäre, hat der oberste Führer des Taliban-Regimes einen neuen „Tugenderlaß“, wohl eher „ein Manifest der Entrechtung“ verkündet, wie das Justizministerium am 22. August 2024 mitteilte. Darin wird noch einmal betont, daß die Frauen in der Öffentlichkeit stumm bleiben müssen, weil ihre Stimme „intim“ sei, und es sei ihnen verboten zu singen, Gedichte zu rezitieren oder vorzulesen, heißt es etwa in Artikel 13 des Erlasses. „Männer anzusehen sowie allein im Taxi zu fahren“, ist ebenfalls verboten. Bei Mißachtung dieser Regeln können Frauen und ihre Angehörigen verwarnt und

später sogar verhaftet werden. Laut einer Umfrage der UN-Frauenorganisation befinden sich 90 % der Frauen in äußerst schlechter psychischer Verfassung. „Acht Prozent gaben an, mindestens eine Frau zu kennen, die versucht habe, sich das Leben zu nehmen.“

Für die Umsetzung und Überwachung aller erlassenen Maßnahmen ist das Taliban-Ministerium für die „Förderung der Tugend und Verhinderung des Lasters“ zuständig. Dort arbeiten als Handlanger des Talibanführers, vom Minister bis in die unteren Ränge, die ungebildeten, konservativsten, primitivsten und reaktionärsten Taliban-Mitglieder. Das Alltags-

leben in Talibanistan ist inzwischen nicht nur für das weibliche, sondern auch für das männliche Geschlecht zur Hölle geworden. Wer kann, der verläßt das Land.

Bilanz des Grauens

Der Leiter des Obersten Gerichtshofs der Taliban, Abdul Malik Haqqani, hatte bekanntgegeben, daß das Gericht bis Anfang Mai 2023 insgesamt 175 Qisas-Urteile (Wiedervergeltung), 37 Steinigungsurteile und vier Urteile, bei denen auf die Menschen eine Mauer gestürzt wird, verhängt habe und angekündigt, die Urteile würden „Schritt für Schritt“ vollstreckt, sobald sie vom Führungsrat und dem Taliban-Kabinett genehmigt würden. Der Talibanführer Heibatullah Achundsada hatte alle Gerichte angewiesen, die Urteile von Qisas zu vollziehen, und religiöse Gesetze sollten sorgfältig auf Übereinstimmung mit der islamischen Scharia geprüft und dann der Führung zur Genehmigung vorgelegt werden. Wenn die Entscheidungen „sorgfältig getroffen würden, sieht das Islamische Emirat kein Hindernis für ihre Umsetzung“, sagte Haqqani.

Die Wirtschaftspolitik der Taliban

Über 20 Jahre Krieg und Besetzung Afghanistans durch USA und NATO haben die

Fundamente der afghanischen Wirtschaft zerstört. Die US-Marionetten-Regimes von Hamid Karzei bis Ashraf Ghani haben eine Politik der offenen Tür betrieben und damit die Binnenwirtschaft fast vollständig zum Erliegen gebracht. Afghanische Produzenten waren nicht in der Lage, mit den ausländischen Konzernen zu konkurrieren. Nach dem Rückzug der NATO ist die afghanische Wirtschaft zusammengebrochen. Die sogenannte Internationale Gemeinschaft hat in den 20 Jahren ihrer Präsenz keine nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen geschaffen. Im Gegenteil. Es existierte lediglich eine Dienstleistungsökonomie für die Versorgung der NATO, von NGOs und weiterer internationaler Organisationen. Afghanen waren im Dienste der USA und der NATO Putzkräfte, Dolmetscher, Spione usw. Professoren haben an den Universitäten ihre Stellen gekündigt und bei ausländischen Organisationen gearbeitet, weil sie dort Dollar verdienen konnten. Dazu kam noch die Drogenökonomie. In diesen Zweigen waren – angefangen vom Anbauer bis zur Familie des Präsidenten – viele Personen verwickelt. „Als die Taliban im April 2022 ihr Drogenverbot verkündeten, wurde in Afghanistan auf rund 220 000 Hektaren Schlafmohn angebaut. [...] Außer im entlegenen Nordosten des Landes, wo die Kontrolle der Taliban weniger stark als in ihren Kerngebieten im Süden ist, ist der Mohnanbau damit praktisch zum Erliegen gekommen.“ Nach Angaben der UNO brach der Mohnanbau im Jahre 2023 „um 95 Prozent ein“. Damit verloren die Bauern „Einnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar“, berichtete am 12. September 2024 die Denkfabrik „International Crisis Group“.

Als die Taliban im August 2021 die Macht übernahmen, erbten sie ein Land mit einer zerstörten Wirtschaft. Dazu kamen noch die westlichen Sanktionen vor allem seitens der USA. Diese haben 13,5 Milliarden afghanischer Guthaben, die auf US-Banken geparkt waren, beschlagnahmt. Die Folge ist, daß über die Hälfte der Bevölkerung vom Hungertod bedroht ist. In einem UN-Bericht wird darauf hingewiesen, daß der Machtwechsel 2021 das Land in eine „wirtschaftliche und soziale Katastrophe“ geführt habe.

Die afghanische Wirtschaft befindet sich nach Einschätzung der Vereinten Nationen in einer Abwärtsspirale, stabilisiere sich aber in einigen Bereichen auf einem sehr niedrigen Niveau. So wurde die am Boden liegende Konsumgüterindustrie wiederbelebt. Es wurden auch hier und dort Straßen asphaltiert oder neu gebaut. Selbst in Kabul entstehen neue Straßen durch Wohnviertel, wobei aber auch viele Wohnungen zerstört werden.

Vor der Machtübernahme der Mujaheddin 1992 hatten die Anhänger der Partei Jamiat Islami – auf Anordnung ihres Warlords Ahmad Schah Masud – das 100-Megawatt-Wasserkraftwerk Nughlu 40 km östlich von Kabul, welches die afghanische Hauptstadt mit Strom versorgt hatte, zerstört. Danach haben sie sämtliche Strommasten abmontiert und auf dem pakistanischen Markt verkauft. Seitdem litt Afghanistan unter Strommangel. Inzwischen liefert der nördliche Nachbar Usbekistan einen großen Teil des benötigten Stroms an das Land. Dieser reicht aber

nicht aus, und wenn die Taliban sich nicht an den Vertrag halten und nicht rechtzeitig zahlen, wird die Lieferung eingestellt. Auch die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist selbst in Kabul nicht gewährleistet.

Die Taliban erpressen das Volk

Die am besten funktionierende administrative Maßnahme des Taliban-Regimes sind die Steuereinnahmen. In Zusammenarbeit mit ihrem Moschee-Vorsteher kann niemand seine Tätigkeit vor den Taliban verheimlichen. Selbst von den fliegenden Händlern auf dem Basar werden täglich Gebühren kassiert. Die Händler mit Holz-Karren werden gezwungen, ihren alten Karren abzugeben und die von den Taliban neu lackierten Karren zu leihen und dafür Gebühren zu zahlen. Schilder vor Geschäften, Apotheken, Ärzten usw. werden gemessen und je nach Größe des Schildes Gebühren erhoben. Wer sich beschwert, wird geprügelt und seine Ware konfisziert. „Sie haben meine Waren im Werte von 17 000 Afghani (220,46 €) beschlagnahmt“, schrie ein Händler in Kabul. Die Menschen wollen Arbeit und Brot. „Ich kann aus Scham abends meiner Familie nicht in die Augen sehen, weil ich nicht in der Lage war, meinen hungrigen Kindern was zum Essen zu besorgen“, sagte Mawlawi Haqyar Gosarsadah vor laufender Kamera.

Um die Steuereinnahmen zu erhöhen, wurde auch die rückwirkende Besteuerung von Vermögenswerten und Immobilien erhoben. Diese stellt eine schwere Belastung für die Bürger dar. Nach Angaben der Weltbank hat das Taliban-Regime zwischen März 2022 und März 2023 ca. 2,2 Milliarden US-Dollar an Einnahmen erzielt. Hierbei spielten die effektiven Steuereinnahmen an den Grenzen des Landes eine wichtige Rolle. Durch solche rabiaten Maßnahmen gelingt es dem Taliban-Regime, seine Kassen zu füllen.

Ausverkauf der nationalen Naturressourcen

Afghanistan besitzt einen enormen Reichtum an Bodenschätzen, die unter den Bergen des Landes schlummern. Ihr Wert wird auf über eine Billion US-Dollar geschätzt. Sie bestehen neben dem aktuell sehr gefragten Lithium aus Gold, Edelsteinen, wie Smaragde und Rubine, Halbedelsteinen Jade, seltenen Erden, Uran, Kupfer, Zink, Erdgas, Öl, Kohle, Eisen, Chromeisenerz, Schwefel, Blei und Marmor. Neben einheimischen Unternehmen (oft im Besitz von ehemaligen oder aktiven Warlords) haben sich Konzerne aus der VR China, Iran, der Türkei und selbst aus Großbritannien bereits Schürfrechte gesichert. Wie das britische „Center for Information Resilience“ berichtete, hat das Taliban-Regime seit 2021 über 200 Bergbaukonzessionen vergeben. Nach Angaben der Weltbank stiegen die Staatseinnahmen Afghanistans im April/Mai 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 22 Prozent, eine Steigerung, die hauptsächlich den Minen und Ölfeldern zu verdanken ist.

Afghanistans Perspektive als Talibanistan

„Ob die Internationale Gemeinschaft unsere Regierung anerkennt oder nicht, hat für uns keine Bedeutung“, bemerkte selbstbewußt

der amtierende Innenminister des Taliban-Regimes, Serajuddin Haqqani, im Juli 2023. Wenn jetzt auf internationaler Ebene der Ruf laut erschallt, den Druck auf das Regime am Hindukusch zu erhöhen, „geht das in die falsche Richtung. Das Gegenteil ist richtig.“ Die Aussage von Haqqani und der Tugenderlaß zeigen in aller Deutlichkeit, wie wenig Ächtung und Sanktionen bei den Taliban bewirken. „Druck mag dem Ausland das wohlige Gefühl geben, ‚dem Bösen‘ mutig entgegenzutreten. Bei den Taliban erzeugt das jedoch allenfalls Trotz. Und den Frauen Afghanistans ist kein bißchen geholfen. Denn sie leiden am meisten unter wirtschaftlicher Misere und internationaler Isolation.“

Ob es uns gefällt oder nicht, wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß das Taliban-Regime in absehbarer Zeit eine afghanische Realität bleiben wird. Als der erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer darauf angesprochen wurde, warum er so viele Angehörige des ehemaligen faschistischen Staates in seiner Regierung aufgenommen habe, bemerkte er: „Man schüttet kein schmutziges Wasser weg, solange man kein sauberes hat.“ Uns Afghanen geht es genauso. Die einzige militante Organisation, die dem Regime etwas Ärger bereitet, ist der Islamische Staat Khorasan (ISKH), deren Zahl von der UNO auf 2000 bis 3500 geschätzt wird. Sie terrorisieren die schiitische Minderheit der Hasara und töten ab und zu Taliban-Funktionäre. Aber eine ernstzunehmende Gefahr sind sie nicht. Auch das jährliche Treffen der alten Räuberbanden und von Überresten des Karzai- und Ghani-Regimes, die sich auf Einladung einiger österreichischen Träumer in Wien um den selbsternannten Führer des nationalen Widerstands unter der Führung von Ahmad Masud versammeln, ist nichts außer Palaver und endet stets mit Selbstlob. Die USA arbeiten inzwischen bei der „Terrorbekämpfung“ und bei der Zurückdrängung der Rauschgiftproduktion mit dem Taliban-Regime zusammen.

Der SPD-Politiker und Vorsitzende des Afghanistan-Untersuchungsausschusses im Bundestag, Ralf Stegner, empfahl gegenüber dem Tagesspiegel vom 16. August 2024 eine moderate Kurskorrektur der deutschen Afghanistanpolitik. Niemand verlange, „daß wir der Taliban-Regierung einen roten Teppich ausrollen und Diplomaten nach Afghanistan schicken“. Ratsam wären jedoch bessere Kontakte nach Kabul, „wenn wir für die Menschen dort etwas erreichen wollen“.

Wer sich weigert, mit den Taliban zu sprechen, hat überhaupt keinen Einfluß auf das, was in dem Land passiert. Ich spreche bewußt nicht von den gemäßigten Taliban, die es kaum gibt. Aber es gibt realistische Kräfte auf der Führungsebene, die man u.a. mit einer projektgebundenen Entwicklungshilfe für Gespräche und Zusammenarbeit gewinnen könnte. Deren Einfluß zu stärken, wäre ein wichtiger Schachzug und könnte die Kräfteverhältnisse innerhalb der Taliban verändern. Dies wäre sowohl national als auch international von großer Bedeutung.

Die großen Schlachten des Jahres 1944 im Großen Vaterländischen Krieg vor 80 Jahren (Teil 3)

Der Kampf zur Befreiung der Ostukraine und die Befreiung der Stadt Kiew

Nach der Kursker Schlacht und dem Verlust der strategischen Initiative glaubte das faschistische Oberkommando, durch den Übergang zur strategischen Verteidigung auf der ganzen Front das Vordringen der Roten Armee aufzuhalten, um seine Kräfte neu zu gruppieren. Weiterhin war das Ziel, die für den deutschen Staat wichtigen Gebiete der Stahl- und Kohleindustrie, der Getreidewirtschaft, vor allem im Donbass, zu sichern, die Herrschaft über das Schwarze Meer nicht zu verlieren sowie den Schutz der Meeresküsten Rumäniens und Bulgariens zu gewährleisten. Dazu sollte auf breiter Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer ein gut ausgebauter Verteidigungsgürtel, der sogenannte Ostwall, errichtet werden. Unter Ausnutzung natürlicher Wasserhindernisse – vom Tschutsker See, dem Fluß Narva, den Städten östlich von Pskow, Witebsk, Orsch, Gomel entlang der Flüsse Sosch und Dnepr bis zum Fluß Molotznaja – sollte so eine „unüberwindbare Verteidigung“ geschaffen werden, um die Wende im Krieg zu erreichen. Dazu setzte die faschistische Wehrmacht in der Südrichtung zum Erhalt der Ukraine Teile der Heeresgruppe (HGr) „Mitte“, die HGr „Süd“ und die HGr „A“ auf der Krim ein, die im Verlaufe der Abwehrkämpfe immer wieder mit Kräften von anderen Abschnitten und von der Westfront verstärkt werden mußten.

Bereits im Verlaufe der „Kursker Schlacht“ hatte das Hauptquartier des Obersten Befehlshabers der Roten Armee die Ziele für die weiteren Operationen zur Zerschlagung der faschistischen Wehrmacht in der süd-westlichen strategischen Richtung (der Hauptrichtung) durch die Zentral-, die Woronescher-, die Steppen-, die Südwest- und Südfront festgelegt. Die Aufgabe bestand darin, zum Dnepr vorzustoßen, ihn an mehreren Abschnitten zu forcieren und Teile der HGr „Mitte“ und der HGr „Süd“ zu zerschlagen. In der westlichen strategischen Richtung erhielten die Kalininer-, die Westliche- und die Bransker Front die Aufgabe, den Gegner in Richtung Smolensk zurückzudrängen und so günstige Bedingungen für den Hauptschlag in süd-westlicher Richtung zur Befreiung der Ukraine links des Dnepr und des Donbass zu schaffen. Die strategischen Angriffsoperationen wurden als eine Reihe aufeinanderfolgender Operationen in mehreren Richtungen und mit Angriffen auf breiter Front so geführt, um die gegnerischen Truppen voneinander zu trennen, einen Übergang zur Verteidigung der faschistischen Wehrmacht am Dnepr zu verhindern und nachfolgend diese zu zerschlagen. Der Kampf um die Befreiung der Ukraine, der Krim und Sewastopol wurde in mehreren strategischen Operationen durchgeführt, die am 26. August 1943 begannen und Ende August 1944 mit der Befreiung der Westukraine endeten. Die bedeutsamsten dabei waren: (1)

1. Die Dnepr-Karpaten Angriffsoperation vom 26.8.1943 bis 17.4.1944 zur Befreiung der Ostukraine bis Bug und linkes Ufer des Dnepr sowie der Hauptstadt Kiew durch die 1., 2., 3., 4. Ukrainische Front gegen die HG „Süd“ & „A“ der Wehrmacht,
2. die Shitomir- Berditschewsk- und die Korsun-Schewtschenko Angriffsoperationen vom 24.12.1943 bis zum 17.4.1944, durch die 1., 2., 3., 4. Ukrainische Front gegen Teile der HGr Mitte (9A), die HG „Süd“ zur Befreiung der Westukraine,
3. die Odessaer Angriffsoperation vom 26.3. bis 14.4. 1944 zur Befreiung von Odessa durch die 3. Ukrainische Front und die Schwarzmeerflotte gegen die HG „A“,
4. die Krim-Offensive zur Befreiung der Krim und Sewastopol vom 26.3. bis 12.0.1944 durch die 4. Ukrainische Front gegen die 17. Armee der Wehrmacht,
5. die Lwow-Sandomirsker Angriffsoperation zur Befreiung der Westukraine vom 13.7. bis 29.8. 1944 durch die 1. Ukrainische Front gegen die HG „Nordukraine“.

Im Rahmen der Dnepr-Karpatenoperation spielte die Befreiung der Ostukraine bis zum linken Ufer des Dnepr als erste große Schlacht zur vollständigen Befreiung der Ukraine eine entscheidende Rolle. Stalin und dem Oberkommando war klar, daß diese Aufgabe schwierig werden kann, da der Gegner mit allen Mitteln versuchen wird, unter Ausnutzung der vielen Flußläufe im Vorfeld zum Dnepr die Rote Armee aufzuhalten und im Falle eines erzwungenen Rückzugs eine „Verbrannte Erde“ zu hinterlassen. Auf diese Gefahr wies auch Stalin am 25.8. nach der durchgeführten Sitzung des Staatlichen Verteidigungskomitees hin, als er sich von Schukow und Antonow nochmals kurz die Lage an den Fronten melden ließ und ihnen dann zum Schluß die Wichtigkeit der Operation um den Dnepr darlegte: *„Das wichtigste ist zur Zeit der Zugang zum Dnepr und dem Fluß Molotznaja. Und noch eine Bedeutsamkeit, warum ich Sie bitte, schneller zu handeln: Die Hitlerleute werden beim Rückzug alles im Donbass zerstören – die Schächte, die Fabriken, die Städte, die Bevölkerung, werden die Frauen und Kinder umbringen. Das muß verhindert werden, deshalb ist es notwendig, so schnell wie möglich die Deutschen hinter den Dnepr zurückzuschlagen.“* (2) Wie recht er damit hatte, zeigten die Handlungen der Wehrmacht beim Rückzug, wo auf Hitlers Befehl „der Verbrannten Erde“, dieser durch die HGr Mitte unter Feldmarschall Mannstein verwirklicht wurde.

Nach nochmaliger Präzisierung wurden der Zentralfront unter dem Oberbefehlshaber (OBH) Armeegeneral (AG) Rokossowski, der Woronescher Front, OBH AG Watutin, und der Steppenfront, OBH AG Konew, die Aufgabe gestellt, die Wehrmacht bis zum Dnepr zurückzuschlagen und durch Bildung von Brückenköpfen aus der Bewegung heraus günstige Voraussetzungen für die weiteren Handlungen

zu schaffen. Die drei Fronten hatten zu Beginn der Operation 1.580.000 Mann, 1.180 Panzer und SFL, 30.245 Geschütze und Granatwerfer und 1.700 Flugzeuge in ihrem Bestand. Ihnen standen Teile der HG Mitte und die HG „Süd“ mit insgesamt 700.000 Mann, ca. 1.200 Panzer und Sturmgeschütze, und 900 Flugzeuge gegenüber. (3) Am 26.8. gingen die Zentralfront und die Woronescher Front und einen Tag später die Steppenfront zum Angriff über. Nach erbitterten Kämpfen im Vorfeld zum Dnepr forcierten sie die Desna und befreiten am 2. September durch die Woronescher Front die Stadt Sumi, durch die Steppenfront am 9. September Tschernigow, erreichten mit Vorausabteilungen den Fluß Prypjat und danach mit Unterstützung ukrainischer Partisanen unter Bildung weiterer Brückenköpfe den Dnepr. Die Steppenfront befreite am 23.9. Poltawa und konnte Ende September am rechten Ufer des Dnepr, auch hier mit Unterstützung der Partisanen, mehrere Brückenköpfe bilden. Am 22.9. erreichten die Truppen den Dnepr im Raum Kiew. Stalin forderte von Schukow, die Befreiung der Hauptstadt der Ukraine zu beschleunigen, da dies auch große politische Bedeutung hatte. Stalin wollte mit dem Erfolg der Zerschlagung der faschistischen Truppen links des Dnepr und der Befreiung der Hauptstadt der Ukraine zum ersten Treffen während des Krieges am 28.11. bis 1.12.1943 in Teheran mit Roosevelt und Churchill fahren. In Teheran ging es um wichtige Beschlüsse der Kriegsführung. Stalin konnte sich bei dem gefaßten Beschluß, am 1. Mai 1944 die zweite Front in Europa zu eröffnen, entgegen dem britischen Vorschlag, die Kampfhandlungen im Mittelmeer fortzusetzen, durchsetzen, auch mit der Zusage entsprechender Angriffsoperationen der Roten Armee, die Kampfhandlungen der Alliierten zu unterstützen.

Die Kämpfe zur Eroberung Kiews waren sehr hartnäckig. Mehrere Versuche waren erfolglos, da auch die Wehrmacht die Einnahme der Hauptstadt verhindern wollte. Die Kämpfe um den Dnepr hatten viel Kraft gekostet und erforderten eine kurze Kampfpause, um eine stärkere Gruppierung für die weiteren Handlungen zu schaffen. Danach nahmen die drei Fronten sowie die Süd- und die Südwestfront – seit dem 20.10. in Belorussische 1., 2., 3., 4. Ukrainische Front umbenannt – die Offensive wieder auf. Am 5./6. November wurde durch die 1. Ukr. Front, mit dem Einsatz der 3. PA, der 2. LA, eines Artillerie-Durchbruch-Korps und vier weiteren Armeen, unterstützt durch die Tschechoslowakische Brigade unter dem Befehl von Ludwig Swoboda (2), Kiew befreit. 778 Tage hatten die Faschisten Kiew besetzt. Von den ehemals 900.000 Einwohnern lebten nach der Befreiung noch 180.000. Sie waren umgebracht, vergast und mehr als 100.000 zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht worden. (4) Zu Ehren der Befreiung Kiews wurde in Moskau ein großer Ehrensäul geschossen.

Die sowjetischen Truppen setzten ihre Offensive fort. Am 12. November wurden Shitomir und fünf Tage später Fastow eingenommen. Die 2. Ukr. Front stieß auf Kriwoi Rog vor, wo sie in schwere Kämpfe verwickelt wurde, konnte aber nördlich Tscherkassij den Dnepr überschreiten. Die 3. Ukr. Front befreite am 25.10. Dnepropetrowsk. Die 4. Ukr. Front durchbrach am 24.10. die gegnerische Verteidigung im Raum Melitopol und erreichte Anfang November die Landenge von Perekop, womit die faschistische HGr „A“ von ihren Landverbindungen abgeschnitten wurde.

Bereits in der zweiten Augushälfte entbrannten auch im Donezbecken heftige Kämpfe. Hier hatte das sowjetische Oberkommando für den Kampf um das Donezbecken mit der Südwest- und Südfront eine starke Gruppierung mit 1.053.000 Mann, 21.000 Geschütze, 1.520 Panzer und SFL und 1.535 Kampfflugzeugen geschaffen. Ihr standen Teile der HGr. „Süd“ mit ca. 540.000 Mann, 5.400 Geschützen, 900 Panzern und 1.100 Flugzeugen gegenüber. (5) Am 23. August 1943 begannen die sowjetischen Truppen ihre Offensive, durchbrachen die gegnerische Verteidigung und konnten am 28. August den faschistischen Truppen ihren Rückzugsweg im Raum Taganrog abschneiden. Der Versuch, über das Asowsche Meer zu entkommen, wurde durch die Asowkriegsflottille vereitelt. Am 30.8. waren Tangorog und am 9. September die Städte Stalino, Makejewka, Gorlowka und Artjemowsk befreit. Am 10. September hatte die Südfront die Hafenstadt Mariupol eingenommen und erreichte am 2. September den Fluß Molotznaja. Die Truppen der Süwestfront forcierten am 25.9. im Raum Dnepropetrowsk den Dnepr. Damit war auch das Donezbecken von den faschistischen Truppen befreit und günstige Bedingungen für die Operationen zur Befreiung der Halbinsel Taman geschaffen, welche die Wehrmacht zur Deckung der Krim und zum Schutz ihrer Truppen an der Küstenflanke im Süden des Asowschen- und des Schwarzen Meeres halten wollte. Durch eine kombinierte Operation der Nordkaukasusfront, OBH General Petrow, mit der Schwarzmeerflotte und der Asowschen Flottille, befreiten diese am 16. September Noworossisk, den Kuban. Den hartnäckigen Widerstand des Gegners überwindend, konnten die Marineinfanterie und Schützentruppen im Raum Kertsch ebenfalls einen Brückenkopf bilden, der bei der Befreiung der Krim wichtig war. Am 10.9. war das Gebiet vollständig vom Feind befreit und die Schlacht um den Kaukasus siegreich beendet. In diesem Kampf zeichnete sich das berühmte Frauenbomberregiment besonders aus und wurde mit dem Ehrennamen „Tamaner Fliegerregiment“ gewürdigt. Ende Dezember hatten die sowjetischen Truppen westlich des Dnepr ihre 23 kleineren Brückenköpfe wesentlich erweitert, so im Raum Kiew einen Brückenkopf auf einer Frontlänge von fast 500 km und einer Tiefe von 150 km und im Raum Kremenschuk mit einer Frontbreite von ca. 400 km und einer Tiefe von 100 km geschaffen. Diese Brückenköpfe schufen günstige Bedingungen für die Eroberung der Westukraine und der Krim. Erstmals wurde für das erfolgreiche Forcieren des Dnepr über

2.500 Rotarmisten, vom Soldaten bis zum General, der Titel „Held der UdSSR“ verliehen. Das faschistische Oberkommando versuchte nun, mit Heranführung frischer Kräfte von der Westfront und Umgruppierungen die HGr „Süd“ zu verstärken, um durch Gegenangriffe die Rote Armee vom Dnepr zurückzudrängen und die Landverbindung zur Krim zurückzuerobern. Bis auf wenige Ausnahmen, wie der Rückeroberung von Shitomir, waren alle Versuche letztendlich ergebnislos. Die Truppen der Zentral-, Woronescher-, der Steppen- und Südwestfront waren auf einer Frontbreite von 700 km, 300 km tief vorgestoßen und hatten 33 Divisionen des Gegners vernichtet. Die faschistische Wehrmacht in der Ukraine hatte damit wesentlich an Kampfkraft verloren und versuchte, diese durch Truppen aus Italien und der Westfront wiederherzustellen. Dies gab den Alliierten in Italien die Möglichkeit, nach der Landung auf Sizilien, bei starker Unterstützung der Partisanenverbände, bis Rom vorzu-

weiter zu erhöhen. Andererseits war das faschistische Oberkommando trotz stark erhöhter Produktion an Kampftechnik, Munition und materieller Mittel und trotz der vielen Kräfte der Verbündeten Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei, nicht mehr in der Lage, seine Verluste an Mannschaften im notwendigen Umfang zu ersetzen.

Wenn man die Namen all der Ortschaften und Städte liest, um die vor mehr als 80 Jahren gekämpft wurde, so stellt man fest, daß heute wieder um die gleichen Städte und Ortschaften gekämpft wird. Es ist Krieg in der Ukraine, aber nicht die Armeekorps der Luganzsker und Donezker Volksrepubliken und nicht Rußland haben diesen Krieg begonnen. Es ist das profaschistische Selenskyj-Regime, das im Bunde mit dem Westen diesen Volksrepubliken ihre Lebensgrundlagen geraubt und von 2014 bis 2022 einen erbarungslosen Feldzug gegen die russischsprachige Bevölkerung mit mehr als 14 000 Toten geführt hat.



Am 5./6. November 1943 wurde das zerstörte Kiew befreit

stoßen. Italien beendete danach den Krieg und erklärte am 3.10.1943 Deutschland den Krieg. Damit war im Dezember 1943 die Ostukraine, bis auf kleinere Ausnahmen, von den faschistischen Truppen befreit und die Schlacht um den Dnepr für die sowjetischen Truppen erfolgreich beendet. Gleichzeitig wurden damit günstige Bedingungen für den schnellen Übergang zur Befreiung der Ukraine und der Krim geschaffen. Nach der Schlacht um den Dnepr zeigte sich bereits hier die qualitativ verbesserte Planung und Organisation des sowjetischen Oberkommandos, der Stäbe der Fronten und Armeen, mehrere strategische Operationen gleichzeitig bzw. aufeinanderfolgend erfolgreich zu planen und durchzuführen. Die Gründe dafür waren sowohl die gewachsenen ökonomischen Möglichkeiten zur allseitigen Versorgung der Streitkräfte mit neuer Kampftechnik in größerem Umfang, mit Munition und allen benötigten Mitteln der materiellen Sicherstellung als auch die gewachsenen Möglichkeiten zur Aufstellung neuer kampfstarker Truppenverbände, um die Verluste auszugleichen und die Anzahl der Verbände

Heute geht es den USA und der NATO mit der Ukraine auf vorgeschobenem Posten darum, Rußlands Sieg im Ukraine-Konflikt zu verhindern und das Land zu „ruinieren“. Dafür ist der Westen bereit, einen neuen Weltkrieg, selbst einen atomaren, zu riskieren. Es ist die Aufgabe und Pflicht aller friedliebenden Menschen, dagegen aufzustehen.

Generalmajor a.D. Sebald Daum
Mansfeld

Quellen:

- (1) Klaus Hesse, Leipzig 2012, „Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU“, Teil 1.2, S. 288 ff.
- (2) Der Große Vaterländische Krieg, (GVK), 1. Halbband, Militärverlag der DDR, Berlin 1975, S. 355 ff.
- (3) Der Zweite Weltkrieg, Militärverlag der DDR 1972, S. 363 ff.
- (4) Der GVK, 1. Halbband, Militärverlag der DDR 1975, S. 380
- (5) Der GVK, 1. Halbband, Militärverlag der DDR 1975, S. 363

Wider den alten und neuen Russenhaß

Den Kern dieser Hofreiter-Aussage (in einem Interview, das Michael Stempel am 12. Februar im ARD-Morgenmagazin mit ihm führte) machen zwei Sätze aus. Sie lauten: „Nämlich – es ist allgemein bekannt in zwischen, daß der russische Präsident Angriffe auf weitere Länder, zumindest, wenn das mit der Ukraine aus seiner Sicht gutgeht, vorhat, und deshalb müssen wir, haben wir das gemeinsame Eigeninteresse, wenn die USA ausfallen, daß wir dann einspringen. Denn wir können nicht wollen, daß Rußland weitere Länder angreift.“

Es kann nicht allgemein bekannt sein, daß Rußland Angriffe auf weitere Länder vorhat. Der Satz müßte heißen: „Es ist allgemein bekannt, daß der Westen spätestens seit dem 24. Februar 2022 behauptet, Rußland wolle weitere Länder angreifen.“

Und es ist allgemein bekannt, daß Rußland spätestens seit der Putin-Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 – schon damals nicht zuletzt vor dem Hintergrund der wortbrüchigen NATO-Osterweiterung – gefordert hat, die russischen Sicherheitsinteressen nicht zu negieren. Und es ist allgemein bekannt, daß der Westen das Gegenteil davon tat und tut. Und nicht nur das. Rußland werden Dinge zum Vorwurf gemacht, die für den Westen seit dem frühen Kalten Krieg Selbstverständlichkeiten waren und sind. Denken wir nur an den Vietnamkrieg, an Jugoslawien, Afghanistan, den Irak oder Libyen. Und das sind nur einige Staaten, die im Rahmen der 75-jährigen Existenz der NATO von dieser oder einzelnen ihrer Mitgliedsstaaten mit Krieg und Regime-Wechseln überzogen wurden. „Einer Studie der Brown University in den USA (zufolge) hat allein der sogenannte War on Terror, dem sich die NATO nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 anschloß, direkt oder indirekt 4,5 Millionen Menschen das Leben gekostet.“ (nd, 4.4.2024)

Julian Assange hat besonders über diese Verbrechen berichtet. Sein Schicksal ist den in der BRD Herrschenden vollkommen gleichgültig. Es wäre zumindest schön, wenn all diese Fakten hierzulande allgemein bekannt wären und nicht so getan würde, als sei ein völkerrechtswidriger Krieg eine russische Erfindung. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so. Vor allem in den alten Bundesländern fällt die russophobe Manipulation bei vielen Menschen auf fruchtbaren Boden. Natürlich gab es einige aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimkehrende Lehrer, die den Krieg gegen die Sowjetunion geläutert ablehnten. Dennoch: In kaum einer Schule, nur selten an Universitäten, in kaum einer Partei oder gesellschaftlichen Organisation wurde seit dem Kriegsende 1945 darüber gesprochen, was die faschistischen Horden – traumatisierend bis in die Gegenwart wirkend – in der Sowjetunion anrichteten. Nicht über die 27 Millionen sowjetischen Kriegstoten, nicht über die Blockade Leningrads und die allein dort verhungerten und erfrorenen eine Million Menschen,

nicht über die weit mehr als 600 niedergebrannten Dörfer in Belorußland. In jedem einzelnen fand ein Massaker an den Dorfbewohnern statt. Nicht über die mehr als drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die in deutsch-faschistischen Straflagern einen grausamen Tod fanden. Nicht darüber, daß die Sowjetunion vertragsbrüchig am 22. Juni 1941 überfallen wurde, in einem weiten Bogen vom Westen Rußlands her. Mit der am 5. März 1995 eröffneten ersten „Wehrmachtsausstellung“ wurde in den alten Bundesländern erstmalig zur Kenntnis genommen, welche monströsen Verbrechen Hitlers Armeen nicht zuletzt in der Sowjetunion begingen. Die Hetze, die daraufhin gegen diese Ausstellung entfaltet wurde, und wie deren Ende in der ursprünglichen Gestaltung damit eingeleitet wurde, ist uns noch in Erinnerung.

Das Aufmarschgebiet des heutigen NATO-Manövers gab es schon einmal. Das alles und vieles andere mehr haben die meisten im Westen Deutschlands nie erfahren und statt dessen am sogenannten Volkstrauertag der fernab für die Heimat Gefallenen gedacht. Und in den Klassenzimmern hingen, zumindest bis 1968, Karten von Deutschland in den Grenzen von 1937. Ganz anders in der DDR. Doch auch die im Osten Deutschlands nach der Wende Geborenen wissen über die ungeheuren Verbrechen, die Millionen Deutsche in der Sowjetunion begingen, nur, wenn Eltern oder Großeltern es ihnen erzählt haben. Deshalb ist es mancherorts so leicht, Menschen einzureden, wer die Sicherheitsinteressen Rußlands für legitim hält und die NATO-Osterweiterung für illegitim, sei ein Putin-Knecht oder ähnliches. Wir sagen es nicht zum ersten Mal: Der Russenhaß, mit dem wir von morgens bis abends auf widerliche Weise konfrontiert werden, zeugt davon, daß die in Deutschland Herrschenden, denen jedes diesbezügliche Schuldbewußtsein fehlt, noch nicht einmal ahnen, was Reue und Demut im Kontext mit dem deutsch-faschistischen Vernichtungskrieg in der Sowjetunion erfordern würden. Sie scheinen eher zu meinen, jetzt sei die Zeit gekommen, in der man endlich einmal über die Russen sagen könne, was man immer schon – seit der Niederlage, wie sie es nennen und nennen – sagen wollte. Um so wichtiger sind alle Stimmen, (...), die sich gegen die Russophobie wenden. Die Russen haben den Westen spätestens seit Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 aufgefordert, ihre Sicherheitsinteressen zu respektieren und einem NATO-Beitritt der Ukraine als rote Linie bezeichnet. (...) Längst schon ist ein Stellvertreterkrieg daraus geworden, täglich befeuert von modernen NATO-Waffen. (...) Dabei ist anzunehmen, daß die NATO-Strategen wissen, daß Rußland keinen Angriff auf die NATO plant. Sie wollen die maximale Schwächung der russischen Föderation, um optimale Ausgangsbedingungen für die Auseinandersetzung mit dem Hauptfeind, der Volksrepublik

China, zu schaffen. Es geht nach wie vor um jene Strategie, die Zbigniew Brzezinski in seinem 1997 erschienen Buch „Die einzige Weltmacht“ entwickelt hat, um die unerfüllbare strategische Absicht der USA zu realisieren, einzige Weltmacht zu bleiben. Nicht Rußland gefährdet den Weltfrieden, sondern der US-Imperialismus und die ihm folgenden Vasallen, nicht zuletzt die deutsche Bundesrepublik.

Es scheint vergessen: Kaum war der deutsche Faschismus besiegt – in erster Linie durch den aufopferungsvollen Kampf der Sowjetunion –, da signalisierten die USA dem sozialistischen Staat: Wir sind die Stärksten. Wir werden nun die Welt beherrschen. Das Signal: Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Seither tobte und tobt mehr oder weniger der Kalte Krieg. Die Sowjetunion und der europäische Sozialismus haben diesen ökonomisch nicht überlebt. Nunmehr geht es dem US-Imperialismus mit der NATO im Schlepptau darum, Rußland zu zerstückeln. Man muß das Vorgehen Rußlands in der Ukraine nicht für richtig halten, um ohne Wenn und Aber die Rußland-Politik des Westens und die NATO abzulehnen. Friedenskampf heißt für uns Linke nicht zuletzt, über diese Zusammenhänge aufzuklären, so schwierig das auch ist.

Thomas Hecker

Redaktionell geringfügig gekürzt

(Aus dem Bericht des Bundesprecherrates an die 22. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, 20. April 2024)

„RotFuchs“ informiert

Am 19. Oktober 2024 fand in Berlin die 11. Zentrale Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins statt. Entsprechend der Geschäftsordnung wurden auf ihr der bisherige Vorstand entlastet und einstimmig aus dem Kreis der gewählten Mitglieder des Vorstands im Einzelverfahren gewählt:

Arnold Schölzel	– Vorsitzender
Wolfgang Dockhorn	– stellvertretender Vorsitzender
Gabriele Parakeninks	– Schatzmeisterin
Bruni Steiniger	– Mitglied

Weder zu kaufen noch zu entmutigen

Gisela Steineckerts Briefband „Wegen damals und heute“

Am 7. Oktober 2023 schreibt Gisela Steineckert an Emöke Pöstenyi über deren zwei Tage zuvor verstorbenen Ehemann Wolfgang Kohlhaase: „Dein Mann war in den bitteren Zeiten der Auseinandersetzungen ein Held. Er war weder zu kaufen noch zu entmutigen.“ Im DDR-Schriftstellerverband hätten sie gemeinsam in Zeiten der unvernünftigsten Politik „das noch Dummere aufhalten wollen, und zusammen mit Kant haben wir das öfter auch erreicht“. Sie, Gisela Steineckert, habe in ihrer Arbeit „ein Weiterleben gefunden – und manches habe ich gebraucht, um mir selber beim Denken zu helfen“.

Dies ist das vorletzte Schreiben in dem Band „Wegen damals und heute“, der Briefe von 1999 bis 2023 enthält. Sie besagen: „Weder zu kaufen noch zu entmutigen“ trifft auf die Autorin selbst zu. Hinzu kommen: Unglaubliches Arbeitsvermögen, unerschöpfliche innere Kraft und Solidarität, vor allem auch politische Scharfsicht. Im September 2022 notiert sie: „Ich begeben mich aus einer Hinnehme-Funktion, arbeite bis Mitternacht, immer – und zwar mit Vergnügen.“

Da war sie 91. Sie selbst bringt die Wärme, die sie Briefpartnern privat in einer kalten Gesellschaft gibt, mit der DDR in Verbindung: „In der DDR kannte jeder von uns drei Menschen, die einem – wenn nötig – eine Mahlzeit, 5 Mark auf die Hand, Trost und für die Nacht ein Dach über dem Kopf gegeben haben.“ Nüchtern sieht sie 2014 den „alten Russenhaß“ wieder auftauchen. In der Weltpolitik, heißt es an anderer Stelle, gehe es „um die ganze Verteilung des Reichtums und der Macht auf der Erde“. Sie spricht Mut zu und benötigt den selbst: Fast zwölf Jahre pflegt sie mit ihrer Familie ihren Liebsten.

Die Stärke, die aus fast jedem der Briefe spricht, ist weiblich, selbstbewußt und hat einen Ort: die DDR. „Ich trage nie dick auf, lasse aus, schiebe es auch nie auf die damals gültigen Bedingungen“, schreibt sie im März 2022 an Egon Krenz. Eher am Rand zudem: „Ich ertrage die Fressen der Besserwisser nicht.“ Ihre Heimat habe sie verloren, heißt es schon 2000, und sie werde keine mehr gewinnen. Aus der DDR wurde ein „Kolonialland, mit dem man ziemlich ruppig und ungeduldig

umgeht“. (2008) Ihre Enkelin Laura „mit ihrer unerschütterlichen Liebe zu ihrer Kindheit in der DDR“ mache ihr „jeden Tag Mut“, „niemals wissentlich erbärmlich zu sein“. Ihre Kolumne im „RotFuchs“ kommentiert sie mit: Der sei „in seinem lauten und immer fordernden Mänernton nicht gut genug“, im letzteren sieht sie auch ein DDR-Erbe.

Ihre Menschenkenntnis und ihre klare Schreibweise machen Gisela Steineckert zur großen alten Dame der deutschsprachigen Literatur. Warum ihr auch Schlimmstes nicht fremd ist, erschließt sich u. a. aus dem, was sie vom eigenen Aufwachsen erzählt: Ein „unglückliches Kind“ ohne Elternliebe, in Krieg und Armut, aber eine Vierjährige, die lesen konnte. Briefbände haben viele Themen. Dieser zieht mit der Jahrhundertfahrung seiner Autorin ins Lesen hinein.

Arnold Schölzel

Gisela Steineckert: Wegen damals und heute. Verlag Neues Leben, Berlin 2024, 304 Seiten, 20 Euro

Fehlende Medikamente und Apotheken

Kürzlich sprach ich mit einem Sportfreund, der sich darüber beschwerte, daß er ein spezielles Insulin, das er benötigt, nur sehr schwer bekommen würde. Er habe vor Tagen bei seiner Apotheke angerufen und nachgefragt. Er erhielt die Auskunft, daß er „an 16. Stelle der Warteliste mit 48 Kunden“ stehen würde.

In der *Apotheken-Umschau*, Mai 2024, wurde nach langem Zögern das Problem der „fehlenden Medikamente“ in einem Artikel „mutig“ aufgegriffen. Es sollen immer noch mehr als 500 Medikamente, zum größten Teil Standardmedikamente, fehlen oder nicht ausreichend vorhanden sein. Sie können entweder nur mit langen Wartezeiten oder gar nicht für Patienten bereitgestellt werden. Patienten, Ärzte und Apotheker verbringen deshalb viel Zeit mit der Suche nach Lösungen für die Versorgung mit Medikamenten.

Dr. Hubmann, Vorsitzender des Apothekerverbandes, bezeichnete die Gründe als sehr komplex. Sicherlich stimmt diese Aussage allgemein. Aber Erklärungen, Ursachen immer nur bei China und Indien sowie den langen und störanfälligen Lieferketten zu suchen, greifen zu kurz. Dr. Hubmann umschreibt das Hauptproblem folgendermaßen: „Kostendruck führt außerdem dazu, daß Unternehmen sich aus der Produktion zurückziehen. So werden viele Arzneimittel weltweit nur noch von einer Handvoll Firmen hergestellt.“ Der Terminus „Kostendruck“ ist eine freundliche Umschreibung für Profitgier in der Pharma- und medizinischen „Welt“. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß Sparmaßnahmen für Krankenkassen im Zusammenhang mit der Medikamentenversorgung über ein staatlich verordnetes Rabattsystem durchgesetzt werden.

Pharmaindustrie und Pharmagroßhandel werden nur Medikamente ausreichend bereitstellen, mit denen sie den größten Profit machen können. Wenn ausreichender Profit für Medikamente nicht erreicht werden kann, wird die medizinische Versorgung zum Spielball der international agierenden Monopole. Die Produktion wird entweder eingestellt und/oder verlagert. Die Belieferung mit Medikamenten erfolgt dann an solche Regionen bzw. Länder, die profitabler sind.

Die mangelnde Medikamentenversorgung geht mit einem Apothekensterben einher. „In Deutschland gibt es immer weniger Apotheken. Nach Angaben der Bundesvereinigung deutscher Apothekerverbände (Abda) haben allein im vergangenen Jahr 500 Apotheken in Deutschland geschlossen. Das entspricht in etwa der Gesamtzahl an Apotheken in Thüringen.“ Für das beschleunigte Apothekensterben gelten eine Reihe von Gründen. Die bestehenden Vergütungsregelungen sind nicht mehr zeitgemäß. „Bei steigenden Energie- und Lohnkosten sinkt das Betriebsergebnis vieler Apotheken trotz steigender Umsätze.“

So wird auch für den pharmazeutischen Nachwuchs die Neugründung oder Übernahme einer Apotheke immer unattraktiver. 2.4.2024.“ Diese Entwicklung ist besonders verheerend für den ländlichen Raum.

Örtliche Apotheken geben Arzneimittel gegen Rezept bzw. zur Selbstbehandlung ab. Sie beraten umfassend ihre Kunden über die richtige Anwendung, Aufbewahrung, Wirkungsweise und Risiken. „Daneben fertigen sie Arzneimittel in kleinen Mengen selbst an und verkaufen Kosmetika, Diätwaren oder Verbandsmaterial.“

In einem Beitrag der *apothekedead* wird am 13.6.24 darauf hingewiesen, daß ein Referentenentwurf zur Apothekenreform vorliege. In diesem gehe das Bundesministerium für Gesundheit jedoch von falschen Prioritäten aus. „Zwar gibt es einige Erleichterungen, aber retten wird es die wirtschaftlich angeschlagenen Apotheken nicht – und auch das Apothekensterben wird nicht aufgehalten. Statt dessen wird der Marktumbruch eingeleitet.“

Mit dem Auftauchen von Internet- bzw. Versandapotheken entstanden neue Konkurrenten für regional tätige Apotheken. Das führt zusätzlich zur Verschlechterung der Versorgung.

Internet-Apotheken bieten kaum persönliche fachliche Beratung für Patienten, Ärzte und Kunden an. Ihnen fehlen z.B. umfassende Kontakte zu Haus- bzw. Fachärzten in den Regionen und Wissen über den einzelnen Patienten.

„Medikamente per Klick sind bis zu 60 % günstiger als die gleichnamigen Produkte in der lokalen Apotheke. Das funktioniert deshalb, weil im Jahre 2004 die Preisbindung für nicht-verschreibungspflichtige Medikamente aufgehoben wurde.“ „Der Umsatz von Versandapotheken mit rezeptpflichtigen Medikamenten belief sich 2020 auf 1,4 Prozent. Eine Studie schätzt jedoch, daß dies durch die Einführung des E-Rezepts innerhalb von fünf Jahren auf ca. 5 Prozent ansteigen wird.“ Vermutlich wird jedoch der Umsatz von Versandapotheken schneller steigen, je mehr Vor-Ort-Apotheken verschwinden.

Eines ist sicher: Die geplante „Apotheken-Reform“ wird weder den Medikamentenmangel noch das „Apothekensterben“ beenden.

Dr. Ulrich Sommerfeld

70. Jahrestag der Gründung der Jugendweihe in der DDR

Jugendweihen in der DDR, für die ab 1954 die Voraussetzungen geschaffen wurden, besitzen eine spezifische ostdeutsche Vorgeschichte. Nach der Befreiung vom Faschismus knüpften ehemalige Funktionäre und Mitglieder der KPD, der SPD, der freireligiösen Gemeinden und der freidenkerischen Verbände an Erfahrungen an, die sie selbst mit der Jugendweihe bis zum Ende der Weimarer Republik erlebt oder mitgestaltet hatten. Nunmehr war es nicht nur möglich, sondern auch nötig, junge Menschen, Kriegskinder, Waisen und Halbwaisen im Geiste des Humanismus, der Aufklärung und des Antifaschismus zu erziehen und zu bilden. So fanden in den Nachkriegsjahren, durch sich neu konstituierende freireligiöse und freidenkerische Kreise ausgerichtet, sowohl in den Westzonen wie in der SBZ Jugendfeiern statt. Die FDJ, 1946 als zunächst überparteiliche Jugendorganisation gegründet, warb für Grundrechte der jungen Generation, wie das Recht auf Bildung, auf Arbeit, auf Erholung und politische Mitbestimmung, und verstand sich als einheitliche Jugendorganisation, in der auch junge Christen ihre Heimat finden sollten. Ab 1949 organisierte die SED Schulentlassungsfeiern, die neben den kirchlichen Feiern wirkten. Die traditionellen Jugendweihefeiern waren in ein politisches Machtvakuum geraten. Es galt Rücksicht zu nehmen auf die sich ausformende Bündnispolitik, um Spannungen zwischen Kirche und Staat zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund lehnte im Februar 1950 das Zentralkomitee der SED die Mitwirkung der Partei, der Gewerkschaften und der FDJ an Jugendweihen im Sinne der früheren Freidenkerverbände ab. Am Abschluß jedes Schuljahres sollten statt dessen große Schulfeiern zur Entlassung der Schüler stattfinden, von den Schulämtern und der FDJ gemeinsam organisiert. Anfang der 50er Jahre verschärfte sich die internationale Lage und auch das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten verschlechterte sich. Der von der 2. Parteikonferenz der SED im Juni 1952 verkündete Übergang zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus war damit verbunden, daß sich die politisch-ideologischen Auseinandersetzungen in der DDR verstärkten. Zunehmende feindliche Aktivitäten gegen die DDR sowie fehlerhafte Entscheidungen der Partei- und Staatsführung verschlechterten die innere Lage und führten zu den Ereignissen des 17. Juni 1953. Im Zuge der Korrektur von Fehlern und des von der SED verkündeten neuen Kurses spielten Überlegungen für eine wirksamere staatsbürgerliche Erziehung der Heranwachsenden eine wichtige Rolle. Unter anderem sollte die Tradition der Jugendweihe in veränderter Gestalt zu neuem Leben erweckt werden. Am 6. Juli 1954 beschloß das Politbüro der SED, daß bis zum 9. November 1954 ein Zentraler Ausschuß für Jugendweihe gebildet werden

soll, der sich am 12. November 1954 konstituierte. Zwei Tage später, am 14. November 1954, wandten sich namhafte Persönlichkeiten mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, indem sie die Nützlichkeit der Jugendweihe begründeten und für die Teilnahme an ihr warben. Aus dem Staatshaushalt wurden notwendige finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. 1955 fanden die ersten Jugendweihen in der DDR statt.

Obwohl die Jugendweihe von Beginn an für alle Jugendlichen unabhängig von ihrer Weltanschauung und religiösen Bindung offen war,



war sie nicht selten auch mit Auseinandersetzungen verbunden, die Teilnahme an ihr als Ja-Stimme und die Nichtteilnahme als Nein-Stimme zur sozialistischen Ordnung in der DDR gewertet wurde. Solche Pauschalisierungen haben unserem Anliegen, sozialistische Persönlichkeiten heranzubilden, geschadet.

Aber auch von kirchlicher Seite wurde Druck ausgeübt. Die evangelische Kirche, auf ihr volkkirchliches Erbe vertrauend, konstruierte eine Unvereinbarkeit zwischen Jugendweihe und Konfirmation. Jugendliche, die sich für die Jugendweihe entschieden, wurden von der Konfirmation ausgeschlossen. Die katholische Kirche hielt bis 1989 an der Unvereinbarkeit von Kommunion und Jugendweihe fest.

In dieser Situation fand der Aufruf zur Jugendweihe nur zögerliche Resonanz. Von den geplanten 100 000 Teilnehmern kamen 1955 nur 52 322, das entsprach 17,7 Prozent der 14jährigen im Land. Doch schon

1960 nahmen bereits 87,8 Prozent und 1988 97,3 Prozent aller Mädchen und Jungen der 8. Klasse an der Jugendweihe teil. Die Jugendweihe entwickelte sich zu einem Höhepunkt im Leben vieler Familien, geeignet, den Heranwachsenden das Ausklingen der Kindheit und das Hineinwachsen in den Status des Erwachsenen bewußt zu machen. Mehr als 300 000 ehrenamtliche Helfer aus allen Schichten der Bevölkerung unterstützten seit Ende der 50er Jahre die Ausschüsse für Jugendweihe und wirkten mit an in Erinnerung bleibenden und prägenden Feiern zur Jugendweihe und Jugendstunden. Vorbereitungsveranstaltungen, Jugendstunden genannt, gaben den Teilnehmern Antworten auf sie bewegende Lebensfragen. Die in zehn Themenkomplexen angelegten Jugendstunden sollten der Herausbildung eines sozialistischen Bewußtseins dienen. Die Umsetzung der Inhalte war entscheidend vom Standpunkt und der Persönlichkeit des Jugendstundenleiters und des Gesprächspartners geprägt. Schon aufgrund der Herkunft der 80 000 Gesprächsleiter war der Bezug zum realen Leben stets gegeben. Engagierte Eltern, Jugendstundenleiter, Festredner, Berufs- und Laienkünstler, Gesprächspartner aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens organisierten Betriebsbesichtigungen, die Teilnahme an Gerichtsverhandlungen, Besuche in antifaschistischen Gedenkstätten, Theaterbesuche, Diskotheken, Modenschauen, Typberatungen und den Besuch von Künstlerateliers. So wurden Neugier und Entdeckungsfreude geweckt und Erlebnisse geschaffen, welche oft unterhaltsamer als Schulunterricht waren. Für die meisten Mädchen und Jungen war die Jugendweihe Teil ihrer weltanschaulichen und charakterlichen Bildung und Erziehung sowie eine Möglichkeit zu vielseitigen Erlebnissen während der Jugendstunden.

Wer die Jugendweihe in der DDR, die über 35 Jahre begangen wurde, einseitig diffamiert, verkennt nicht nur, daß zwei Generationen durch sie mehrheitlich positiv geprägt wurden, sondern diskreditiert viele Menschen, die ehrlich und engagiert wirkten, der heranwachsenden Generation eigene Identität, humanistische und antifaschistische Werte zu vermitteln und Perspektiven aufzuzeigen. Gleichzeitig ignoriert er die souveräne Entscheidung der Mehrzahl der Familien, eigenständig zu bestimmen, in welcher Art und Weise Jugendliche den Initiationsritus des Erwachsenwerdens begehen. In der gesamten Zeit des Wirkens der Jugendweihe in der DDR von 1955 bis 1990 erlebten mehr als sieben Millionen Mädchen und Jungen die Jugendweihe. An diesen Feiern nahmen über all die Jahre etwa 60 Millionen Gäste teil.

Diplom-Pädagoge Rolf Dreier, Ehrenmitglied des Jugendweihe Deutschland e.V.



LESERBRIEFE

Meinungswechsel: von Propagandahörigkeit zu Realismussicht

Die immer lebensbedrohlicher werdenden vom Westen orchestrierten militärischen Konflikte in der Welt, besonders in Osteuropa und im Nahen Osten, die meinen in diesen Regionen wohnenden langjährigen Freunden und ihre Familien fürchterlich zusetzen, zwangen mich dazu, meine Kommunikation mit ihnen häufiger und regelmäßiger wahrzunehmen.

So stimmte die Meinung meiner Freunde in Israel zu Beginn des Gaza-Krieges voll mit der der Regierung Netanjahus überein – sie gaben allein den Palästinensern die Schuld für den Gaza-Krieg und wandten sich dagegen, ihnen nicht den durch die UNO bestimmten Platz in „ihrem“ Territorium einzuräumen. Während sie zunächst die Greuelthaten der israelischen Armee an Gazas Zivilbevölkerung und die Zerstörung von deren Lebensgrundlagen nicht sonderlich bewegten, führten die innerisraelischen Demonstrationen, welche die Intensivierung der Geiselnbefreiung forderten, sowie die zwei Antwortangriffe Irans auf Israels militärische Provokationen jetzt zu einem tieferen Nachdenken bei ihnen über die Politik Netanjahus und seiner rechtsradikalen Regierungspartner. Sie erkannten, daß diese die Existenz des Landes aufs Spiel setzen. Meine Freunde wurden immun gegenüber der ein verfälschtes Bild über die wirkliche Situation zeichnenden Propaganda der israelischen und US-Medien. Sie suchten und fanden alternative Medien, denen man glauben konnte. So erfuhren sie, daß der Iran ihr Land von 180 Abschußrampen mit über 400 meist ballistischen Flugkörpern verschiedener Stärke beschossen und daß ihre hochgelobte Luftverteidigung fast 50 %, darunter Überschall- und sogar Hyperschall-Raketen auf ganz Israel und besonders auf Flugplätze, Waffen- und Munitionslager durchlassen mußte. Obwohl bisher noch keine genaue Analyse der Wirkung des Angriffs vom 1. Oktober vorliegt, bleiben meine dortigen Freunde mit der Erkenntnis zurück, daß die anderen Staaten in der Region bei der Militärtechnologie aufgeholt und nun Antworten parat haben, welche die Existenz des Landes ernsthaft bedrohen können. Eine weitere Eskalation durch das vom Westen unterstützte Israel

kann einen regionalen Vernichtungskrieg und auch einen Atomkrieg zur Folge haben. Die Probleme mit den Palästinensern, dem Iran und dessen Stellvertretern (Hisbollah, Huthis u.a.) müssen jetzt endlich gelöst werden, was nur noch mit Verhandlungen risikolos möglich zu sein scheint.

Meine Freunde haben sich aus der Position unkritischer und passiver Bewohner des Landes zu aktiven, nachdenklichen und verantwortungsbewußten Staatsbürgern entwickelt.

Gerhard Giese, Strausberg

FRIEDEN erzwingen!

Es sollte sich keiner der Illusion hingeben, ein 3. Weltkrieg, ein Atomkrieg wäre ausgeschlossen. Wenn der Ukraine-Konflikt weiter eskaliert – z. B. durch direkte NATO-Beteiligung (sie wäre gegeben, wenn in der Ukraine stationierte NATO-Longstreckenwaffen durch NATO-Militärs mit Zielkoordinaten in Rußland gefüttert werden, denn nur sie können das), wird es einen nie dagewesenen Krieg geben.

Wir müssen diesen Kriegstreibern in den Arm fallen! Wir müssen sie zwingen, das nicht zu tun, was sie tun wollen. Dazu ist unser Engagement auf allen Ebenen notwendig. Briefe über Briefe mit unseren Friedensforderungen (Anerkennung der Sicherheitsinteressen Rußlands, Friedensverhandlungen auf realistischer Grundlage – Rußland hat die Krim **nicht** annektiert und wird das mit den Republiken des Donbass auch nicht tun –, Erarbeitung einer gemeinsamen Sicherheitsdoktrin mit allen Ländern der Erde in der UNO, sofortige Rüstungsbegrenzung und wirkliche Abrüstung, Entmachtung des militärisch-industriellen Komplexes weltweit) an die Bundestags- und Europaabgeordneten, massenhaft (unüberseh- und -hörbar) auf die Straßen, prüfen rechtlicher Mittel gegen Entscheidungen der Regierung zur Eskalation des Ukraine-Konflikts sowie der „Kriegstüchtigmachung“ des Landes und der Bevölkerung, Streiks in Rüstungsbetrieben, Blockieren von Waffenlieferungen für die Ukraine ...

Mobilisieren wir gegen Kriegstreiberei! Nur so haben wir eine Chance, das Ende der Menschheit, die Zerstörung unseres Planeten zu verhindern.

Bernd Gnant, Kühlungsborn

Indirekte oder direkte Kriegsbeteiligung der NATO am Krieg gegen Rußland

Da es immer deutlicher wird, daß die Ukraine den Krieg gegen Rußland nicht gewinnen kann, werden die propagandistischen Töne für eine noch stärkere Beteiligung der NATO am Krieg immer lauter.

Im Zentrum steht die Freigabe westlicher Langstreckenraketen in die Ukraine für Einsätze in die Tiefen des russischen Landes. Dabei steht außer Zweifel, daß die Ukraine Langstreckenwaffen wie die britischen Storm Shadow- oder die französischen SCALP-Marschflugkörper oder die US-amerikanischen ATACMS-Raketen selbst gar nicht bedienen kann. Mit anderen Worten: Angriffe auf russisches Territorium müßten von jenen Kräften durchgeführt werden, die diese Waffensysteme programmiert, entwickelt

und geliefert haben. Auch die für die nötige Zielauswahl benötigten Aufklärungsdaten werden von westlichen Satelliten geliefert, da die Ukraine selbst darüber nicht verfügt. Aber es gibt noch ein Problem, auf das die britische Times vor einiger Zeit hingewiesen hat: „Die Raketen fliegen nicht direkt auf ihr Ziel zu, sagen Verteidigungsbeamte: Sie werden mithilfe von GPS- und Geländekartendaten effektiv „durch ein Nadelöhr geführt“. „Man könnte sie durchaus im Alleingang abfeuern, aber sie würden in der umkämpften, elektronisch gestörten Umgebung der Russen wahrscheinlich nicht überleben“, sagte eine britische Verteidigungsquelle. „Die russische elektronische Kriegsführung hat GPS nutzlos gemacht. Sie stören es. Also muß man statt dessen einen anderen Datensatz verwenden. Neben GPS sind exakte Bodenkarten die zweite Möglichkeit, um eine Rakete ins Ziel zu manövrieren, mit denen die Rakete navigieren kann.“ Und solche detaillierten Bodenkarten über Rußland, so meint die britische Times, hätten nur die USA.

Doch neben den USA verfügt auch Deutschland über die nötigen Bodenkarten, um einen Marschflugkörper auf Ziele tief im russischen Hinterland lenken. Würde Deutschland Taurus-Raketen an Kiew liefern, müßten Bundeswehrsoldaten die Raketen nicht nur programmieren, sondern diese auch auf der Basis von Informationen bedienen, über die die Bundeswehr in Europa offenbar exklusiv verfügt. Es wird deutlich, westliche Langstreckenraketen könnten zwar von ukrainischem Boden aus gestartet werden, aber nur durch NATO-Militärs, was eine direkte Kriegsbeteiligung bedeutet. Putin hat deutlich gemacht, daß er auf solch einen NATO-Angriff reagieren wird. Doch westliche Medien und Politiker versuchen, das als Bluff und als leere Drohungen abzutun. Die enormen Gefahren für die Menschheit werden nicht benannt.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Weil gerade so viel von Hetze gesprochen wird ...

Die Innenministerin und die Medien reden und schreiben unisono von einer Zunahme von Hetze, Fake News, von Brutalität, Verrohung und Aggressivität. Psychologen bemängeln die Empathielosigkeit von Kindern, die mit Messern bewaffnet die Schule aufsuchen. Was da beeinflusst und herangezogen wird, entspricht doch dem, was der Kriegsminister will – die Erziehung zur Kriegsbereitschaft. Hart wie Kruppstahl müssen die kommenden Generationen werden und mit dem richtigen Feindbild versehen sein.

Da fragt sich doch der besorgte Bürger, woher dies wohl kommt.

Zunächst wohl durch eine diesem System eigene Ich-Mentalität und dem damit einhergehenden überbordenden Individualismus. Nicht zu vergessen die gleichgeschalteten Print- und Fernsehmedien, die im Interesse der Auflagen und der Zuschauerzahlen die Gewalt verherrlichen und das Blut unaufhörlich fließen lassen. Hinzu kommen Ballerspiele für Kinder, die dabei das Töten per Mausclick erlernen. In den Fernsehsendern, gleich welcher Art und Herkunft, Morde am laufenden Band,

kriegsverherrlichende Filme und für die Kinder werden Trickfilme mit sprechenden Taurus-Raketen gedreht.

Zum anderen schafft der Kapitalismus die Ursachen für diese menschenfeindlichen Zustände und Verhaltensweisen selbst. Regierung und Verantwortungsträger spielen die Unbedarften, werkeln an den Erscheinungen herum und vermeiden es, die wirklichen Ursachen zu benennen.

Für die politische Bildung gibt es seit den 50er Jahren die Bundeszentrale mit Sitz in Bonn, geführt von einem allseits bekannten DDR-Widerständler namens Thomas Krüger. Sie gilt als Anstalt des öffentlichen Rechts, gliedert sich in Nebenstellen in den einzelnen Bundesländern und ist mit einem Jahresetat in Höhe von 56 Mio. Euro ausgestattet.

Somit besitzt auch das Bundesland Baden-Württemberg eine Landeszentrale für politische Bildung. Die Aufsicht über die Arbeit der Anstalt des öffentlichen Rechts hat das Bundesministerium des Innern, ergo die Innenministerin, in den Ländern die Landtage, demzufolge der jeweilige Ministerpräsident. Wenn die Angaben von Wikipedia über die „Richtlinien der Anstalt des öffentlichen Rechts“ stimmen, so gilt für die Landeszentrale Baden-Württemberg:

„Es ist nicht erlaubt, den Schüler (...) im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines eigenständigen Urteils“ zu hindern (Indoktrinationsverbot). (...)

Der Schüler muß in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.“

Hört sich vernünftig an, doch mir wurde dieser Tage ein Elaborat dieser Landeszentrale für politische Bildung zur Kenntnis gebracht, welches genau das Gegenteil von dem verfolgt, was in den Richtlinien verbrieft ist. Es geht beileibe nicht um die Förderung des eigenständigen Denkens, sondern um die Erzeugung von Haß unter Kindern.

Das Blatt – konzipiert für eine Unterrichtsstunde an Baden-Württembergs Schulen – ist geradezu das Musterbeispiel für die Erzeugung von Haß unter Schulkindern. Es trägt die Überschrift „Krieg in der Ukraine – Putins Angriff auf den Frieden“. Kein Wort, wie es dazu kam und was die Ursachen waren. Darunter eine Karikatur mit einem russischen, in Richtung Kiew fahrenden LKW. Auf ihm sitzen Soldaten, wahrscheinlich sollen es russische sein. Darüber in Schrift: „Sie sehen aus wie Menschen, aber es sind blutrünstige, haßerfüllte Monster ...!“

Reiner Neubert, Berlin

Die „RotFuchs“-Singegruppe war Teil der Friedensdemo am 3. Oktober in Berlin

Als die Friedensglockengesellschaft e. V. bei uns anfragte, ob wir mit unseren Liedern an dieser wichtigen Demonstration gegen Krieg und Hochrüstung mitwirken wollen, war die Zustimmung in der Gruppe spontan sehr groß. Wir trafen uns am Gleisdreieck, erlebten die Auftaktkundgebung und sangen bei den Liedern der türkischen Sängerin Gizim kräftig

mit. Davon wurden auch die Gewerkschafter der IGM, die neben uns standen, „angesteckt“. Zu Beginn sah es noch etwas dürrig mit der Zahl der Teilnehmenden aus, doch nach dem Zustrom einer größeren Gruppe von Palästinensern und weiteren Mitstreitern setzte sich ein beachtlicher Zug in Bewegung, um an der Abschlußkundgebung am Großen Stern teilzunehmen. Unser LKW wurde am Ende des Zuges eingereiht, nur umringt von einigen Friedensglocknern und am Ende von fünf Polizisten bewacht, die mit stoischem Gesichtsausdruck unsere Arbeiter- und Kampflieder ertrugen. Vielleicht wurde bei dem einen oder anderen doch etwas Nachdenklichkeit erzeugt?

Besonders erfreute uns ein ehemaliger Sänger des Ernst-Busch-Chores, der eine neue Version von „Ami, go home!“ entwickelt hatte, nämlich „Ami, so long“, und dieses Lied nach dem Vortrag zur Kundgebung mit uns auf dem Wagen noch einmal wiederholte. Er hatte vorsorglich mehrere Textexemplare dabei, so daß wir alle lebhaft mitschmettern konnten. Wir werden es in unser Repertoire aufnehmen.

Es muß gelingen, daß die Friedensbewegung noch viel stärker und mächtiger wird und die Regierenden den Aufruf zur „Friedensfähigkeit“ nicht mehr überhören können. Wir werden auch künftig unseren Beitrag dazu leisten!

Gabi Parakeninks, Berlin

Ein Vorschlag zur Güte

Das Jahr neigt sich langsam aber kontinuierlich, dem Ende zu. Passend zum Jahresgedanken bin ich im Rahmen meines Seniorenstudiums (Universität Marburg – Rechtswissenschaften) auf eine interessante Gesetzesinitiative aufmerksam geworden. Der Bundestag beschließt, das Abbrennen von Feuerwerkskörpern durch Private durch Änderung des Sprengstoffgesetzes vollständig zu verbieten (§ 7a SprengG). Die Begründung ist schlüssig. „Das Abbrennverbot ist dazu bestimmt, dem Gesundheitsschutz, dem Schutz der Tiere sowie dem des Eigentums zu dienen“ (Zeitschrift „Juristische Schulung“ 10/2024 S. 946). Ein lobenswertes und richtiges Vorhaben. Doch wenn man diese Rechtsgüter so ernst nimmt, wäre doch ein Gesetz zum Verbot von Kriegen durchaus wirksamer. Sehr rührend lesen wir weiter, „Auch Haustiere verfallen in nicht unerhebliche Angstzustände.“ (S. 948) Da denke ich an die Angstzustände der Menschen im Gazastreifen, im Libanon, in der Ukraine oder in Rußland. Auch daß, wie in der Gesetzesinitiative erwähnt, Feinstaub durch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern freigesetzt wird, ist im Krieg das kleinste Problem. Der neue NATO-Generalsekretär Mark Rutte hat in seiner Antrittsrede deutlich gemacht, es geht um Eskalation des NATO-Krieges in der Ukraine, Erhöhung der „Verteidigungsausgaben“ und die NATO-Erweiterung. Die USA betonen das Recht Israels auf Selbstverteidigung, Rußland gesteht man es nicht zu. Deshalb wäre es sinnvoll – mein Vorschlag –, auch zum Schutz der oben genannten Rechtsgüter, ein „Gesetz zum Verbot von Kriegen und Kriegsförderung“, kurz – Kriegsverbotsgesetz (KVB) – zu verabschieden. Dann macht auch die Änderung des Sprengmittelgesetzes Sinn.

Siegfried Duske, Biedenkopf

Blick in die Vergangenheit

Maxim Gorki: „Schaut fleißig in die Vergangenheit, dort findet Ihr alle Rätsel erklärt.“ Ich folgte diesem Rat und recherchierte in der „Berliner Zeitung“. In ihrer Ausgabe vom 1. September 1956 ist u.a. folgendes zu lesen:

Wehrpflichtige aus dem Zug geholt – Ausreisegenehmigung nur noch durch Blank Bonn (ADN/Eig. Ber.). Nach einer Anweisung des Bonner Kriegsministers Blank dürfen Jugendliche im wehrfähigen Alter die Bundesrepublik nur noch mit Genehmigung des zuständigen Wehrkreiskommandos verlassen. Diese Regelung gilt sogar für Fahrten nach Westberlin. In der letzten Zeit wurden bereits zahlreiche westdeutsche Jugendliche, die sich der drohenden Rekrutierung durch eine Flucht in die DDR entziehen wollten, am bayerischen Grenzkontrollpunkt Ludwigsstadt aus den Zügen geholt.

Johann Weber, Niederbayern

Es geht nur um die Macht

Der SPD-Politiker Egon Bahr hat einmal gesagt: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“ Diese Tatsache, sichtbar bei der Beteiligung Deutschlands am Afghanistankrieg, hat Ex-Bundespräsident Köhler mit der Amtsaufgabe quittieren müssen, als er sagte, daß Deutschland am Hindukusch seine ökonomischen Interessen auch militärisch verteidigen müsse. Demokratie, Menschenrechte, die sogenannten westlichen Werte und anderes sind nur Feigenblätter zur Vertuschung der elitären Interessen, um das Volk hinter den Kurs einer Regierung zu bekommen. Im Ukraine-Krieg ist das nicht anders. Der Westen unterstützt rückhaltlos das Land bei der „Verteidigung von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“ US-Senator Graham (sagt selbst, er sei Falke) gab kürzlich in Kiew dem ukrainischen Präsidenten unumwunden zu verstehen, daß es den USA in seinem Land nicht um dessen Demokratie gehe, sondern um die in Billionen US-Dollar vorhandenen dortigen Ressourcen, um nichts anderes. Da die USA einen direkten Krieg mit Rußland vermeiden wollen (weil sie dabei möglicherweise am kürzeren Hebel sitzen), muß die Ukraine für sie bluten. Dafür hat man sie seit dem Maidan-Putsch 2014 systematisch aufgerüstet. Alt-Kanzlerin Merkel hat zugegeben, daß die Minsk-Abkommen nur Zeit schaffen sollten, um das Land gegen Rußland militärisch in Stellung zu bringen. Was in der Zeit von 2014 bis 2022 in der Ukraine mit der russisch-sprachigen Bevölkerung, vor allem im Südosten des Landes, passiert ist, wurde offiziell von unseren Medien verschwiegen, so daß es möglich war, Putins Eingreifen als völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine darzustellen. In diesem Zusammenhang sehr zu empfehlen: Verheugen/Erlar: Der lange Weg zum Krieg. Rußland, die Ukraine und der Westen: Eskalation statt Entspannung. Spiegelbestseller, erschienen 2024 bei Heyne.

Auch wir müssen bei uns die viel gepriesene Demokratie hinterfragen: Horst Seehofer formulierte einmal sehr offen: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“ Da fragt man sich, welchen Zweck unter solchen Umständen Wahlen haben. Es ist allerhöchste Zeit, den Regierenden mächtig auf die Finger zu hauen und sie zu zwingen, Entspannungspolitik im Interesse des Volkes zu betreiben. Oder haben Kanzler und Minister schon alle ihren Schwur vergessen?

Fazit: Den USA geht es um uneingeschränkte Macht auf allen Gebieten – Weltherrschaft. Dabei wollen sie möglichst keinen eigenen Soldaten opfern. Die Ukraine muß den Stellvertreterkrieg gegen Rußland führen, einmal wegen der Gier der USA auf die Ressourcen, zum anderen, weil die Ukraine aus Sicht der Amerikaner für Rußland die empfindlichste Stelle ist (die USA haben mit der Ukraine keine Gemeinsamkeiten, Rußland mit ihr aber historisch sehr viele). Angesichts der angeblichen Schwäche Rußlands (Obama: Rußland ist nur eine Regionalmacht) läßt man die Ukraine mit dem Westen und der NATO den Krieg führen, damit sich die USA auf den großen Krieg gegen China vorbereiten können. Nochmals Egon Bahr: „Es gibt keine Stabilität in Europa ohne die Beteiligung und Einbindung Rußlands.“

Wolfgang Mengel, Stralsund

Zeitenwende ja – aber der Kurs muß stimmen

Mit der Verschärfung des Ukraine-Krieges im Februar 2022 durch den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine verkündete Bundeskanzler Scholz auf einer Sondersitzung des Bundestages seine Zeitenwende und das Ende der von Willi Brandt eingeleiteten neuen Ostpolitik.

Jetzt stehen auf der Tagesordnung Aufrüstung der Bundeswehr, das Kriegstüchtigmachen der Gesellschaft und Waffenlieferungen in die Ukraine bis zum Endsieg über Rußland. Auch CDU/CSU sind als Oppositionsparteien an der Seite der Ampelregierung und gehen mit Forderungen wie „wir müssen den Krieg nach Moskau tragen und militärische Kommandozentralen und Ministerien zerstören“ sogar noch weiter.

Als Gründungsmitglied des BSW Brandenburg stehe ich für eine andere Zeitenwende. Zurück zu den Chancen, die sich mit dem Fall der Berliner Mauer und den daraus folgenden politischen und militärischen Veränderungen in Europa ergeben haben, diese aber nicht genutzt wurden. Der Auflösung des Warschauer Vertrages hätte auch die Auflösung der NATO folgen müssen. Die mehrfach ausgestreckte Hand der Sowjetunion, später Rußlands, zur Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Sicherheitsstruktur von Lissabon bis Wladiwostok wurde durch den Westen in blindem Gehorsam gegenüber den USA abgelehnt. Darin sehe ich die Ursachen für die sich bis heute immer mehr verschärfende Lage.

Ich habe meine langjährige Mitgliedschaft in der Partei Die Linke im Dezember 2023

beendet. Ich mußte erkennen, daß alle Versuche von mir und anderen Mitstreitern die Partei zu retten, vergeblich waren. Der Niedergang lief kontinuierlich seit über zehn Jahren. Kritik am Parteivorstand wurde abgeblockt und auch durch zahlreiche Landes- und Kreisvorstände unterbunden. Das Faß zum Überlaufen brachten für mich und andere ehemalige Linke, das Schweigen der Partei zu Grundrechtseinschränkungen während der Corona-Jahre und die Befürwortung von Waffenlieferungen in die Ukraine. Im 75. Jahr der Gründung der NATO wolle man auch deren Rolle neu „überdenken“ – vielleicht sei die NATO doch eher ein Verteidigungsbündnis.

Nach den Erfolgen des BSW bei den Europawahlen und den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg steht meine Partei nun sogar vor der Aufgabe Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die zahlenmäßig noch sehr überschaubare Mitgliederzahl ist sich mit vielen Unterstützern der Partei einig mit den Forderungen von Sahra Wagenknecht. Regierungsbeteiligung nur, wenn es kein Weiter so in der Politik gibt und sich SPD und CDU in den genannten Ländern den Forderungen des BSW anschließen. Das heißt mehr Druck auf die Bundesregierung auszuüben, wenn es um die Beendigung von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete geht und statt dessen mehr diplomatische Bemühungen zu fordern. Ein NO GO ist auch die von Kanzler Scholz den USA zugesagte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ab 2026. Dazu erfolgte bisher keine Debatte im Deutschen Bundestag. Es besteht die reale Gefahr, daß Deutschland Kriegspartei wird. Das dürfen wir nicht zulassen. Eine Volksabstimmung wäre eine demokratische Mindestforderung.

Versuche von Politik und Medien, unsere berechtigten Forderungen abzuwehren, weil sie nicht in die Zuständigkeit der Landespolitik gehören, werden wir nicht hinnehmen.

Das wiederholte Überschreiten von selbst verkündeten roten Linien durch die Bundesregierung im Ukrainekrieg läßt die Gefahr wachsen, daß sich dieser Krieg zu einem 3. Weltkrieg ausweitet und Deutschland dabei auf Grund seiner selbst gewollten militärischen Drehscheibe der NATO in Europa zum Hauptziel eines russischen Gegenschlags würde.

In Fragen von Krieg und Frieden dürfen wir in der deutschen Politik kein „Schubladen-Denken“ zulassen – nach dem Motto, dafür wäre nur die Bundesregierung zuständig.

Der Ministerpräsident von Brandenburg leistete gemäß Artikel 88 der Verfassung des Landes vor dem Landtag den Eid, seine ganze Kraft dem Wohle der Menschen des Landes Brandenburg zu widmen und Schaden von ihnen abzuwenden.

Schaden von den Menschen des Landes abzuwenden, bedeutet dann aber auch, jegliche Kriegsgefahr von den Menschen fernzuhalten. Wenn Herr Woidke und die Verhandlungspartner seiner Partei in den Sondierungs- und Koalitionsgesprächen dazu nicht bereit sind, verstößt der Ministerpräsident gegen seinen Amtseid. Dann können wir uns auf keine Regierungsbeteiligung einlassen. Das

sind wir unseren Wählern schuldig, die uns gerade wegen unserer Haltung zum Frieden ihre Stimme gegeben haben.

Kriegsgefahr abzuwenden ist Verpflichtung für jede Gemeindevertretung. Möglich sind Resolutionen an die Bundesregierung über den Städte- und Gemeindebund. Gleiches für kreisfreie Städte über den Deutschen Städte- und für alle deutschen Landkreise über den Deutschen Landkreistag.

Erheben wir unsere Stimmen überall im Land – solange uns die Zeit dazu noch bleibt.

Bernd Lachmann

BSW-Mitglied, Brandenburg an der Havel

Ein Friedensbuch verbindet

Ich bedanke mich, daß der „RotFuchs“ in seiner Mai-Ausgabe den Artikel „Ein Buch für den Frieden“ veröffentlichte. Der Beitrag hat zu vielen herzerwärmenden Anrufen und Mails geführt. Sogar ein ehemaliger Student „meiner“ Moskauer Uni hat sich gemeldet, den ich nun schon zweimal in Berlin besuchen konnte. Das Buch, das in Zusammenarbeit mit meinem Freund Wolodja aus Moskau entstand, hat sehr viel Zustimmung gefunden.

Am **21. November 2024** werde ich dieses Buch im Russischen Haus in der Berliner Friedrichstraße vorstellen. Der Liedermacher Tino Eisbrenner und der Schauspieler Rolf Becker gestalten das Programm. Die Veranstaltung findet im Glinka-Saal statt und beginnt 18.30 Uhr. Eintritt wird nicht erhoben.

Ich würde mich freuen, viele RF-Leser, die neugierig auf das Buch sind, und viele meiner neu gewonnenen Freunde an diesem Abend begrüßen zu können.

Uwe Durak, Greifswald

Stammtischtreffen

Am Marinehaus am Märkischen Ufer 48-50, 10179 Berlin, Jannowitzbrücke, gibt es eine Gedenktafel mit folgendem Text:

„Hier befand sich von Januar bis März 1919 der Sitz der Volksmarinedivision, der bewaffneten Formation der revolutionären Arbeiter und Soldaten der Novemberrevolution. In den schweren Kämpfen gegen die Konterrevolution stand sie fest an der Seite des Berliner Proletariats.“

In diesem Haus trifft sich regelmäßig ein „Stammtisch“ der „Schnellbootsfahrer der Volksmarine der DDR“. Dieser Stammtisch wurde vor 10 Jahren, unter anderem vom letzten Verteidigungsminister der DDR und Vorsitzender des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR e.V., Admiral a.D. Theodor Hoffmann, gegründet.

Alle fünf bis sechs Wochen findet ein Treffen dieser ehemaligen Angehörigen der Volksmarine statt. Ihr Anliegen ist es, die Traditionen der Volksmarine der DDR zu pflegen.

Ehemalige Angehörige der Schnellbootsbrigaden der Volksmarine (mindestens Angehörige der 6. Flottille, die im Großraum Berlin wohnen) können auf Antrag und Prüfung als Mitglied aufgenommen werden. (Antragsadresse: Horst Bergel, Tel. 0331/62 27 25)

Prof. Dr. Hans Fischer, Berlin

„RotFuchs“-Veranstaltungen im November 2024

■ RotFuchs“-Gruppe Plauen

Am Mittwoch, dem 6. November, um 15 Uhr
Veranstaltung zum Thema: **Wie weiter mit den Linken?** Mit Vertretern des Landesvorstandes N.N.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 12. November, um 16.30 Uhr
spricht Uwe Trostel (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Die russische Gefahr – Realität oder Mythos?**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Teterow

Am Mittwoch, dem 13. November, um 10 Uhr
Politfrühstück
Auswertung der XI. Gesamtmitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins vom 19. Oktober 2024 und Diskussion zu aktuell-politischen Themen

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 16. November, um 10.30 Uhr
spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Strategien und Handlungen der russischen Föderation und ihrer Partner in den Ukraine- und Nahost-Konflikten**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Sonnabend, dem 16. November, um 11 Uhr
spricht der Buchautor Lutz Vogt zum Thema: **Ein heißer Krieg im kalten Krieg**

Neuer Ort: Gaststätte Jadegarten, Bahnhofstraße 16, 51711 Königs Wusterhausen (gegenüber dem Bahnhofsgebäude)

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 19. November, um 15 Uhr
spricht Rechtsanwalt Ralph Dobrawa zum Thema: **Rechtsstaat BRD?**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Dienstag, dem 19. November, um 15 Uhr
spricht Dr. Dr. Peter Ulrich (Soziologe und Kulturwissenschaftler) zum Thema: **Antisemitismus heute**

Ort: Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 19. November, um 18 Uhr
spricht Dr. Matthias Werner, Vorsitzender des OKV, zum Thema: **Die Aktivitäten und Wirkung des Kuratoriums ostdeutscher Verbände im Osten Deutschlands**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Güstrow

Am Donnerstag, dem 21. November, um 16 Uhr
spricht Harri Grünberg zum Thema: **Ist Frieden zwischen Israel und den Palästinensern noch möglich?**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 21. November, um 16 Uhr
spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Das Grundgesetz der BRD und die Verfassung der DDR**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 22. November, um 15 Uhr
spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zur **aktuell-politischen Lage**.

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 23. November, um 10 Uhr
spricht Major a. D. Florian Pfaff, Sprecher des Arbeitskreises Darmstädter Signal, zum Thema: **Frieden und Krieg in Europa, der Krieg in der Ukraine**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 23. November, um 10 Uhr
spricht Niklas Moewes zum Thema: **Palästinasolidarität – eine Gefahr für die Friedensbewegung?**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 23. November, um 10.00 Uhr
spricht Christiane Reymann (Autorin, Journalistin) zum Thema: **„Die Selbsterstörung der deutschen Linken – was folgt dem Parteitag?“**

Ort: Seniorenbüro e.V. im Mehrgenerationenhaus Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 26. November, um 18 Uhr
spricht Lothar Schröter (Militärhistoriker und Buchautor) zum Thema: **Die Ergebnisse der US-Präsidentenwahl und ihre Auswirkungen auf die US-Geostrategie, unter Bezugnahme auf das neu aufgelegte Buch von Zbigniew Brzezinski**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcener), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 27. November, um 18 Uhr
Veranstaltung zum Thema: **Das deutsch-russische Verhältnis und die politischen Tendenzen in der BRD**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 29. November, um 14 Uhr
spricht Uwe Trostel (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Einschätzung der aktuellen Situation in der Russischen Föderation, einschließlich der militärischen Sonderoperation in der Ukraine**

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

VERANSTALTUNG IM DEZEMBER

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 7. Dezember, um 15.00 Uhr
Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Bernau und Umgebung

Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau bei Berlin

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin

Dr. Martin Baraki

Ralph Dobrawa

Dr. Peter Elz

Peter Franz

Dr. h.c. Gerhard Giese

Georges Hallermayer

Wolfgang Herrmann (Dreesch)

Dr. Ralf Hohmann

Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki

Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph

Prof. Dr. Anton Latzo

Dr. Holger Michael

Horst Neumann

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)

Hans Schoenefeldt

Johann Weber

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.